

KAS
WAHLHANDBUCH

Wahlhandbuch
Slowakei
2010

Die Slowakei vor den
Wahlen zum National-
rat am 12. Juni 2010

Dr. Hubert Gehring
Agáta Pešková



Konrad
Adenauer
Stiftung

Konrad Adenauer Stiftung Bratislava
Dr. Hubert Gehring
Agáta Pešková

Wahlhandbuch Slowakei 2010
Die Wahlen zum Nationalrat

Redaktionsschluss: 6.5.2010

© KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG
VERBINDUNGSBÜRO SLOWAKEI, 2010

ZELENÁ 8
811 01 BRATISLAVA 1
WWW.KAS.DE/BRATISLAVA
KASSLOVAK@NEXTRA.SK

VORWORT

Fragt man in Umfragen nach der Slowakei, kommt es nicht nur, aber auch in Deutschland relativ oft zu Verwechslungen. Hier und da werden die Slowakei und Slowenien gleichgesetzt oder miteinander verwechselt. Und sucht man in diversen Suchdiensten auf der Europakarte nach der Slowakei, kann es schon vorkommen, dass man Bratislava, die Hauptstadt, vergeblich sucht.

Wer aber ist die Slowakei? Was ist uns in Deutschland zu diesem Land bekannt? In politischer Hinsicht fällt manchem sicherlich die sogenannte „Mečiar-Ära“ in den 1990er Jahren ein, in der der damalige Ministerpräsident Vladimír Mečiar die Slowakei autoritär regierte und die demokratische Entwicklung des Landes auf dem Spiel stand. Aber ansonsten kommt das Land auch in Deutschland in den Medien relativ wenig vor. Zuletzt waren Schlagzeilen zu lesen, doch waren es meist eher negative Meldungen angesichts der Spannungen mit dem EU-Nachbarland Ungarn. Positive Nachrichten haben dagegen Seltenheitswert und das könnte auch weiter so bleiben, es sei denn, die slowakische Fußballnationalmannschaft überrascht bei der Weltmeisterschaft in Südafrika. Im Gegensatz zum ehemaligen Bruderteil aus der Tschechoslowakei, Tschechien, das durch den eigenwilligen Präsidenten Václav Klaus des Öfteren in europäischen Medien vertreten ist, hört man von der Slowakei also wenig.

Beschäftigt man sich jedoch nur ein wenig mehr mit der Slowakischen Republik, erfährt man Überraschendes. Nach Auffassung von Experten stellt die Slowakei von allen ehemaligen Mitgliedsstaaten des Warschauer Pakts wohl das Musterland per se dar: Mitglied der EU, Mitglied der NATO, Schengen-Land und seit Januar 2009 Mitglied der Euro Zone – eine beeindruckende Bilanz, erst Recht im Hinblick darauf, dass es erst 1998, also „nach Mečiar“ so richtig los ging mit der Westbindung.

Die Slowakei ist außerdem ein nicht zu unterschätzender Handelspartner der Bundesrepublik. An wenigen Orten der Welt werden wohl pro Kopf der Bevölkerung so viele Autos gebaut wie in der Slowakei. Deutsche, französische und asiatische Autohersteller fertigen in der Slowakei.

Grund genug, sich im Vorfeld der anstehenden Wahlen zum Abgeordnetenhaus am 12. Juni 2010 etwas näher mit der Slowakei zu befassen. Zum Anlass der anstehenden Wahlen haben wir die wichtigsten Fakten rund um die Politik in der Slowakei, ihre Akteure, die Parteien und deren Wahlprogramme in einem Wahlhandbuch zusammengetragen, um einen einfachen und schnellen Überblick über die aktuelle Situation zu erhalten – in konzentrierter und anschaulicher Form.

Wer sind die Spitzenkandidaten der wichtigsten Parteien? Mit welcher Regierungskoalition könnte zu rechnen sein? Diese und viele weitere Fragen versuchen wir auf den folgenden Seiten zu beantworten.

Für die Unterstützung bei der Erstellung des Wahlhandbuchs danke ich insbesondere Gabriela Tibenská, Katarína Kadlečková, Andrea Zeller, Kevin Urbanski, Vojtech Drapal. Für die inhaltliche Beratung danke ich Zuzana Wienk, Veronika Čopíková und den Analysten von M.E.S.A. 10.

Aktuelle Informationen zu den letzten Entwicklungen im Land finden Sie unter www.kas.de/Bratislava

Dr. Hubert Gehring

Leiter der Auslandsbüros in Tschechien und der Slowakei
Konrad-Adenauer-Stiftung

INHALTSVERZEICHNIS

1	DIE SLOWAKISCHEN PARLAMENTSWAHLEN 2010	1
2	GRUNDLAGEN DES POLITISCHEN SYSTEMS: VERFASSUNG, PARTEIEN UND BESONDERHEITEN	4
3	DAS WAHLSYSTEM	10
4	PARTEIEN, KANDIDATEN UND WAHLZIELE	15
4.1	SMER-SD – Richtung - Sozialdemokratie	15
4.1.1	Die Partei	15
4.1.2	Robert Fico	16
4.2	SDKÚ-DS – Slowakische Demokratische und Christliche Union – Demokratische Partei	17
4.2.1	Die Partei	17
4.2.2	Iveta Radičová	18
4.3	SNS – Slowakische Nationalpartei	19
4.3.1	Die Partei	19
4.3.2	Ján Slota	20
4.4	SMK-MKP - Partei der ungarischen Koalition	21
4.4.1	Die Partei	21
4.4.2	Pál Csáky	22
4.5	ĽS-HZDS - Volkspartei – Bewegung für eine demokratische Slowakei	23
4.5.1	Die Partei	23
4.5.2	Vladimír Mečiar	24
4.6	KDH – Christdemokratische Bewegung	25
4.6.1	Die Partei	25
4.6.2	Ján Figel’	27
4.7	SaS – Freiheit und Solidarität	28
4.7.1	Die Partei	28
4.7.2	Richard Sulík	29
4.8	MOST-HÍD – Partei der Zusammenarbeit	29
4.8.1	Die Partei	29
4.8.2	Béla Bugár	30
5	DIE WAHLPROGRAMME IM VERGLEICH	31
5.1	Wirtschafts- und Finanzpolitik	31
5.2	Arbeits-, Sozial-, Familien- und Gesundheitspolitik	36
5.3	Bildungs- und Kulturpolitik	43
5.4	Umwelt- und Energiepolitik	47
5.5	Innen- und Justizpolitik	49
5.6	Außen-, Verteidigungs- und Europapolitik	55
6	ENTWICKLUNG DER WAHLPRAEFERENZEN	59
ANHANG A: ERGEBNISSE DER WAHLEN ZUM NATIONALRAT SEIT 1994		62

ANHANG B: REGIERUNGEN DER SLOWAKEI SEIT 1993	_____ 63
ANHANG C: ZUR WAHL ZUGELASSENE PARTEIEN	_____ 64
ANHANG D: MUSTER EINES WAHLZETTELS	_____ 65
ANHANG E: IMPRESSIONEN AUS DEM WAHLKAMPF 2010	__ 66
LITERATUR/WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN	_____ 70

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

ANO	Allianz des neuen Bürgers (<i>Aliancia nového občana</i>)
BIP	Bruttoinlandsprodukt
ČSFR	Tschechische und Slowakische Föderative Republik (<i>Česká a slovenská federatívna republika</i>)
DS	Demokratische Partei (<i>Demokratická strana</i>)
DÚ	Demokratische Union (<i>Demokratická únia</i>)
EP	Europäisches Parlament
EU	Europäische Union
IVO	Institut für öffentliche Fragen (<i>Inštitút pre verejné otázky</i>)
KDH	Christlich Demokratische Bewegung (<i>Kresťanskodemokratické hnutie</i>)
KSS	Kommunistische Partei der Slowakei (<i>Komunistická strana Slovenska</i>)
ĽS-HZDS	Volkspartei – Bewegung für eine demokratische Slowakei (<i>Ľudová strana – Hnutie za demokratické Slovensko</i>)
MKDH	Ungarische Christlich-Demokratische Bewegung (<i>Maďarské kresťanskodemokratické hnutie</i>)
MNI	Ungarische unabhängige Initiative (<i>Maďarská nezávislá iniciatíva</i>)
MOS	Ungarische Bürgerpartei (<i>Maďarská občianska strana</i>)
MOST-HÍD	Brücke
PSNS	Wahre Slowakische Nationalpartei (<i>Pravá Slovenská národná strana</i>)
SaS	Freiheit und Solidarität (<i>Sloboda a Solidarita</i>)
SDK	Slowakische Demokratische Koalition (<i>Slovenská demokratická koalícia</i>)
SDKÚ-DS	Slowakische Demokratische und Christliche Union – Demokratische Partei (<i>Slovenská demokratická a kresťanská únia – Demokratická strana</i>)
SDĽ	Partei der Demokratischen Linken (<i>Strana demokratickej ľavice</i>)
SDSS	Sozialdemokratische Partei der Slowakei (<i>Sociálno-demokratická strana Slovenska</i>)
SMER-SD	Richtung - Sozialdemokratie (<i>SMER - Sociálna demokracia</i>)
SMK-MKP	Partei der Ungarischen Koalition (<i>Strana maďarskej koalície - Magyar Koalíció Pártja</i>)
SNS	Slowakische Nationalpartei (<i>Slovenská národná strana</i>)
SOP	Partei der bürgerlichen Verständigung (<i>Strana občianskeho porozumenia</i>)
SZ	Partei der Grünen (<i>Strana zelených</i>)
V4	Visegrad-Gruppe bestehend aus Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn
VPN	Öffentlichkeit gegen Gewalt (<i>Verejnosť proti násiliu</i>)
ZRS	Arbeitervereinigung der Slowakei (<i>Združenie robotníkov Slovenska</i>)

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abb. 1: Sitzverteilung im Nationalrat und Wahlergebnis 2006	7
Abb. 2: Sitzverteilung im Nationalrat März 2010	7
Abb. 3: Muster eines Wahlzettels der Wahlen zum Nationalrat.....	65
Infobox 1: Die aktuelle Regierung der Slowakischen Republik	6
Infobox 2: Die Parteienfinanzierung in der Slowakischen Republik	9
Infobox 3: Berechnung der Sitzverteilung in Wahlsystemen mit Verhältnswahlrecht	11
Infobox 4: Der Ablauf der Wahlen / Informationsquellen	13

TABELLENVERZEICHNIS

Tab. 1: Wahlbeteiligung bei den slowakischen Parlamentswahlen.....	14
Tab. 2: Vertrauen der Bevölkerung in staatliche Institutionen	14
Tab. 3: Wirtschafts- und Finanzpolitik im Vergleich	36
Tab. 4: Arbeits-, Sozial-, Familien- und Gesundheitspolitik im Vergleich	43
Tab. 5: Bildungs- und Kulturpolitik im Vergleich	46
Tab. 6: Umwelt- und Energiepolitik im Vergleich.....	49
Tab. 7: Innen- und Justizpolitik im Vergleich.....	55
Tab. 8: Außen-, Verteidigungs- und Europapolitik im Vergleich.....	58
Tab. 9: Ergebnisse der Wahlen zum Nationalrat seit 1994.....	62

1 DIE SLOWAKISCHEN PARLAMENTSWAHLEN 2010

Am 12. Juni 2010 werden in der Slowakei die siebten freien Parlamentswahlen seit Wende 1989 und die fünften Parlamentswahlen seit der Unabhängigkeit des Landes 1993 stattfinden. An diesem Tag werden die über vier Millionen Wahlberechtigten die 150 Abgeordneten des Nationalrats der Slowakischen Republik neu wählen. Mit dieser Wahl wird die vierjährige Legislaturperiode der Regierungskoalition bestehend aus der Partei Richtung – Sozialdemokratie (SMER - Sociálna demokracia - SMER-SD), der Slowakischen Nationalpartei (Slovenská národná strana – SNS) und der Volkspartei – Bewegung für eine demokratische Slowakei (Ľudová strana – Hnutie za demokratické Slovensko – ĽS-HZDS) zu Ende gehen. Ob sich die Slowaken für einen Richtungswechsel oder für Kontinuität entscheiden werden, wird die Parlamentswahl zeigen.

Rückblick auf die Jahre 2002 bis 2010

Sucht man eine kurze, zutreffende Beschreibung des Jahres 2002, fällt auf, dass dies zwar kein Jahr des Umbruchs, aber dennoch ein Jahr war, das die weitere politische und gesellschaftliche Entwicklung in der Slowakei stark beeinflusst hat. Das wichtigste Ereignis des Jahres – die Parlamentswahl im September – brachte für viele einen überraschenden Sieg der Mitte-Rechts-Parteien und bestätigte den seit 1998 angestrebten politischen Kurs der Slowakei. Die befürchtete politische Rückkehr des HZDS-Vorsitzenden und ehemaligen Premierministers Vladimír Mečiar fand nicht statt. Der eigentliche Wahlsieger war – wie schon 1998 - der Vorsitzende der Slowakischen Demokratischen und Christlichen Union (Slovenská demokratická a kresťanská únia - SDKÚ), Mikuláš Dzurinda, der zusammen mit der Christlich-demokratischen Bewegung (Kresťanskodemokratické hnutie - KDH), der Partei der ungarischen Koalition (Strana maďarskej koalície - Magyar Koalíció Pártja – SMK-MKP) und der liberal ausgerichteten Allianz des neuen Bürgers (Aliancia nového občana – ANO) eine Regierung bilden konnte.

Der anhand von Umfragen zumeist schon als Favorit für das Amt des Premierministers geltende Jungpolitiker Robert Fico blieb mit seiner Partei SMER hingegen deutlich hinter den Erwartungen der Meinungsforscher zurück.

Die europäische Verankerung des Landes bedeutete den Höhepunkt langjähriger Bemühungen der ersten und zweiten Regierung von Mikuláš Dzurinda: Bereits kurz nach der Regierungsbildung 2002 wurde die Slowakei eingeladen der NATO beizutreten. Auch die Beitrittsverhandlungen mit der EU wurden erfolgreich beendet. Am 1. April sowie am 1. Mai 2004 ist die Slowakei schließlich der NATO und der EU beigetreten. Der EU-Beitritt wurde von der Bevölkerung mit großer Begeisterung und allgemeiner Zustimmung aufgenommen. Doch obwohl die Slowaken den EU-Beitritt ihres Landes in einem Referendum mit der höchsten Zustimmung aller neuen EU-Mitgliedsländer bestätigt hatten, erreichte die Wahlbeteiligung bei ihren ersten Europawahlen im Juni 2004 mit nur 19,96 Prozent den niedrigsten Wert innerhalb der gesamten EU.

In den ersten beiden Jahren der zweiten Regierung von Dzurinda wurden in der Slowakischen Republik umfassende Reformen durchgeführt – die Rentenreform (Erhöhung des Rentenalters auf 62 Jahre, Ergänzung des bestehenden Umlageverfahrens durch ein kapitalgedecktes Verfahren), die Steuerreform (Einführung eines einheitlichen Steuersatzes von 19 Prozent), eine Reform des Gesundheitssystems sowie eine Schulreform. Ziel der Reformen war es, die internationale Konkurrenzfähigkeit des Landes zu erhöhen.

Die Parlamentswahlen 2006 beendeten die achtjährige christlich-liberale Regierung von Dzurinda: Die Reformen der zweiten Legislaturperiode der Regierung Dzurinda hatten weniger Verständnis seitens der Slowaken gefunden. Der fast ausschließliche Focus auf wirtschafts- und finanzpolitische Fragestellungen und die offensichtliche Vernachlässigung des sozialpolitischen Profils war eine der Ursachen der Wahlniederlage der Parteien der Regierungskoalition bei den Parlamentswahlen 2006. Die Wähler gaben Robert Fico von SMER-SD ihr Vertrauen. Dieser nahm die Ängste und die Verunsicherung eines Teils der Slowaken geschickt auf und führte einen Richtungswechsel herbei.

Umso erstaunlicher war das Verhalten von Robert Fico nach der Wahl, als er sich trotz zahlreicher in- und ausländischer Warnungen nicht von einer Koalition mit der rechtsextremen SNS abhalten ließ. Auch der weitere Koalitionspartner, die vom dreimaligen Ex-Premier Mečiar geführte ĽS-HZDS, hatte ein schlechtes internationales Image. Die drei christdemokratischen Parteien der ehemaligen Regierungskoalition (SDKÚ-DS, KDH und SMK-MKP) gingen 2006 in die Opposition, die ANO als vierte Partei der vormaligen Regierungskoalition scheiterte an der Fünf-Prozent-Hürde.

Premierminister Fico übernahm das Land nach den zwei Legislaturperioden von Dzurinda in sehr guter wirtschaftlicher Verfassung. Das Wirtschaftswachstum 2006 betrug 8,6 Prozent, die Arbeitslosenquote 13,3 Prozent im Vergleich zu 16,2 Prozent im Jahr 2005.

Obwohl Robert Fico seinen Wahlsieg 2006 unter anderem aufgrund seiner Kritik an den Reformen der Regierung Dzurinda, insbesondere an der Einführung der Einheitssteuer, erzielt hatte, führte er bis 2010 keine großen wirtschaftspolitischen Änderungen durch. Die Einheitssteuer von 19 Prozent wurde beibehalten, nur für ausgewählte Waren (z.B. Medikamenten, Bücher) wurde sie auf zehn Prozent reduziert. Größer waren die Eingriffe in die Rentenreform der Vorgängerregierung: Ziel war hier die Stärkung des staatlichen Umlagesystems zu Lasten des neuen kapitalgedeckten Systems. Des Weiteren wurden die von der Regierung Dzurinda eingeführten Gebühren für Arztbesuche und Krankenhausaufenthalte abgeschafft. Ferner wurde unter anderem ein Weihnachtsgeld für Rentner in Höhe von knapp 30 Euro eingeführt.

Einen großen Erfolg für die Slowakei bedeutete der am 21. Dezember 2007 erfolgte Beitritt zum Schengen-Raum für den freien Grenzverkehr und die Einführung des Euro zum 1. Januar 2009, welche eine mildernde Wirkung auf die slowakische Volkswirtschaft während der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise hatte.

Die politische Situation in der Slowakischen Republik in den Jahren 2006 bis 2010 kann als angespannt und polarisiert bezeichnet werden. Politische Analysten charakterisieren die Machtausübung seitens der Regierungskoalition in den Jahren 2006 bis 2010 als nicht konsensual, mit starken Erscheinungen von Klientelismus und Partokratie. Bei der Verwendung öffentlicher Mittel wurden oft anstelle öffentlicher Ausschreibungen andere, weniger transparente Methoden angewandt. Die Konfrontation zwischen der Regierungskoalition und der weitgehend fragmentierten parlamentarischen Opposition hat sich in den letzten vier Jahren intensiviert.

Es kam jedoch auch zu häufigen Konflikten zwischen Premierminister Fico oder anderen Regierungsmitgliedern mit den Medien. Die politische Einflussnahme der Regierung auf die öffentlich-rechtlichen Sender verstärkte sich spürbar (vor allem auf das Fernsehen). Fast seine gesamte Regierungszeit über lehnte es Premierminister Fico zudem ab, mit politischen Gegnern im Radio oder Fernsehen zu diskutieren. Eine erste Debatte dieser Art wurde erst im Februar 2010 ausgestrahlt, jedoch nicht mit dem Vorsitzenden der stärksten Oppositionspartei SDKÚ-DS, Mikuláš Dzurinda oder deren Spitzenkandidatin Iveta Radičová, sondern mit dem KDH-Vorsitzenden

Ján Figel. Die Regierung versuchte zudem mit einer Gesetzesnovelle die Unabhängigkeit von Think Tanks, Nichtregierungsorganisationen und Bürgerinitiativen zu beschränken. Dieser Versuch wurde jedoch aufgrund des starken Widerstands seitens der betroffenen Organisationen zurückgenommen.

Stimmungslage

Gemäß einer Untersuchung des Institutes für öffentliche Fragen (Inštitút pre verejné otázky - IVO), die im März 2010 veröffentlicht wurde, ist die Überzeugung der Bevölkerung über die Richtigkeit der Entwicklung der Slowakei im letzten Jahr gesunken. Der Anteil derer, die der Ansicht sind, dass sich die Slowakei nicht in die richtige Richtung entwickelt, stieg von 31 Prozent auf 41 Prozent.

In der IVO-Untersuchung zu den zehn schwerwiegendsten gesellschaftlichen Problemen dominieren zwei: die Arbeitslosigkeit (66 Prozent) sowie Lebensqualität und soziale Sicherheit (51 Prozent). Das drittschwerste Problem stellen Korruption, Klientelismus und „niedrige Moral“ dar (35 Prozent). An vierter und fünfter Stelle platziert sich das Gesundheitswesen sowie die Wirtschaftspolitik und Leistungsfähigkeit der Wirtschaft (jeweils 24 Prozent).

Im Vergleich zum Beginn der letzten Legislaturperiode sind in den Augen der Bevölkerung zusätzlich auch ethnische Spannungen angestiegen.

Bei den Parlamentswahlen 2006 haben sich 54,7 Prozent der wahlberechtigten Bürger an der Wahl beteiligt. Im Februar 2010 gaben 58 Prozent der wahlberechtigten Bürger an, dass sie bei den Wahlen im Juni höchstwahrscheinlich wählen werden. Die Schätzung über die wahrscheinliche Beteiligung bewegt sich zwischen 50 Prozent und 60 Prozent.

Fünf Wochen vor den Wahlen verläuft der Wahlkampf noch sehr ruhig: Die kandidierenden slowakischen Parteien griffen sich bislang nicht direkt an was dahingehend gedeutet werden könnte, dass möglichst viele Koalitionsoptionen offen gehalten werden sollen. Auch die ‚ungarische Karte‘, die in der Vergangenheit oft vor den Wahlen zum Nationalrat gespielt wurde, kam im aktuellen Wahlkampf trotz oder wegen der momentan schwierigen nachbarschaftlichen Beziehungen noch nicht zum Einsatz. Selbst nach dem klaren Sieg von Fidesz und einem Stimmenanteil von 16 Prozent für die rechtsextreme Jobbik-Partei bei den Parlamentswahlen in Ungarn kam es zu keinen nennenswerten Reaktionen.

Das vorliegende Wahlhandbuch Slowakei 2010 soll als Orientierungshilfe für den interessierten Leser dienen, um die Wahlen und die damit verbundenen Ereignisse in der Slowakischen Republik erfassen und einordnen zu können. Nach der Einführung in das politische System der Slowakei folgt eine Darstellung des slowakischen Wahlsystems. Im Anschluss erfolgt eine detaillierte Darstellung der acht größten zur Wahl antretenden Parteien, welche unter anderem die Profile ihrer Spitzenkandidaten sowie die wichtigsten Punkte der jeweiligen Wahlprogramme enthält. Die beiden letzten Kapitel sind schließlich der Präferenzentwicklung der Wähler sowie den aktuellsten politischen Entwicklungen gewidmet. Weitere Informationen finden Sie auf unserer Homepage unter www.kas.de/bratislava.

2 GRUNDLAGEN DES POLITISCHEN SYSTEMS: VERFASSUNG, PARTEIEN UND BESONDERHEITEN

Die Slowakische Republik ging am 1. Januar 1993 aus der Teilung der Tschechischen und Slowakischen föderativen Republik (ČSFR) in zwei selbstständige staatliche Gebilde hervor. Gemäß ihrer Verfassung ist sie ein souveräner demokratischer Rechtsstaat mit einem parlamentarischen Regierungssystem.

Der Aufbau dieses auf Pluralismus und Parlamentarismus basierenden politischen Systems begann nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Regimes in der Tschechoslowakei im November 1989: Allmählich wurden totalitäre Elemente abgebaut und Voraussetzungen für das Funktionieren demokratischer Institutionen geschaffen. 1990 fanden die ersten demokratischen Wahlen nach dem Fall des Eisernen Vorhangs statt. Nach Ablauf einer nur zweijährigen Legislaturperiode wurde 1992 erneut gewählt. Die Wahlsieger der tschechischen und der slowakischen Seite von 1992 konnten sich jedoch bei der staatsrechtlichen Ausgestaltung des tschechisch-slowakischen Verhältnisses auf keine gemeinsamen Positionen einigen, woraufhin die Teilung in zwei souveräne Staaten zum 1. Januar 1993 beschlossen wurde.

Die Verfassung der selbständigen Slowakischen Republik hat ihren Ursprung nicht in der Verfassungstradition der Ersten Tschechoslowakischen Republik, vielmehr wurde sie von einer Expertengruppe ausgearbeitet und orientiert sich an der demokratischen westlichen Verfassungskultur. Sie wurde am 1. September 1992 vom Parlament, dem Slowakischen Nationalrat, verabschiedet und unterlag seither acht Änderungen.

Die Slowakische Republik hat heute 5,4 Millionen Einwohner und ist seit Juli 1996 in acht Regionen „kraje“ (Bratislava, Trnava, Trenčín, Nitra, Žilina, Banská Bystrica, Prešov und Košice) sowie 79 Bezirke „okresy“ gegliedert. Ihre Hauptstadt ist Bratislava.

Das politische System

Als oberste Staatsorgane der Slowakischen Republik benennt die Verfassung den Nationalrat der Slowakischen Republik „Národná rada Slovenskej republiky“, den Staatspräsidenten „Prezident Slovenskej republiky“, die Regierung der Slowakischen Republik „Vláda Slovenskej republiky“ sowie das Verfassungsgericht der Slowakischen Republik „Ústavný súd Slovenskej republiky“.

Der **Nationalrat der Slowakischen Republik** (<http://www.nrsr.sk/>) ist das oberste gesetz- und verfassungsgebende Organ. Er hat eine Kammer mit 150 Abgeordneten, welche in allgemeinen, direkten, gleichen und geheimen Wahlen für einen Zeitraum von vier Jahren gewählt werden. Zum Abgeordneten kann sich jeder dauerhaft auf dem Gebiet der Slowakischen Republik wohnende wahlberechtigte Bürger, der das Alter von 21 Jahren erreicht hat, wählen lassen. Der Abgeordnete übt sein Mandat frei, persönlich und unabhängig aus, es gilt das Verbot des imperativen Mandats.

Eine Besonderheit stellt die Inkompatibilität von Abgeordnetenmandat und Regierungsamt dar: Wird ein Abgeordneter zum Regierungsmitglied ernannt, so ruht sein Mandat für die Dauer der Regierungszugehörigkeit, es erlischt jedoch nicht, da eine Ersatzperson nachrückt.

Der Wirkungsbereich des Nationalrats der Slowakischen Republik erstreckt sich über Kompetenzen im Bereich der Gesetzgebung und der Kontrolle der Regierung, das Recht zur Bildung von Ministerien und Staatsorganen, der Wahl dreier Richter des Richterrates bis hin zu Beschlüssen über außenpolitische Belange. Der National-

rat der Slowakischen Republik tagt ständig. Er ist beschlussfähig, sofern mehr als die Hälfte aller Abgeordneten (d.h. mindestens 76 der insgesamt 150 Abgeordneten) anwesend ist. Damit ein Beschluss rechtsgültig wird, müssen ihm mehr als die Hälfte der anwesenden Abgeordneten zustimmen. Die Annahme und Änderung der Verfassung bedarf einer Dreifünftelmehrheit aller Abgeordneten, das heißt 90 Stimmen. Eine Übersicht der Ergebnisse der Wahlen zum Nationalrat seit 1994 befindet sich in Anhang A.

Der **Präsident der Republik** (<http://www.prezident.sk/>) ist das Staatsoberhaupt der Slowakischen Republik. Er muss das 40. Lebensjahr vollendet haben und wird seit 1999 in allgemeinen, direkten und geheimen Wahlen für einen Zeitraum von fünf Jahren bei maximal zwei Amtszeiten gewählt. Zur Wahl sind alle Bürger zugelassen, die berechtigt sind, den Nationalrat der Slowakischen Republik zu wählen. Zuvor war der Präsident mit einer Dreifünftelmehrheit der Stimmen aller Abgeordneten des Parlaments gewählt worden. Weil jedoch der Nationalrat nach Ablauf der Amtszeit des ersten Präsidenten der Slowakischen Republik 1998 mehrmals nicht in der Lage war, die erforderliche Dreifünftelmehrheit für einen Kandidaten zu erreichen, wurde die direkte Wahl durch die Bürger der slowakischen Republik vom Parlament beschlossen und in der Verfassung verankert. Die bisherigen Amtsinhaber waren:

- Michal Kováč: 1993-1998
- Rudolf Schuster: 1999-2004
- Ivan Gašparovič: 2004-2009, zweite Amtszeit seit 2009

Der Präsident vertritt die Slowakische Republik nach innen wie nach außen, ist Oberkommandeur der Streitkräfte und ernennt beziehungsweise entlässt staatliche Funktionäre. Zudem verhandelt und ratifiziert er internationale Verträge. Unter anderem kann er das Parlament auflösen sofern dieses einer Regierung innerhalb von sechs Monaten nach ihrer Ernennung die Billigung ihres Regierungsprogramms verwehrt hat. Zudem kann er vom Nationalrat verabschiedete Gesetze (Ausnahme Verfassungsgesetze) mit einer Begründung und gegebenenfalls auch mit Änderungsvorschlägen zurückweisen (suspensives Veto), wie dies jüngst der Fall war, als der amtierende Präsident Ivan Gašparovič das Patriotismusgesetz¹ (vlastenecký zákon), welches am 1. April 2010 in Kraft treten sollte, nicht unterzeichnete.

Die **Regierung der Slowakischen Republik** (<http://www.vlada.gov.sk/>) ist das höchste Organ der Exekutive. Sie ist ein Kollegialorgan, bestehend aus dem Ministerpräsidenten, den stellvertretenden Vorsitzenden und den Ministern. Nach den Parlamentswahlen wird in der Regel die stärkste Partei vom Staatspräsidenten mit der Regierungsbildung beauftragt. Innerhalb von 30 Tagen nach ihrer Ernennung durch den Staatspräsidenten muss die neue Regierung dem Nationalrat ihr Programm vorlegen und sich das Vertrauen aussprechen lassen.

Die Regierung der Slowakischen Republik entscheidet unter anderem über Gesetzentwürfe, das Regierungsprogramm und seine Umsetzung, die Planung des Staatshaushaltes, internationale Abkommen der Slowakischen Republik sowie über grundlegende innen- und außenpolitische Fragen. Die Entscheidungen erfolgen kollektiv. Beschlussfähig ist sie nur, wenn mehr als die Hälfte ihrer Mitglieder anwesend ist. Zur Beschlussfassung ist in der Regel die Zustimmung einer über die Hälfte zählenden Mehrheit aller Regierungsmitglieder erforderlich. Eine Übersicht zu den bisherigen Regierungen der Slowakischen Republik findet sich im Anhang B.

¹ Das Patriotismusgesetz, welches von der Slowakischen Nationalpartei (SNS) in die Wege geleitet wurde, soll den Respekt für die Staatssymbole stärken. An den Schulen soll beispielsweise immer montags die Nationalhymne gespielt werden. Auch die Sitzungen des Parlaments, der Regierung sowie der staatlichen Organe sollen mit der Hymne eröffnet werden. Zudem sollen Staatsbeamte ihre Treue zum Staat bekunden. Mittlerweile wurde jedoch eine modifizierte Form des Gesetzes verabschiedet.

INFOBOX 1: DIE AKTUELLE REGIERUNG

Seit dem 4. Juli 2006 wird die Slowakische Republik von einer Koalition aus der Richtung - Sozialdemokratie (SMER-SD), der Slowakischen Nationalpartei (SNS) sowie der Volkspartei – Bewegung für eine demokratische Slowakei (ĽS-HZDS) regiert. Regierungsvorsitzender „predseda vlády“ ist Robert Fico von SMER-SD.

Als stellvertretende Regierungsvorsitzende fungieren Dušan Čaplovič (<http://www.vicepremier.sk/>), Beauftragter für eine wissenschaftliche Gesellschaft, europäische Angelegenheiten, Menschenrechte und Minderheiten von SMER-SD, Justizministerin Viera Petríková von ĽS-HZDS, Innenminister Robert Kaliňák von SMER-SD sowie Bildungsminister Ján Mikolaj von SNS. Die Ministerien wurden von den Koalitionsparteien wie folgt besetzt:

- Wirtschaftsminister: Ľubomír Jahnátek (SMER-SD), Wirtschaftsministerium: <http://www.economy.gov.sk/index/index.php?lang=en>
- Finanzminister: Ján Počiatek (SMER-SD), Finanzministerium: <http://www.finance.gov.sk/En/Default.aspx>
- Ministerin für Arbeit, Soziales und Familie: Viera Tomanová (SMER-SD), Ministerium für Arbeit, Soziales und Familie: <http://www.employment.gov.sk/index.php?SMC=1&lg=en>
- Gesundheitsminister: Richard Raši (SMER-SD), Gesundheitsministerium: <http://www.health.gov.sk/>
- Bildungsminister und stellvertretender Regierungsvorsitzender: Ján Mikolaj (SNS), Bildungsministerium: <http://www.minedu.sk/index.php?lang=en>
- Kulturminister: Marek Maďarič (SMER-SD), Kulturministerium: <http://www.culture.gov.sk/en/>
- Minister für Aufbau und regionale Entwicklung: seit 15.03.2010 Ján Mikolaj (SNS), Ministerium für Aufbau und regionale Entwicklung: <http://www.build.gov.sk/mvrrsr/index.php>
- Minister für Verkehr, Post und Telekommunikation: Ľubomír Vážny (SMER-SD), Ministerium für Verkehr, Post und Telekommunikation: <http://www.telecom.gov.sk/index/index.php?lang=en>
- Landwirtschaftsminister: Vladimír Chovan (ĽS-HZDS), Landwirtschaftsministerium: <http://www.land.gov.sk/en/>
- Umweltminister Jozef Medved' (SMER-SD), Umweltministerium: http://www.enviro.gov.sk/servlets/page?c_id=5300&lang_id=2
- Innenminister und stellvertretender Regierungsvorsitzender: Robert Kaliňák (SMER-SD), Innenministerium: <http://www.minv.sk/>
- Justizministerin und stellvertretende Regierungsvorsitzende: Viera Petríková (ĽS-HZDS), Justizministerium: <http://www.justice.gov.sk/a/wf.aspx>
- Außenminister: Miroslav Lajčák (nominiert von SMER-SD), Außenministerium: <http://www.foreign.gov.sk/en/home>
- Verteidigungsminister: Jaroslav Baška (SMER-SD), Verteidigungsministerium: <http://www.mosr.sk/index.php>

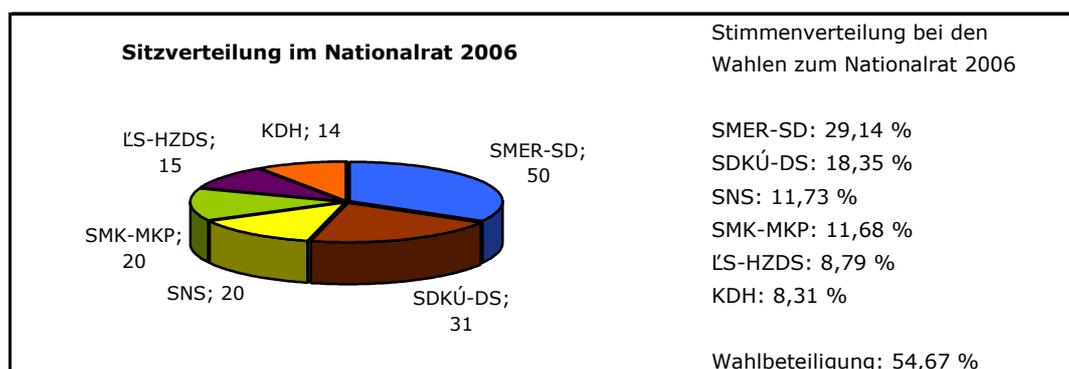
Infobox 1: Die aktuelle Regierung der Slowakischen Republik

Das Parteiensystem

Gemäß Artikel 29 der Verfassung der Slowakischen Republik wird den Bürgern das Recht zur freien Gründung politischer Parteien und Bewegungen garantiert. Dieses Recht wurde und wird häufig in Anspruch genommen – aktuell sind in der Slowakei mehr als 100 politische Parteien und politische Bewegungen registriert.

Das slowakische Parteiensystem ist noch immer durch eine außerordentliche Dynamik sowie anhaltende Verwerfungen und Neugründungen gekennzeichnet, seine Konsolidierung ist noch nicht abgeschlossen. So wurden beispielsweise die Partei Freiheit und Solidarität (Sloboda a Solidarita - SaS), welche in den aktuellen Wahlumfragen mit 11,5 Prozent der Stimmen bedacht wurde, wie auch die slowakisch-ungarische MOST-HÍD (Brücke), die bis zu 5,1 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinigen könnte, erst im Jahre 2009 gegründet. Bei der MOST-HÍD handelt es sich zudem um eine Abspaltung von der SMK-MKP.

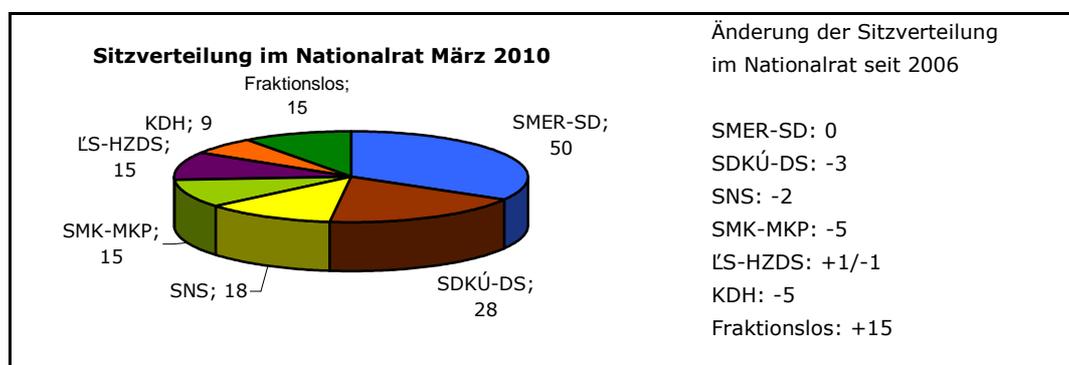
Aus den Wahlen zum Nationalrat 2006 ging die 1999 von der SDĽ (Strana demokratickej ľavice - Partei der demokratischen Linken) abgespaltene Partei SMER-SD mit 29,1 Prozent der Wählerstimmen als stärkste Partei hervor. Sie koaliert seither mit der SNS, die 11,7 Prozent der Wählerstimmen erzielte, sowie mit der ĽS-HZDS, die 8,8 Prozent der Wählerstimmen erlangte. Aus dem Wahlergebnis ergab sich die folgende Sitzverteilung im Nationalrat:



Quelle: Statistical Office of the Slovak Republic 2006a

Abb. 1: Sitzverteilung im Nationalrat und Wahlergebnis 2006

Während der laufenden Legislaturperiode wechselten 15 Abgeordnete ihre Fraktion, was sich auf die Sitzverteilung im Nationalrat wie folgt auswirkte:



Quelle: Národná rada Slovenskej republiky 2010

Abb. 2: Sitzverteilung im Nationalrat März 2010

Die größten Verluste aus diesen Fraktionswechseln verzeichneten die KDH und die SMK. Ende Februar 2008 gaben vier der prominentesten KDH-Abgeordneten - František Mikloško, eine der Ikonen des einstigen christlichen Widerstands gegen das

kommunistische Regime, Ex-Innenminister Vladimír Palko, Ex-Fraktionschef Pavol Minárik und der ehemalige Vorsitzende der ostslowakischen Region Košice Rudolf Bauer - ihren Austritt aus der KDH bekannt. Dem Parteichef und Ex-Parlamentspräsidenten Pavol Hrušovský warf das Quartett vor, die traditionellen Werte der KDH verraten zu haben. Im März 2008 gaben sie schließlich die Gründung einer neuen Partei namens Konservative Demokraten der Slowakei (Konzervatívni demokrati Slovenska - KDS) bekannt.

Der ehemalige Landwirtschaftsminister der zweiten Regierung Dzurinda, Zsolt Simon, verließ die SMK-Fraktion im April 2009 als erster. Im gleichen Monat folgten ihm der ehemalige SMK-Vorsitzende Béla Bugár zusammen mit den drei SMK-Abgeordneten László Nagy, Gábor Gál und Tibor Bastrnák.

Die **Finanzierung der politischen Parteien und Bewegungen** wird in der Slowakischen Republik im Gesetz über die politischen Parteien und politischen Bewegungen (Zákon o politických stranách a politických hnutiach), das im Februar 2005 verabschiedet wurde, festgelegt. Nähere Einzelheiten hierzu sind in der Infobox 2 enthalten:

INFOBOX 2: DIE PARTEIENFINANZIERUNG IN DER SLOWAKEI

Die Paragraphen Nr. 20 bis 32 des slowakischen Parteiengesetzes regeln die Finanzierung politischer Parteien und Bewegungen. Diese basiert auf vier Säulen:

Finanzierung aus staatlichen Mitteln

Staatliche Zuschüsse sind stark vom Wahlerfolg abhängig. Sie werden gewährt als

- Beitrag für erhaltene Wählerstimmen: Jeder Partei, die in den Parlamentswahlen über drei Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinigt, steht ein einmaliger Zuschuss je Wählerstimme in Höhe von einem Prozent des monatlichen Durchschnittslohnes zu (Zákon o voľbách NR SR 2010, § 52).
- Beitrag zur Arbeit: Der monatliche Zuschuss für die Tätigkeit der Parteien beträgt 1/48 des Beitrags für erhaltene Wählerstimmen. Innerhalb der vierjährigen Legislaturperiode erhalten die Parteien damit noch einmal einen Betrag, der der Höhe des Beitrags für erhaltene Wählerstimmen entspricht.
- Beitrag zum Mandat: Je Mandat im Nationalrat erhält eine Partei das Dreißigfache des monatlichen Durchschnittslohnes für die ersten 20 Sitze und das Zwanzigfache des monatlichen Durchschnittslohnes für jeden weiteren Sitz.

Die Finanzierung aus staatlichen Mitteln stellte 2008 die wichtigste Einnahmequelle der im Nationalrat vertretenen Parteien dar: Ihr Anteil belief sich auf durchschnittlich 74 Prozent.

Finanzierung aus Mitgliedsbeiträgen

Parteien und politische Bewegungen dürfen Mitgliedsbeiträge erheben. Deren durchschnittlicher Anteil an den gesamten Einnahmen der im Nationalrat vertretenen Parteien betrug im Jahr 2008 jedoch lediglich 12 Prozent. Eine Ausnahme stellte die ĽS-HZDS dar: Dort lag der Anteil der Mitgliedsbeiträge an der gesamten Finanzierung bei 44 Prozent.

Finanzierung durch unternehmerische Tätigkeit

Das Parteiengesetz gestattet Parteien und politischen Vereinigungen Erlöse aus dem Verkauf oder der Vermietung beweglicher und unbeweglicher Eigentümer, Zinseinkünfte, Gewinnanteile von Unternehmen, Einkünfte aus öffentlich gehandelten Wertpapieren sowie Erträge aus Darlehen und Krediten. 2008 beliefen sich die Einnahmen aus unternehmerischer Tätigkeit bei den im Nationalrat vertretenen Parteien im Durchschnitt auf 12 Prozent.

Finanzierung aus Spenden

Spenden und andere unentgeltliche Zuwendungen bedürfen eines schriftlichen Vertrages. Zudem müssen die Parteien quartalsweise die Namen bzw. Unternehmen ihrer Spender, deren Anschrift sowie die Höhe der Zuwendung auf ihren Homepages veröffentlichen. Der durchschnittliche Anteil der Spenden am Einkommen der im Nationalrat vertretenen Parteien betrug 2008 zwei Prozent.

Die Parteien sind zur jährlichen Veröffentlichung ihrer Einnahmen bis zum 30. April des Folgejahres verpflichtet. Für das Jahr 2008 wurden die folgenden Angaben publiziert:

Finanzierung der im Nationalrat vertretenen Parteien 2008 in Tsd. €

	SNS	SMER	SDKÚ- DS	SMK	ĽS- HZDS	KDH	Durch- schnitt
Einnahmen ge- samt, davon	869,7	2027,5	1668,6	783,6	1155,6	603,5	1184,7
Staatliche Zu- schüsse	732,5	1652,7	1077,9	730,9	549,2	516,0	876,5
Mitgliedsbeiträge	50,0	114,1	83,3	23,7	508,3	53,2	138,8
Verkauf / Ver- mietung von Ei- gentum	53,7	54,1	53,1	3,2	11,4	0,8	29,4
Zinsen	13,9	63,2	0,4	24,1	0,8	18,2	20,1
Darlehen und Kredite	0,0	0,0	411,6	0,0	0,0	0,0	68,6
Sonstiges	0,3	137,2	31,1	1,8	3,5	0,5	29,1
Geld- und Sach- spenden	19,3	6,2	11,3	0,0	82,3	13,6	22,1

Quelle: Rechenschaftsberichte der genannten Parteien 2008 bzw. eigene Berechnungen (Durchschnitt)

Infobox 2: Die Parteienfinanzierung in der Slowakischen Republik

Betrachtet man die Einnahmen der im Nationalrat vertretenen Parteien, fällt vor allem der hohe Anteil staatlicher Zuschüsse auf. Nicht Wenige befürchten bei derartigen hohen Werten Abhängigkeiten vom Staat sowie eine unzureichende Bindung der Parteien an ihre Wählerschaft. Dies bestätigt sich mitunter durch die Beobachtung, dass sich die im Nationalrat vertretenen Parteien seit der Einführung der staatlichen Zuschüsse tendenziell weniger um neue Mitglieder bemühen. Viele slowakische Parteien wurden von kleineren, einflussreichen Gruppen gegründet. Ohne eine breite Mitgliederbasis ist deren gesellschaftliche Verankerung gefährdet.

Verschiedene Experten vermuten zudem, dass die tatsächliche Parteienfinanzierung massiv von den Angaben der jährlichen Rechenschaftsberichte abweicht. Ein Beispiel hierfür sind die veröffentlichten Wahlausgaben 1998 und 2002: Die Ausgaben

2002 ähneln jenen von 1998, jedoch wurden die Wahlkampagnen der Parteien 2002 professionalisiert und sowohl quantitativ als auch qualitativ ausgeweitet. Ferner sind seit der Einführung der Rechenschaftsberichte die Anteile der Spenden an den Parteieinnahmen dramatisch geschrumpft, was auf die verpflichtende Angabe der persönlichen Spenderdaten zurückzuführen sein könnte. Auch werden verschiedene Verflechtungen zwischen den Parteien und der Wirtschaft vermutet, explizit nachweisen ließen sich diese bisher jedoch nicht. Eine Ursache hierfür könnte in der bisherigen Organisation der Finanzkontrolle der Parteien liegen: Es gibt keine unabhängige Kontrollinstanz, die Prüfungen erfolgen durch Auditoren, welche nach dem Zufallsprinzip ausgewählt werden und folglich nicht auf Erfahrungswerte aus früheren Prüfungen zurückgreifen können.

3 DAS WAHLSYSTEM

Die rechtlichen Grundlagen für die Wahlen zum Nationalrat finden sich in den Artikeln 73 und 74 der Verfassung der Slowakischen Republik sowie im Gesetz über die Wahlen zum Nationalrat (Zákon o voľbách do Národnej rady Slovenskej republiky). Jede/r Bürger/in mit ständigem Wohnsitz in der Slowakischen Republik, der/die das 21. Lebensjahr vollendet hat, kann sich von einer Partei oder politischen Bewegung als Kandidat/in zur Wahl in den Nationalrat aufstellen lassen. Die 150 Abgeordneten des Nationalrats werden für je vier Jahre gewählt. Wahlberechtigt sind alle slowakischen Bürger/innen, die das 18. Lebensjahr vollendet haben. In der Verfassung wird die Entscheidung zur Ausgestaltung des Wahlsystems dem Gesetzgeber überlassen. Gemäß dem Wahlgesetz werden die 150 Mandate nach dem System der proportionalen Repräsentation vergeben. Die genaue Berechnung der Sitzverteilung kann der Infobox 3 entnommen werden.

INFOBOX 3: DAS VERFAHREN NACH HAGENBACH-BISCHOFF

Mit dem Verfahren nach Hagenbach-Bischoff können in Wahlsystemen mit Verhältniswahlrecht die Wählerstimmen in Abgeordnetenmandate umgerechnet werden. Ein derartiger Berechnungsmodus ist erforderlich, weil bei einer Verhältniswahl in der Regel nicht alle Parteien eine ganzzahlige Anzahl an Mandaten erreichen können. Da einem Abgeordneten kein Achtel- oder Sechstel-Sitz zugewiesen werden kann, muss das Wahlergebnis auf die zur Verfügung stehenden Sitze umgerechnet werden. Das hinter diesem Algorithmus stehende Prinzip ist aus mathematischer Sicht ein Divisorverfahren mit Abrundung und wurde unter anderem von dem belgischen Juristen Victor d'Hondt entwickelt.

Zur Bestimmung der Abgeordnetenmandate je Partei oder Wahlkoalition wird zunächst die Summe der gültigen Wählerstimmen für die einzelnen Wahlalternativen ermittelt. Die Stimmen jener Parteien und Wahlkoalitionen, welche die Fünf-, Sieben- oder Zehn-Prozent-Hürde^{*)} nicht überschreiten konnten, werden im Folgenden nicht weiter berücksichtigt. Danach wird die Summe aller gültigen Wählerstimmen der verbleibenden Parteien durch die gesamte Anzahl der Mandate plus eins geteilt. Als Divisor ergibt sich 151, da im Nationalrat der Slowakischen Republik 150 Abgeordnetenmandate vergeben werden. Das Ergebnis dieser Berechnung wird auf eine ganze Zahl abgerundet und als „landesweite Wahlzahl“ bezeichnet.

^{*)} die aktuell gültige Regelung der Slowakischen Republik wird im nachfolgenden Text beschrieben

Anschließend werden die gültigen Wählerstimmen der einzelnen Parteien oder Wahlkoalitionen durch die landesweite Wahlzahl geteilt. Der abgerundete Wert dieses Quotienten ergibt die Anzahl der Mandate je Wahlalternative. Wird auf diesem Wege ein Mandat mehr zugeteilt als zur Verfügung steht, so wird der Partei, welcher der geringste Rest nach der Division geblieben ist ein Mandat abgezogen. Bei gleichem Rest wird das Mandat jener Partei abgezogen, welche eine geringere Stimmenzahl erhalten hat. Falls auch die Stimmenzahl gleich sein sollte, entscheidet das Los welches Mandat abgezogen wird. Wurden hingegen weniger Sitze verteilt als vorhanden, werden die Wählerstimmen der Parteien oder Wahlkoalitionen durch die um eins erhöhte Anzahl bereits zugeteilter Sitze dividiert. Die Zuteilung bekommt jene Partei mit dem höchsten Wert des Quotienten (vgl. Zákon o volbách NR SR 2010, § 43; Fehndrich/Cantow 2008).

Zur Demonstration der Anwendung des Verfahrens nach Hagenbach-Bischoff soll die Berechnung der Mandatsverteilung für die Wahlen zum Nationalrat 2006 nachvollzogen werden. Insgesamt wurden bei dieser Wahl 2.303.139 gültige Stimmen abgegeben. 2.027.324 Stimmen erhielten Parteien, welche die Sperrklauseln überwandten. Damit lässt sich die landesweite Wahlzahl errechnen:

$$\frac{2.027.324}{151} = 13.425$$

Teilt man nun die Anzahl der Wählerstimmen durch 13.425 erhält man die Anzahl Mandate der einzelnen Parteien. Anhand der folgenden Tabelle kann die Mandatsverteilung nachvollzogen werden:

Wählerstimmen und Mandate je Partei 2006

Partei	Anzahl Wählerstimmen	Erhaltene Mandate	Anteil Wählerstimmen in %*	Anteil Mandate in %
SMER-SD	671.185	50	29,14	33,33
SDKÚ-DS	422.815	31	18,35	20,67
SNS	270.230	20	11,73	13,33
SMK-MKP	269.111	20	11,68	13,33
ĽS-HZDS	202.540	15	8,79	10,00
KDH	191.443	14	8,31	9,33

* Prozentuale Verteilung bei Berücksichtigung aller Wahlalternativen
Quelle: Statistical Office of the Slovak Republic 2006b, eigene Berechnung

Infobox 3: Berechnung der Sitzverteilung in Wahlsystemen mit Verhältniswahlrecht

Derzeit sind für eine Partei oder politische Vereinigung mindestens fünf Prozent der gesamten gültigen Stimmen erforderlich um ins Parlament einziehen zu können. Für eine aus zwei oder drei Parteien bestehende Wahlkoalition gilt eine Sieben-Prozent-Hürde. Wahlbündnisse mit vier oder mehr politischen Einheiten müssen insgesamt zehn Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinigen, um in den Nationalrat einziehen zu können. Für die einzelnen Parteien als Teile dieser Wahlbündnisse ist keine Mindeststimmenanzahl vorgesehen.

Die Wahlleitung obliegt der zentralen Wahlkommission, welcher die Kreiswahlkommissionen sowie die Bezirkswahlkommissionen unterstehen. Die Wahlkommissionen werden sowohl mit Vertretern der verschiedenen politischen Parteien als auch mit Bürgern besetzt. Mitglied einer Kommission kann jeder Bürger werden, der das aktive Wahlrecht besitzt und nicht für ein Abgeordnetenmandat kandidiert. Eine Mitgliedschaft in mehreren Wahlkommissionen ist nicht möglich.

Das gesamte Staatsgebiet bildet einen einzigen Wahlkreis, wird zur Organisation und Durchführung der Wahl jedoch in mehrere Wahlbezirke aufgeteilt. Diese sind mit der Ausgabe von Stimmzetteln und der anschließenden Stimmauszählung betraut. Seit den Wahlen 2006 findet die Wahl zum Nationalrat immer an einem Samstag in der Zeit von 7:00 bis 22:00 Uhr statt.

Möchte eine Partei an den Wahlen teilnehmen, ist sie verpflichtet bis spätestens 90 Tage vor der Wahl eine Kautions in der Höhe von 16.596 Euro (ehemals 500.000 Slowakische Kronen) zu hinterlegen. Damit soll die Teilnahme einer zu großen Anzahl von kleineren Parteien verhindert und die Seriosität der Wahl gewährleistet werden. Wenn eine Partei oder politische Bewegung bei den Wahlen einen Stimmenanteil von mindestens zwei Prozent erreicht hat, wird die Kautions zurück erstattet.

Die Kandidatenlisten der einzelnen Parteien oder politischen Bewegungen müssen ebenfalls spätestens 90 Tage vor dem festgesetzten Wahltermin beim Innenministerium eingereicht werden. Verpflichtende Angaben sind der Parteiname sowie die Namen, Adressen, Alter und Berufe der einzelnen Kandidaten. Zudem ist die Reihenfolge der Kandidaten auf der Liste zu vermerken. Je Partei oder Wahlkoalition können maximal 150 Kandidaten aufgestellt werden.

Bis Mitternacht des 14. März 2010 hatten insgesamt 18 politische Parteien und Koalitionen ihre Kandidatenlisten beim Innenministerium eingereicht. Alle wurden von der zentralen Wahlkommission für die Wahlen am 12. Juni 2010 registriert. Die Übersicht der zur Wahl zugelassenen politischen Vereinigungen befindet sich im Anhang C.

INFOBOX 4: DER ABLAUF DER WAHLEN/ INFORMATIONSQUELLEN

Am 12. Juni 2010 kämpfen 18 politische Parteien und Bewegungen um die Gunst der Wähler/innen. Jede/r Wahlberechtigte erhält vor den Wahlen einen Brief mit offiziellen Informationen zum Wahltag. Dieser enthält die Öffnungszeiten sowie die Adresse und Nummer des Wahllokals. Zur besseren Orientierung sind zudem Informationen zu allen kandidierenden Parteien bzw. Bewegungen mit genauen Angaben zu den Kandidaten/innen enthalten.

Die Wahllokale öffnen am 12. Juni um 7:00 Uhr und schließen um 22:00 Uhr. Im Wahllokal erhalten die Wahlberechtigten 18 Wahlzettel zusammen mit einem Umschlag. Anhang D enthält das Muster eines Wahlzettels. Die eigentliche Wahlhandlung besteht darin, den Wahlzettel der gewählten Partei in der Wahlkabine in den Umschlag zu legen. Auf dem Wahlzettel der gewählten Partei kann maximal vier ausgewählten Kandidaten/innen eine Vorzugstimme gegeben werden, indem deren laufende Nummer mit einem Ring markiert wird. Der Umschlag mit dem Wahlzettel kommt in die Wahlurne. Die restlichen Wahlzettel werden in einen dafür bestimmten Abfallsack geworfen. Die Abfallsäcke werden von der Wahlkommission des Wahllokals nach der Beendigung der Wahlen und vor der offiziellen Öffnung der Wahlurne versiegelt.

Nicht mobile Wahlberechtigte haben die Möglichkeit, nach Bekanntgabe ihres Interesses von der Wahlkommission zu Hause besucht zu werden und in eine tragbare Wahlurne zu wählen. Wahlberechtigte, die sich am Wahltag in der Slowakei außerhalb ihres ständigen Wohnsitzes aufhalten werden, können mit einem speziellen, von ihrer Heimatgemeinde ausgestellten Wahlausweis in jedem beliebigen Wahllokal wählen.

Erste vorläufige Wahlergebnisse wird das Statistische Amt der Slowakischen Republik erfahrungsgemäß auf seiner Webseite <http://www.statistics.sk> sowie auf der Webseite <http://volbys.sk> veröffentlichen sobald die Wahllokale geschlossen haben, also etwa ab 22:00 Uhr. Die offizielle Pressekonferenz mit den amtlichen Wahlergebnissen wird voraussichtlich am 13. Juni 2010 zwischen 10:00 Uhr und 12:00 Uhr stattfinden.

Alle relevanten slowakischen Fernsehsender werden in der Wahlnacht über die ersten vorläufigen Ergebnisse wie auch über die Stimmungslage in den Parteizentralen der wichtigsten Parteien berichten. Zudem werden Analysen verschiedener Experten und Interviews mit den Spitzenkandidaten der wichtigsten Parteien ausgestrahlt werden.

Auch im Internet werden Informationen zur Wahl zur Verfügung stehen:

In slowakischer Sprache:

www.ta3.com – Privater Nachrichtensender TA3

www.stv.sk – Slowakisches Fernsehen

www.sme.sk – Internetportal der Tageszeitung SME

www.pravda.sk - Internetportal der Tageszeitung PRAVDA

www.hnonline.sk – Internetportal der Wirtschaftszeitung Hospodárske noviny

www.webnoviny.sk – Internetportal der Presseagentur SITA

www.aktualne.sk – Internetportal Aktualne

www.aktuality.sk – Internetportal Aktuality

In englischer Sprache:

www.rsi.sk – Radio Slovakia International

www.spectator.sme.sk – The Slovak Spectator

www.tasr.sk – Nachrichtenagentur TASR

In deutscher Sprache:

www.rsi.sk – Radio Slovakia International

www.tasr.sk – Nachrichtenagentur TASR

Infobox 4: Der Ablauf der Wahlen / Informationsquellen

Nach der Wahl erfolgt die Mandatszuteilung an die Politiker/innen der einzelnen Parteien, wobei die Reihenfolge der Kandidaten/innen auf der jeweiligen Parteiliste ausschlaggebend ist. Jeder Partei oder Wahlkoalition, welche die jeweils für sie gültigen Kriterien erfüllt um ins Parlament einziehen zu können, wird mitgeteilt wie viele Abgeordnete sie stellen darf.

Eine Besonderheit des slowakischen Wahlsystems ist die sogenannte Vorzugsstimme. Die Wähler/innen können bis zu vier Kandidaten/innen ihrer ausgewählten Partei eine Vorzugsstimme geben und damit prinzipiell deren Position auf der Wahlliste beeinflussen. Erhält ein/e Kandidat/in im Verhältnis zur Gesamtzahl der für seine/ihre Partei abgegebenen Stimmen mindestens drei Prozent der Vorzugsstimmen, kann er/sie in der Kandidatenliste höher platziert werden. So erhielt beispielsweise

bei den Wahlen 2006 Katarína Tóthová, die für die ĽS-HZDS kandidierte, 24.718 gültige Vorzugsstimmen, die im Verhältnis zur Gesamtzahl der für diese Partei abgegebenen Stimmen etwa 12 Prozent ausmachten. So gelang es ihr, von Platz 30 ihrer Parteiliste auf den fünften Platz aufzusteigen und ein Mandat im Nationalrat zu übernehmen. Dies kommt jedoch eher selten vor. Die meisten Wähler/innen geben ihre Stimme lediglich der von ihnen bevorzugten Partei, ohne die Möglichkeit der Vorzugsstimme zu nutzen.

An den Wahlen zum Nationalrat der Slowakischen Republik 2006 nahm knapp die Hälfte der wahlberechtigten Bürger/innen teil. Bereits seit den ersten Wahlen 1990 ist ein stetiger Rückgang der Wahlbeteiligung zu verzeichnen. Eine Ausnahme hierzu stellte das Jahr 1998 dar, als es um die Abwahl der in die internationale Kritik geratenen Regierung Mečiar ging. Eine Übersicht über die Wahlbeteiligung findet sich in der nachfolgenden Tabelle. Mehrere Umfragen aus den vergangenen Monaten deuten darauf hin, dass die Wahlbeteiligung bei den kommenden Wahlen im Juni 2010 noch unter den Wert von 2006 sinken könnte.

Wahlbeteiligung bei den slowakischen Parlamentswahlen in Prozent

	1990	1992	1994	1998	2002	2006
Wahlbeteiligung	95,39	84,20	75,65	84,24	70,06	54,67

Quelle: Statistical Office of the Slovak Republic 2010

Tab. 1: Wahlbeteiligung bei den slowakischen Parlamentswahlen

Die Wahlforschung benennt verschiedene Motive für eine sinkende Wahlbeteiligung, jedoch kann an dieser Stelle keine detaillierte Untersuchung der genauen Ursachen dieses Phänomens erfolgen, da die Gründe unter anderem von Region zu Region variieren. Neben einer allgemeinen Politikverdrossenheit spielen auch die Frage der Minderheiten sowie die wirtschaftliche Prosperität eine Rolle. Ganz allgemein geht die sinkende Wahlbeteiligung in der Slowakei jedoch mit einem geringer werdenden Vertrauen der Bürger in ihre staatlichen Institutionen einher, was in Tab. 2 deutlich wird:

Vertrauen der Bevölkerung in staatliche Institutionen in Prozent

	Nov. 2005	Nov. 2006	Nov. 2007	Nov. 2008	Feb. 2010
Präsident	73 (25)	76 (22)	75 (22)	74 (25)	65 (31)
Regierung	21 (77)	54 (42)	45 (51)	48 (50)	42 (54)
Nationalrat	24 (73)	50 (45)	44 (52)	42 (56)	40 (56)
Verfassungsgericht	46 (48)	51 (46)	45 (47)	-	42 (49)
Parteien	11 (84)	24 (69)	22 (72)	19 (78)	19 (76)
Gerichte	29 (68)	-		33 (63)	32 (64)
Polizei	40 (49)	-		46 (52)	43 (55)

Werte ohne Klammern: Bevölkerungsteil, welcher der jeweiligen Institution vertraut;

Werte in Klammern: Bevölkerungsanteil, welcher der jeweiligen Institution kein Vertrauen entgegen bringt

Quelle: IVO 2010

Tab. 2: Vertrauen der Bevölkerung in staatliche Institutionen

Im Unterschied zu den nationalen Institutionen genießen die europäischen Institutionen in der Slowakei jedoch ein besonders großes Vertrauen. Im Eurobarometer vom Herbst 2009 antworteten beispielsweise 71 Prozent der Slowaken auf die Frage, ob sie dem Europäischen Parlament eher vertrauen mit Ja. Damit liegt die slowakische Bevölkerung bei dieser Frage weit über dem europäischen Durchschnitt

von 50 Prozent. Umso erstaunlicher war die bereits erwähnte sehr niedrige Wahlbeteiligung von 20 Prozent bei den letzten Wahlen zum Europäischen Parlament.

4 PARTEIEN, KANDIDATEN UND WAHLZIELE

Insgesamt 18 Parteien und politische Bewegungen haben ihre Kandidatur zu den Wahlen zum Nationalrat im Juni 2010 angemeldet. Im Folgenden werden die acht größten Parteien, ihre Spitzenkandidaten sowie die jeweiligen Wahlprogramme vorgestellt. Die Reihenfolge der Parteilisten orientiert sich an den jeweils erzielten Stimmenanteilen bei den Wahlen zum Nationalrat 2006.

4.1 SMER-SD – Richtung - Sozialdemokratie



SMER - Sociálna demokracia

Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Europas

Partei Gründung: 1999

Mitglieder: k.A.

Vorsitzender: Robert Fico

<http://www.strana-smer.sk/>

4.1.1 Die Partei

Die Gründung der SMER-SD am 11. Dezember 1999 geht zurück auf einen Streit zwischen der SDĽ und ihrem stellvertretenden Vorsitzenden Robert Fico. Nach den Wahlen 1998 war die SDĽ an der Koalitionsregierung der Slowakischen Demokratischen Koalition (Slovenská demokratická koalícia – SDK), der SMK-MKP und der Partei der bürgerlichen Verständigung (Strana občianskeho porozumenia – SOP) unter Ministerpräsident Mikuláš Dzurinda beteiligt. Sowohl persönliche Unstimmigkeiten mit der damaligen Parteiführung als auch die Enttäuschung Ficos über die Inhalte von Dzurindas Programm „Regierung des Wandels“ führten schließlich zur Abspaltung einer politischen Gruppe von der SDĽ. Seine Entscheidung, die Regierungskoalition und seine eigene Partei zu verlassen, begründete der damals 35-jährige Fico mit seiner „tiefen persönlichen Enttäuschung und Unzufriedenheit über Inhalt und Stil der Politik“ nach dem Regierungswechsel von 1998. Die neugegründete Partei erhielt zunächst den Namen SMER (Richtung)

Die SMER sollte als politische Antwort auf die Fehler der Regierung Dzurinda verstanden werden. Fico wollte SMER in der Mitte der Gesellschaft positionieren und sie weder dem linken noch dem rechten Parteienspektrum zugeordnet wissen. Vielmehr versprach er einen „dritten Weg“ beschreiten zu wollen. Gleichzeitig sollte die neue Partei symbolisch für das Heranwachsen einer neuen politischen Generation stehen, die durch den jungen Fico repräsentiert werden sollte. Obwohl sich das Personal der SMER zunächst aus Aussteigern der Partei der demokratischen Linken rekrutierte, blieb die politische Grundausrichtung weitgehend diffus.

In den folgenden Jahren gelang es SMER, sich in der slowakischen Parteienlandschaft zu etablieren. In einem langsam Form annehmenden Prozess der programmatischen Ausdifferenzierung sollte der „Dritte Weg“ zukünftig für die Politik einer modernen und fortschrittlichen Partei links der Mitte stehen. SMER wollte für ein wirtschaftliches Modell im Sinne der sozialen Marktwirtschaft eintreten.

Als die Partei 2002 zum ersten Mal an den Wahlen zum Nationalrat teilnahm, erzielte sie 13,6 Prozent der Stimmen und wurde so zur drittstärksten politischen Kraft in

der Slowakei. An der neuen Regierung war sie jedoch nicht beteiligt, denn Dzurinda gelang es erneut eine Koalition zu bilden, die eine parlamentarische Mehrheit stützte. Zu einer weiteren Schärfung des Parteienprofils trug sicher die Oppositionshaltung der SMER hinsichtlich der Steuerreformen der zweiten Regierung Dzurinda bei, welche die Einführung einer Flat Tax (Einheitssteuersatz) und die Erhöhung der Mehrwertsteuer für Waren und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs beinhalteten. Die SMER sah darin vor allem eine unsoziale Umverteilung der Steuerlast auf die Einkommen der unteren Schichten der Gesellschaft. Die Last der Reformen sollte jedoch gleichmäßig von allen Gesellschaftsschichten gemeinsam getragen werden.

Ab 2003 begann eine verstärkte Konzentration des linken Parteienspektrums: Zunächst traten im März desselben Jahres die Mitglieder der SOP, nach deren Auflösung, der SMER bei. Ende 2004 lösten sich die SDĽ, die Sozialdemokratische Partei der Slowakei (Sociálno-demokratická strana Slovenska - SDSS) und die Sozialdemokratische Alternative ebenfalls auf und schlossen sich der SMER an. Der Integration weiterer Parteien des linken Spektrums folgte Anfang 2005 eine Ergänzung des Parteienamens um das Kürzel SD (Sociálna demokracia). Die neue SMER-SD stellt heute die einzige große linksgerichtete Partei der Slowakei dar und füllt das linke Parteienspektrum nahezu vollständig aus.

Seit den vorgezogenen Neuwahlen von 2006 stellt SMER-SD mit 50 Sitzen die größte Fraktion im slowakischen Nationalrat und führt die Regierungskoalition von SNS und ĽS-HZDS an. Ihr Parteivorsitzender Robert Fico übernahm das Amt des Ministerpräsidenten und löste damit Mikuláš Dzurinda als Regierungschef ab.

4.1.2 Robert Fico



Geburtsdatum: 15. September 1964

Geburtsort: Topoľčany

Mitglied bei SMER-SD seit: 1999

Position: Ministerpräsident (seit 2006) und Parteivorsitzender

Wichtige bisherige Funktionen:

1992 – 1995: Stellvertretender Direktor des juristischen Instituts
im Justizministerium

1996 – 1999: Stellvertretender Vorsitzender der SDĽ

<http://www.premiersr.sk>

<http://www.government.gov.sk/9777/robert-fico.php?menu=1298>

Der promovierte Rechtswissenschaftler Robert Fico ist seit 2006 Ministerpräsident der Slowakei. Seine politische Karriere begann er zwei Jahre vor der Samtenen Revolution in der Tschechoslowakei, als er mit dreiundzwanzig Jahren der Kommunistischen Partei der Slowakei beitrug. Nach einem Studienaufenthalt in den Vereinigten Staaten trat er 1992 der SDĽ bei und übernahm bereits zwei Jahre später den Fraktionsvorsitz im Parlament. Von 1994 bis 2000 war er beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte Vertreter für die Slowakei. Nach einer Auseinandersetzung mit seiner Partei, deren stellvertretender Vorsitzender er mittlerweile geworden war, trieb er die Abspaltung einer politischen Gruppe von der SDĽ voran und gründete schließlich im Winter 1999 seine eigene Partei SMER.

Bei den Wahlen zum Nationalrat 2002 trat der geschickt auftretende Fico mit seiner neuen Partei zum ersten Mal auf nationaler Ebene an und schaffte den Einzug ins Parlament, wo er fortan vier Jahre den Fraktionsvorsitz von SMER führte. Vor den Wahlen 2006 führte Fico einen äußerst polarisierenden Wahlkampf und konnte die in der Bevölkerung weit verbreitete Unzufriedenheit mit den Reformen der Regierung Dzurinda für die Stärkung seiner eigenen Position nutzen. Er versprach eine

gerechtere Verteilung der Reformlasten und eine Rücknahme besonders unbeliebter Reformen. Nach den Wahlen schmiedete er ein Koalitionsbündnis mit der nationalistischen SNS und der konservativen ĽS-HZDS.

4.2 SDKÚ-DS – Slowakische Demokratische und Christliche Union – Demokratische Partei



DEMOKRATICKÁ STRANA

Slovenská demokratická a kresťanská únia – Demokratická strana

Mitglied der Europäischen Volkspartei

Partei Gründung: 2000

Mitglieder: ca. 6.000

Vorsitzender: Mikuláš Dzurinda

<http://www.sdku-ds.sk/>

4.2.1 Die Partei

Die SDKÚ-DS entstand während des politischen Umbruchs in der Slowakei 1998. Im Vorfeld der damaligen Parlamentswahlen hatte die Regierung Mečiar das Wahlsystem dahingehend geändert, dass auch für Parteien und Bewegungen innerhalb einer Wahlkoalition eine Fünf-Prozent-Hürde eingeführt wurde. Dieser Schritt wurde jedoch als Hürde wahrgenommen, um kleinere Parteien am Eintritt in den Nationalrat zu hindern. Die SDK - bestehend aus der KDĽ, der Demokratischen Union (Demokratická únia - DÚ), der Demokratischen Partei (Demokratická strana - DS), der SDSS und der Partei der Grünen (Strana zelených - SZ) – trat jedoch als geschlossene Partei an. Mit ihrem Wahlerfolg gelang es somit nicht nur, das genannte Kalkül zu umgehen. Die Partei wurde mit 42 Mandaten die zweitstärkste Fraktion im Parlament sowie die größte Fraktion der neuen Regierungskoalition und stellte neben dem Premierminister insgesamt acht Minister der „Regierung des Wandels“. Die politischen Unterschiede innerhalb der SDK blieben jedoch bestehen und führte zu einer Fragmentierung der „Koalitionspartei“.

Die Gründung der SDKÚ im Januar 2000 ist ein Produkt dieser Fragmentierung. Die Partei sieht sich selbst als Nachfolger der SDK an. Sie wurde vom damaligen Ministerpräsidenten Mikuláš Dzurinda gegründet, der im November 2000 auch zu ihrem Vorsitzenden gewählt wurde. Bei den Parlamentswahlen 2002 erzielte sie insgesamt 28 Mandate und wählte Dzurinda zu ihrem Ministerpräsidenten. Zusätzlich stellte die SDKÚ noch insgesamt fünf Minister. Bei den Präsidentschaftswahlen 2004 und 2009 nominierte die SDKÚ jeweils eigene Kandidaten, jedoch gelang es ihr nicht, diese zum Erfolg zu führen. Im Januar 2006 schloss sich die SDKÚ mit der DS zusammen. Die daraus hervorgegangene SDKÚ-DS erzielte bei den vorgezogenen Parlamentswahlen 2006 insgesamt 30 Mandate und betreibt seither Oppositionsarbeit.

Programmatisch befürwortet die SDKÚ-DS eine soziale und ökologische Marktwirtschaft, die Dezentralisierung des Staates sowie das Prinzip der Subsidiarität. Generell ist eine Betonung der christlichen Werteorientierung erkennbar. Die öffentliche Kritik der EU und insbesondere der Europäischen Kommission an den politischen Umständen in der Slowakei unter der Regierung Mečiar stellten die erste Regierung Dzurinda vor die Aufgabe, dem Nachholbedarf ihres Landes in der europäischen und transatlantischen Integration Rechnung zu tragen. Der erfolgreiche Beitritt zur EU und zur NATO innerhalb von sechs Jahren ist sicherlich auch in großen Teilen dem programmatischen Bekenntnis der SDKÚ zu diesen Organisationen zu verdanken. Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 2004 erlangte sie drei der insgesamt

14 slowakischen Mandate. Sie erreichte damit die gleiche Sitzanzahl wie ihre nationalen Konkurrenten von SMER, ĽS-HZDS und KDH. Bei den Wahlen zum Europaparlament 2009 erlangte sie lediglich zwei von 13 Mandaten. Im Februar dieses Jahres veröffentlichte der amtierende Ministerpräsident Robert Fico (SMER-SD) Informationen über angeblich unsaubere Praktiken bei der Parteifinanzierung der SDKÚ-DS. Aufgrund der Vorwürfe übernahm Iveta Radičová von Mikuláš Dzurinda die Spitzenkandidatur der Partei, Dzurinda behielt jedoch den Parteivorsitz.

4.2.2 Iveta Radičová



Geburtsdatum: 07. Dezember 1956
Geburtsort: Bratislava
Mitglied in der SDKÚ-DS seit: 2006
Position: Spitzenkandidatin bei den Parlamentswahlen 2010

Wichtige bisherige politische Funktionen:
2005 – 2006 Ministerin für Arbeit, Soziales und Familie

<http://www.radicova.sk/>

Iveta Radičová studierte von 1975 bis 1979 Soziologie an der Comenius Universität in Bratislava. Sie promovierte am selben Institut und war bis zur Samtenen Revolution Koordinatorin einer Forschungsgruppe zur Familienpolitik. Nach 1990 vertiefte sie ihre wissenschaftliche Tätigkeit durch ein postdoktorales Studium an der Oxford University.

Neben weiteren Beschäftigungen an der Universität und an staatlichen Forschungsinstituten gelang Radičová 2005 der Einstieg in die politische Arena der Slowakei. So wurde sie im letzten Jahr der Regierung Dzurinda zur Ministerin für Arbeit, Soziales und Familie ernannt. Radičová gilt als Spezialistin auf dem Gebiet der Sozialpolitik und konnte zudem Expertise auf dem Gebiet der Integration der Roma-Minderheit aufweisen. Bis zum Jahr 2005 war sie noch Direktorin des Soziologischen Instituts SAV. Ihre politischen Aktivitäten waren eher unauffällig. Zum Zeitpunkt ihrer Ernennung war sie kein Mitglied einer Partei, erst 2006 trat sie der SDKÚ-DS bei.

Nach den Parlamentswahlen 2006 war sie für drei Jahre Abgeordnete der SDKÚ-DS im Nationalrat. Sie gab ihr Mandat jedoch auf, nachdem sie stellvertretend für ihre Parteikollegin Tatiana Rosova abstimmte und somit gegen die Hausordnung verstieß. Radičová entschuldigte sich für diesen Fehler und legte ihr Mandat noch vor Abschluss der offiziellen Untersuchung nieder.

Im Frühjahr 2009 trat sie als Kandidatin für das Präsidentenamt an. Erst in der zweiten Wahlrunde der Präsidentschaftswahlen unterlag sie mit 44 Prozent der Stimmen ihrem Kontrahenten Ivan Gašparovič.

Es sollte jedoch nicht lange dauern, bis sie erneut die Bühne der slowakischen Politik betrat. Als zu Beginn dieses Jahres die Enthüllungen über Ungereimtheiten in der Parteifinanzierung der SDKÚ-DS veröffentlicht wurden, sah sich ihr Parteivorsitzender Mikuláš Dzurinda zur Niederlegung seiner Kandidatur gezwungen. Bei der Wahl der Nachfolgerin/des Nachfolgers für die Spitzenkandidatur konnte sich Radičová gegen Ivan Mikloš erfolgreich durchsetzen. Sie leitet daher seit März 2010 offiziell den Wahlkampf der SDKÚ-DS und ist die einzige Frau, die dieser Funktion bei den diesjährigen Parlamentswahlen nachgeht.

4.3 SNS – Slowakische Nationalpartei



Slovenská národná strana

Mitglied der Fraktion „Europa der Freiheit und der Demokratie“
im Europäischen Parlament

Partei Gründung: 06. Juni 1871 (07. März 1990)

Mitglieder: ca. 1.530 (Stand: 2008)

Vorsitzender: Ján Slota

<http://www.sns.sk/>

4.3.1 Die Partei

Die Slowakische Nationalpartei wurde nach eigenen Angaben im Juni 1871 gegründet. Die Gründung der Partei ist aus historischer Perspektive als Reaktion auf den Österreichisch-Ungarischen Ausgleich, also die Gründung der Doppelmonarchie Österreich-Ungarns im Jahr 1867, zu sehen. So sieht sich die Partei als einen Akteur der slowakischen Nationalgeschichte, welcher der „geistigen und kulturellen Säuberung“ entgegenwirkte und vor der „Ungarisierung“ bewahrte.

Die erneute Gründung der Partei während und nach der Samtenen Revolution erfolgte schnell - bereits bei den ersten freien Wahlen zum Slowakischen Nationalrat innerhalb der ČSFR konnte die SNS 13,9 Prozent der Stimmen auf sich vereinen. Mit ihrer Unterstützung einer eigenständigen slowakischen Verfassung setzte sich die SNS 1992 für einen souveränen slowakischen Staat und somit für die Auflösung der ČSFR ein.

Seit ihrer Neugründung 1990 spielte die SNS eine wichtige Rolle im slowakischen Parteiensystem. Mit ihren 15 Sitzen, die sie bei den Wahlen zum Slowakischen Nationalrat von 1992 erhielt, konnte sie zusammen mit der HZDS die zweite Regierung Mečiar bilden. Bei den vorgezogenen Parlamentswahlen 1994 in der nun souveränen slowakischen Republik erzielte sie zwar lediglich neun Sitze, blieb jedoch bis 1998 Bestandteil der Regierungskoalition unter Mečiar.

Innerparteiliche Streitigkeiten der SNS führten 2001 zur Gründung der Wahren Slowakischen Nationalpartei (Pravá slovenská národná strana - PSNS). Parteigründer war Ján Slota, der zuvor den Parteivorsitz der SNS von 1994 bis 1999 innehatte. Die Spaltung der Partei hatte bei den Wahlen zum Nationalrat 2002 zur Folge, dass es weder der SNS mit 3,3 Prozent noch der PSNS mit 3,7 Prozent gelang, ins Parlament einzuziehen. Hieraus ergab sich die Notwendigkeit einer Annäherung der SNS und der PSNS. Man einigte sich für die Wahlen zum Europäischen Parlament (EP) 2004 auf eine gemeinsame Wahlkoalition, erlangte jedoch mit nur zwei Prozent der Stimmen keinen Sitz im EP. Die organisatorische Zukunft der beiden Parteien blieb ungewiss, ein Rechtsstreit hierzu wurde erst durch ein Urteil des Obersten Slowakischen Gerichtes beendet. In Folge wurde Slota der rechtmäßige Vorsitz der SNS zugesprochen. Die PSNS wurde im April 2004 aufgelöst.

Ján Slota führt die Partei bis heute und konnte bei den Wahlen zum Nationalrat 2006 mit der SNS 11,73 Prozent der Wählerstimmen erzielen. Die SNS wurde in der Regierung Fico nach der SMER-SD zur zweitstärksten Regierungsfraktion und stellte ursprünglich drei Minister. Slota bekleidet keines dieser Ämter. Nach der Abberufung dreier Umweltminister der SNS ging das Umweltministerium 2009 schließlich an die SMER-SD: Aufgrund einer fraglichen Zuteilung von Zuschüssen aus dem Umweltfonds forderte Premierminister Fico den Rücktritt von Minister Izák. Im Zu-

sammenhang mit dem umstrittenen Verkauf von CO₂-Emissionen an eine völlig unbekannte Firma in den USA zu auffallend niedrigen Preis mussten auch zwei Nachfolger von Izák ihren Ministerposten räumen. Nach der Abberufung des dritten von der SNS nominierten Umweltministers beschloss Premierminister Fico, dieses Resort mit einem von SMER-SD nominierten Kandidaten zu besetzen. Im März 2010 forderte Ministerpräsident Fico den SNS-Minister für Bauwesen und regionale Entwicklung aufgrund zweifelhafter Ausschreibungspraktiken zum Rücktritt auf. Dieser Posten wird nun übergangsweise (seit dem 11. März 2010) von Bildungsminister Ján Mikoláj (SNS) übernommen, der somit die beiden verbliebenen Ministerien der SNS in Personalunion verwaltet.

Die Partei sieht sich als Bewahrer nationalstaatlicher Souveränität, setzt sich für eine nationale Ausrichtung bei der Privatisierung der Wirtschaft ein und steht der Mitgliedschaft der Slowakei in NATO und EU kritisch gegenüber. Offiziell bekennt sie sich zu den grundlegenden demokratischen Prinzipien wie Rechtsstaatlichkeit und Pluralismus der Parteien. Sie distanziert sich jedoch explizit von der Partei der ungarischen Minderheit, der SMK-MKP, und verweigert jegliche Zusammenarbeit mit dieser. Eine Haltung, die sich auch in der öffentlichen Rhetorik der Partei niederschlägt.

4.3.2 Ján Slota



Geburtsdatum: 14. September 1953
Geburtsort: Lietavská Lúčka
Mitglied in bei SNS seit: 1990
Position: Parteivorsitzender

Wichtige bisherige politische Funktionen:
1990 – 2006: Oberbürgermeister von Žilina

<http://www.sns.sk/predstavitelia/poslanci-nr-sr/slota-jan/curriculum-vitae/>

Ján Slota wurde in der Region Žilina nahe der heutigen Grenze zu Tschechien geboren. Er studierte ab 1972 an der Technischen Universität in Košice und schloss sein Studium als Diplombergbauingenieur 1977 ab. Nach Abschluss des Militärdienstes und einer kurzen Periode als Techniker hatte er von 1981 bis 1990 bei Prefmonta Bratislava eine leitende Stellung inne.

Eigenen Angaben zufolge begann seine politische Karriere erst nach der Wende, als er sich als eine der führenden Persönlichkeiten im „Wiederaufbau“ der Slowakischen Nationalpartei profilierte. Slota trat 1990 erfolgreich bei den Oberbürgermeisterwahlen in Žilina an. In den Jahren 1994, 1998 und 2002 wurde er von der Bevölkerung wiedergewählt. 2006 wurde er im Bürgermeisteramt von Ivan Harman abgelöst.

Seine politische Laufbahn auf nationaler Ebene ist eng mit der Entwicklung der SNS verknüpft. Von 1994 bis 1999 war er Parteivorsitzender der SNS. In den Jahren 1992, 1994 und 1998 wurde er in den Nationalrat der Slowakischen Republik gewählt. Obwohl die SNS von 1993 bis 1998 mit einer Unterbrechung an der Regierung beteiligt war und obwohl Slota während dieser Zeit ihr Vorsitzender war, bekleidete er selbst nicht ein einziges Ministeramt.

Über die Gründe, warum Slota als Parteivorsitzender der zweitstärksten Koalitionspartei ab 2006 keinen Ministerposten innehat, lässt sich nur spekulieren. Relativ sicher ist, dass er die Ministerien nur mit loyalen Ministern besetzte. Es wird vermutet, dass er mit diesen nicht nur über die Partei, sondern auch über unternehmeri-

sche Tätigkeiten verbunden ist. Als Beweis für diese Vermutung können verschiedene Skandale um Ausschreibungen und die Verteilung von EU-Geldern dienen.

2002 scheiterte der Eintritt ins Parlament an (politischen) Streitigkeiten innerhalb der SNS/PSNS. Slota, der die Abspaltung der PSNS von der SNS betrieben hatte, spielte hierbei eine zentrale Rolle. Als Folge der Spaltung schaffte es 2002 keine der beiden Parteien, mehr als fünf Prozent der Wählerstimmen auf sich zu vereinigen. 2003 wurde Slota erneut zum Parteivorsitzenden der SNS gewählt, wurde jedoch erst nach einem längeren Rechtsstreit 2004 vom Innenministerium bestätigt.

Generell ist Slota für seine nationalistischen Ansichten und Äußerungen bekannt. Diese macht er besonders gegenüber der ungarischen Minderheit deutlich. Sein politischer Erfolg basiert auch auf der erfolgreichen Instrumentalisierung nationalistischer Gedanken, welche die Slowakei gegen externe Akteure positionieren - seien dies die „pragozentrischen“ Tschechen zu Beginn der 1990er Jahre, die Ungarn oder die Roma. Trotz seiner nationalistischen Äußerungen konnte er stets seinen Einfluss wahren. Die seit den Wahlen 2006 anhaltende Beteiligung seiner Partei an der Regierung zusammen mit der SMER-SD und der ĽS-HZDS veranschaulicht dies wohl am deutlichsten.

4.4 SMK-MKP - Partei der ungarischen Koalition



Strana maďarskej koalície - Magyar Koalíció Pártja

Mitglied der Europäischen Volkspartei

Parteigründung: 1998

Mitglieder: ca. 13.000

Vorsitzender: Pál Csáky

<http://www.mkp.sk/>

4.4.1 Die Partei

Die SMK-MKP entstand im Juni 1998 im Zuge eines Zusammenschlusses dreier ungarischer Parteien: der Ungarischen Christlich-demokratischen Bewegung (Maďarské kresťanskodemokratické hnutie – MKDH, Vorsitzender: Béla Bugár), der Bewegung „Zusammenleben“ (Együtélés, Vorsitzender: Miklós Duray) und der Ungarischen Bürgerpartei (Maďarská občianska strana – MOS, Vorsitzender: László Nagy). Mit diesem Zusammenschluss reagierten die drei ungarischen Parteien auf eine Novelle des Wahlgesetzes, die die Regierungskoalition von Vladimír Mečiar vor den Parlamentswahlen 1998 verabschiedet hatte und die Parteien zwang, innerhalb einer Wahlkoalition einzeln die Fünf-Prozent-Hürde zu überschreiten.

Die Ungarische Christlich-demokratische Bewegung wurde 1990 von Béla Bugár gegründet. Ihre Wähler waren vor allem Ungarn aus den südslowakischen, stark landwirtschaftlich geprägten Dörfern und Kleinstädten. Bei ihrer Politik stützte sich die Partei auf christlich-demokratische Grundsätze, namentlich Solidarität, Subsidiarität und individuelle Verantwortlichkeit. Die MKDH betrieb eine besonnene, konservativ orientierte Politik. Damit ist es der Partei gelungen, auch in der slowakischen Bevölkerung ein relativ positives Bild zu erreichen.

Die politische Bewegung Együtélés wurde im März 1990 von dem bekannten ungarischen Dissidenten Miklós Duray gegründet. Együtélés verstand sich selbst als Ver-

tretung der fünf in der Slowakei anerkannten nationalen Minderheiten (der Ungarn, Polen, Deutschen, Ukrainer und Ruthenen). In der Öffentlichkeit wurde die Bewegung allerdings als ungarische Partei mit nationaler Rhetorik wahrgenommen.

Die Ungarische Bürgerpartei war im Februar 1992 aus der anti-kommunistischen Ungarischen unabhängigen Initiative (Maďarská nezávislá iniciatíva - MNI) hervorgegangen. Die MNI wurde im Februar 1990 von einem der ehemals führenden Vertreter der ungarischen Minderheit, dem Dissidenten László Nagy, gegründet. Sie war die erste liberale Partei in der Slowakei, die eine sogenannte Marktwirtschaft ohne Attribut forderte und sich stark gegen die Teilung der ehemaligen Tschechoslowakei einsetzte. Die Partei verfügte über eine begrenzte Wählerbasis. Zu ihren Wählern gehörten vor allem Bürger mit Hochschulausbildung, Selbständige und protestantische Ungarn, die sich durch die katholische MKDH nicht vertreten sahen.

Bei den Wahlen 1990 kandidierte die MKDH in Koalition mit Együtélés. Diese Koalition war danach in den beiden Kammern der Föderalversammlung und im Slowakischen Nationalrat vertreten. Gemeinsam mit Együtélés erreichte MKDH 8,7 Prozent, das heißt 14 SNR-Abgeordnete (sieben für MKDH und sieben für Együtélés). Bei den Parlamentswahlen 1992 erzielte MKDH (wieder mit Együtélés.) 7,4 Prozent, das heißt 14 SNR-Abgeordnete (fünf für MKDH und neun für Együtélés), und schließlich im Herbst 1994 als "Ungarische Koalition" mit MOS und Együtélés 10,2 Prozent, also 17 Mandate.

Vor den Parlamentswahlen 1998 vereinten sich MKDH, Együtélés und MOS in der SMK-MKP. Die neue Partei konnte sich gut etablieren und erzielte 1998 bei den Wahlen 9,1 Prozent der Stimmen, das heißt 15 Mandate. Nach den Parlamentswahlen 1998 trat die SMK-MKP in die Regierungskoalition ein und war an beiden Regierungen Dzurinda bis zu den Wahlen 2006 beteiligt.

Infolge des Verlustes der Regierungsbeteiligung nach den Parlamentswahlen 2006 kam es in der SMK-MKP zu ersten Unzufriedenheiten, die im März 2007 zu einem Wechsel des Parteivorsitzenden führten. Die Delegierten des Parteitags wählten den stärksten innerparteilichen Konkurrenten von Béla Bugár - Pál Csáky zum neuen Parteivorsitzenden. Damit wurde ein Spaltungsprozess der SMK-MKP gestartet, welcher mit der Gründung der neuen Partei MOST-HÍD im Juli 2009 mit Béla Bugár an der Spitze endete.

4.4.2 Pál Csáky



Geburtsdatum: 21. März 1956

Geburtsort: Šahy

Mitglied bei SMK-MKP seit:

Position: Parteivorsitzender

Wichtige bisherige politische Funktionen:

1998 – 2002: stellvertretender Ministerpräsident für Menschenrechte, Minderheiten und Regionalentwicklung

2002 – 2006: stellvertretender Ministerpräsident für Europa-Angelegenheiten, Menschenrechte und Minderheiten

http://www.mkp.sk/eng/index.php?option=com_content&task=view&id=30&Itemid=44

Pál Csáky studierte an der Chemisch-Technologischen Hochschule in Pardubice (in der heutigen Tschechischen Republik), nach dem Studium arbeitete er von 1981 bis 1990 bei der Firma Levitex in der südslowakischen Stadt Levice.

Nach dem Umbruch 1989 war Csáky an der Gründung der Ungarischen Bürgerpartei MOS beteiligt, 1990 war er Mitbegründer der Ungarischen Christlich-Demokratischen Bewegung (Maďarské kresťanskodemokratické hnutie – MKDH). In den Jahren 1992 bis 1998 war er der stellvertretende Vorsitzende dieser Partei und zugleich Vorsitzender der Parlamentsfraktion der MKDH. Nachdem die MKDH 1998 der SMK-MKP beitrug, wurde Csáky zum stellvertretenden Vorsitzenden und seit 2007 zum Vorsitzenden der SMK-MKP bestimmt.

Csáky wurde bei allen bisherigen Parlamentswahlen jeweils in das slowakische Parlament gewählt. In den Wahlperioden 1998 bis 2002 und 2002 bis 2006 ruhte sein Mandat, da er Mitglied der Regierung war. 1998 bis 2002 war er der stellvertretende Ministerpräsident für Menschenrechte, Minderheiten und Regionalentwicklung und in der darauffolgenden Wahlperiode bekleidete er das Amt des stellvertretenden Ministerpräsidenten für Europa-Angelegenheiten, Menschenrechte und Minderheiten.

4.5 ĽS-HZDS - Volkspartei – Bewegung für eine demokratische Slowakei



Ľudová strana – Hnutie za demokratické Slovensko

Mitglied der Fraktion „Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa“ im Europäischen Parlament

Partei Gründung: 1991

Mitglieder: k.A.

Vorsitzender: Vladimír Mečiar

<http://www.hzds.sk/>

4.5.1 Die Partei

Die Bewegung für eine demokratische Slowakei entstand am 5. März 1991 aus einer Abspaltung von der Revolutionsbewegung Öffentlichkeit gegen Gewalt (Verejnoscť proti násiliu - VPN), der wichtigsten Partei des politischen Umbruchs von 1989. Als Ursachen für den Bruch mit der VPN gelten mitunter Unstimmigkeiten innerhalb der VPN hinsichtlich der Zukunft der Tschechoslowakischen Republik wie auch bezüglich der Zukunft des 1991 abgesetzten Premierministers Vladimír Mečiar.

Im Wahlkampf vor den Parlamentswahlen 1992 propagierten Mečiar und die HZDS unter anderem die Teilung der ČSFR und die Errichtung eines souveränen slowakischen Staates. Damit gelang es der HZDS unter der Führung Mečiar 37,3 Prozent der Wählerstimmen auf sich zu vereinigen. Zusammen mit der SNS bildete sie die damalige Regierungskoalition. Die beiden Koalitionspartner hielten insgesamt 89 der 150 Mandate inne. Nichtsdestotrotz kam es Anfang 1994 aufgrund interner Streitigkeiten innerhalb der HZDS zum Sturz der Regierung, an der darauffolgenden Übergangsregierung unter Jozef Moravčík war die HZDS nicht beteiligt.

Bei den vorgezogenen Parlamentswahlen 1994 schaffte es die HZDS erneut, sich als stärkste Fraktion der neuen Regierung zu etablieren, dieses Mal mit Unterstützung der SNS und der Arbeitervereinigung der Slowakei (Združenie robotníkov Slovenska – ZRS). Diese dritte Regierungsperiode der HZDS von 1994 bis 1998 wurde vom europäischen Ausland äußerst kritisch bewertet: Die Privatisierungen aus dieser Zeit genügten beispielsweise nicht den allgemeinen Anforderungen an Transparenz und Fairness. Die oppositionellen Parteien im Nationalrat wurden an der Teilnahme

an parlamentarischen Ausschüssen gehindert. Auch die Kompetenzen weiterer staatlicher Institutionen wie etwa des Präsidenten der Slowakischen Republik wurden von der Regierung nicht respektiert. Im Oktober 1995 sah sich die Europäische Union schließlich zur Zustellung einer Demarche veranlasst, in welcher die tiefe Besorgnis bezüglich der politischen und institutionellen Spannungen innerhalb der Slowakischen Republik zum Ausdruck gebracht wurde. In den Berichten der Europäischen Kommission zur politischen Situation in der Slowakei werden die politischen Probleme der Regierung Mečiar ausführlich erörtert, bei ihrer Lektüre lässt sich die massiv gesunkene internationale Reputation der Slowakei 1994 bis 1998 erahnen.

Trotz einiger Änderungen des Wahlsystems und einer bis dato ungekannten Wahlkampagne konnte sich die HZDS bei den Wahlen zum Nationalrat 1998 nicht an der Macht halten. Mit 43 Mandaten stellte sie zwar noch einen gewichtigen Akteur der Opposition dar, verglichen mit ihrer Machtposition der vergangenen Legislaturperiode war dies jedoch eine klare Niederlage.

Auch bei den Wahlen 2002 konnte die Partei wieder eine hohe Anzahl an Mandaten gewinnen (38), blieb jedoch weiterhin politisch isoliert. Im Juni 2003 benannte sie sich um in Volkspartei - Bewegung für eine demokratische Slowakei (Ľudová strana - Hnutie za demokratické Slovensko, ĽS-HZDS) und wurde offiziell als politische Partei registriert und nicht mehr, wie zuvor, als politische Bewegung.

Ihr bislang schlechtestes Wahlergebnis erzielte die ĽS-HZDS bei den Wahlen zum Nationalrat von 2006: Nur 8,8 Prozent der Wähler schenken der Partei ihr Vertrauen. Dennoch ermöglichten die 15 Mandate im Nationalrat der ĽS-HZDS die Beteiligung an einer Regierungskoalition unter der Führung von SMER-SD. Sowohl das Justiz- als auch das Landwirtschaftsministerium der aktuellen Regierungskoalition fallen unter die Zuständigkeit der ĽS-HZDS.

Vladimir Mečiar ist seit 1991 Vorsitzender der (Volkspartei) Bewegung für eine demokratische Slowakei. Die ĽS-HZDS weist damit eine ungewöhnliche Konstanz im Parteivorsitz auf, was auf eine hohe Bedeutung Mečiar's innerhalb der Partei schließen lässt.

4.5.2 Vladimír Mečiar



Geburtsdatum: 26. Juli 1942
Geburtsort: Zvolen
Mitglied bei ĽS-HZDS seit: 1991
Position: Parteivorsitzender

Wichtige bisherige politische Funktionen:

1994 – 1998: Ministerpräsident der Slowakischen Republik
1992 – 1994: Ministerpräsident der slowakischen Teilrepublik innerhalb der ČSFR, erster Ministerpräsident der Slowakischen Republik
1990 – 1991: erster frei gewählter Ministerpräsident der slowakischen Teilrepublik innerhalb der ČSFR

<http://www.hzds.sk/?mod=lide&par=meciar-vladimir&menu=34>

Vladimír Mečiar trat 1962 in die Kommunistische Partei der Tschechoslowakischen Republik ein, wurde jedoch 1970 nach seiner Kritik am Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes (1968) aus der Partei ausgeschlossen. Er absolvierte bis 1974 ein Studium der Rechtswissenschaften an der Comenius Universität in Bratislava und war bis 1989 in verschiedenen Unternehmen tätig.

Als Mitglied der Bewegung VPN beteiligte er sich an der Samtenen Revolution und wurde ab Januar 1990 Innenminister der slowakischen Teilrepublik. Im Juni 1990 konnte die VPN die ersten freien Wahlen in der slowakischen Teilrepublik für sich entscheiden und bestimmte Mečiar darauf hin zum Ministerpräsidenten. Dieser strebte wenig später die Herausbildung einer selbständigen Slowakischen Republik an, schaffte sich dadurch jedoch Gegner in der tschechoslowakischen Regierung in Prag und wurde 1991 schließlich abgesetzt.

Die vorgezogenen Neuwahlen im Juni 1992 konnte Mečiar mit der zwischenzeitlich gegründeten HZDS klar für sich entscheiden und wurde erneut Ministerpräsident. Nach der auch von ihm betriebenen Teilung der Tschechoslowakei in zwei unabhängige Staaten bekleidete er ab dem 1. Januar 1993 als Erster das Amt des Ministerpräsidenten der nun souveränen Slowakischen Republik. Interne Differenzen innerhalb der HZDS wie auch beim damaligen Koalitionspartner SNS führten jedoch im März 1994 zum Sturz der Regierung Mečiar.

Die neuerlichen vorzeitigen Parlamentswahlen Ende September 1994 konnte die HZDS wiederum für sich entscheiden. Fortan regierte die HZDS zusammen mit der SNS und der ZRS, Mečiar wurde zum dritten Mal Ministerpräsident. Die dritte Regierungszeit Mečiar stand aufgrund seines autoritären Politikverständnisses und verschiedener Missstände (vgl. Kap. 4.5.1) massiv in der Kritik, er konnte jedoch die gesamte Legislaturperiode überdauern.

Bei den Wahlen 1998 und 2002 erreichte die HZDS zwar noch 27,0 und 19,5 Prozent der Stimmen, es gelang Mečiar jedoch nicht, eine Regierungskoalition zu schmieden. In den Jahren 1999 und 2004 kandidierte Mečiar zudem bei den Wahlen zum Staatspräsidenten, unterlag jedoch beide Male seinen politischen Kontrahenten. Mit den Parlamentswahlen 2006 zog die ĽS-HZDS zwar wieder in die Regierung ein, Mečiar selbst übernahm jedoch kein Ministeramt. Nach wie vor stellt Vladimír Mečiar eine Schlüsselfigur der ĽS-HZDS dar: So hat er seit der Gründung der Bewegung 1991 den Parteivorsitz inne und kandidiert bei den diesjährigen Parlamentswahlen als Spitzenkandidat.

4.6 KDH – Christdemokratische Bewegung

Kresťanskodemokratické hnutie



Mitglied der Europäischen Volkspartei
Partei Gründung: 1990
Mitglieder: 14.600
Vorsitzender: Ján Figel'

<http://www.kdh.sk/>

4.6.1 Die Partei

Im Dezember 1989 riefen Ján Čarnogurský, Ivan Čarnogurský, Ivan Hoffman, Hana Ponická, Anton Selecký, Miroslav Tahy und Konštantín Viktorín die slowakische Bevölkerung zur Gründung christlich-demokratischer Basisorganisationen auf. Am 17. Februar 1990 verbanden sich die hieraus entstandenen lokalen Vereinigungen in Nitra zur Christdemokratischen Bewegung KDH. Die neue Partei arbeitete von Anfang an eng mit der Revolutionsbewegung VPN sowohl in der slowakischen Teilrepublik als auch in der ČSFR zusammen.

Bei den Wahlen 1990 erzielte die KDH mit 19,2 Prozent der Stimmen das zweitbeste Ergebnis und schloss eine Koalition mit dem Wahlgewinner VPN und der DS. Nach dem Zerfall der VPN im April 1991 wurde der KDH-Vorsitzende Ján Čarnogurský slowakischer Premierminister. 1992 spaltete sich jedoch eine Gruppe um den Vizepräsidenten des Slowakischen Nationalrats (Slovenská národná rada - SNR) Ján Klepáč von der KDH ab. In den darauffolgenden Wahlen erzielte die Partei lediglich 8,9 Prozent der Wählerstimmen und ging in die Opposition. Bei den Abstimmungen zur Zukunft der ČSFR stimmten die KDH-Abgeordneten gegen die Spaltung sowie gegen die Souveränitätserklärung der Slowakischen Republik und ihre Verfassung.

Nach der Regierungskrise im März 1994 beteiligte sich die KDH bis zum Ende der Legislaturperiode im September 1994 an der Koalitionsregierung von Ministerpräsidenten Jozef Moravčík von der DÚ. Vor den Wahlen desselben Jahres öffnete die KDH ihre Kandidatenliste auch für die Mitglieder der Ständigen Konferenz des Bürgerinstituts (Stála konferencia občianskeho inštitútu - SKOI; ehem. VPN-Mitglieder). Mit den Kommunalwahlen 1994 wurde die starke Position der KDH auf kommunaler Ebene bestätigt. Bei den Parlamentswahlen 1994 vereinigte die Partei 10,1 Prozent der Wählerstimmen auf sich, war jedoch an der Regierung Mečiar nicht beteiligt und betrieb fortan eine klare Oppositionspolitik. Sehr gute Zusammenarbeit bestand zwischen der KDH und der DS (Ján Langoš) wie auch mit der MKDH (Béla Bugár) und der DÚ (Eduard Kukan). KDH, DS und DÚ haben ihre enge Zusammenarbeit in den Folgejahren mit der Gründung einer "Blauen Koalition" sichtbar dokumentiert.

Bei den Parlamentswahlen 1998 kandidierten die KDH, die DÚ, die DS, die SDSS und die SZ gemeinsam als SDK. Die SDK erzielte 26,3 Prozent der Wählerstimmen und regierte fortan zusammen mit der SMK-MKP, der SOP und der SDĽ unter Premierminister Mikuláš Dzurinda. Im Januar 2000 spaltete sich ein Teil der Partei unter Führung von Premierminister Dzurinda von der KDH ab und gründete zusammen mit einem Teil der DÚ die SDKÚ. Im November desselben Jahres verließen neun Abgeordnete der KDH die Fraktion der SDK und gründeten eine eigene KDH-Fraktion. Damit trat die KDH formell als fünfte zusätzliche Regierungspartei neben SDK, SMK-MKP, SOP und SDĽ dem Koalitionsvertrag bei.

An den Parlamentswahlen 2002 und 2006 nahm die Partei jeweils mit einer eigenen Liste teil. Ihr Wahlergebnis von 8,25 Prozent bzw. 8,31 Prozent der Wählerstimmen zeugt von einer stabilen Wählerschaft.

Die KDH versteht sich selbst als eine konservativ orientierte, christlich-demokratische Partei patriotisch-nationaler und katholischer Prägung mit einem Verständnis für die sozialen Aspekte der Marktwirtschaft. Ihr europapolitischer Kurs ist grundsätzlich integrationsfreundlich.

4.6.2 Ján Figel'



Geburtsdatum: 20. Januar 1960
Geburtsort: Vranov nad Topľou
Mitglied der KDH seit: 1990
Position: Parteivorsitzender

Wichtige bisherige politische Funktionen:

2004 – 2009: EU-Kommissar für Bildung und Kultur
1998 – 2003: Slowakischer Chefunterhändler bei den Verhandlungen zum EU-Beitritt der Slowakischen Republik
1998 – 2003: Vorsitzender des Unterausschusses für internationale Wirtschaftsbeziehungen der Parlamentarischen Versammlung des Europarates

http://ec.europa.eu/commission_barroso/figel/profile/profile_en.htm

Ján Figel' studierte ab 1978 an der Technischen Universität in Košice. 1983 schloss er sein Studium als Ingenieur für elektrische Antriebe und Leistungselektronik ab und arbeitete bis 1992 zunächst als Forschungs- und Entwicklungsingenieur für Leistungselektronik.

1990 trat er der Christlich Demokratischen Bewegung KDH bei und wurde für diese bei den Wahlen 1992 in den Nationalrat gewählt. 1992 stieg er in den Parteivorstand der KDH auf und wurde ab 1994 deren Vizepräsident für Außenpolitik. Von 1993 bis 1998 gehörte er zudem der parlamentarischen Delegation des Nationalrates der Slowakischen Republik in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates an. Dort amtierte er zwischen 1995 und 1998 als stellvertretender Vorsitzender des Komitees für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung sowie von 1997 bis 1998 als Vorsitzender des Unterausschusses für internationale Wirtschaftsbeziehungen.

Nach den Wahlen 1998, bei welchen er für die KDH auf der Liste der SDK kandidierte, bekleidete Figel' bis 2002 das Amt des Staatssekretärs im slowakischen Außenministerium. Zudem wurde er ab 1998 Chefunterhändler der Slowakischen Republik bei den EU-Beitrittsverhandlungen. Ebenfalls 1998 zog er in den Parteivorstand der SDK ein. Nach dem Auseinanderbrechen der SDK im Jahr 2000 wurde er stellvertretender Vorsitzender der KDH, zuständig für Außenpolitik.

Bei den Wahlen 2002 gelang Figel' wieder der Einzug in den Nationalrat. In den Jahren 2002 und 2003 fungierte er zudem als stellvertretender Vorsitzender der ständigen Delegation des slowakischen Nationalrates im gemeinsamen parlamentarischen Komitee der Slowakischen Republik und der EU. Ab 2003 bis zum EU-Beitritt 2004 wurde er zum Chef der ständigen Beobachterdelegation des Nationalrats im Europäischen Parlament.

Mit dem Beitritt der Slowakischen Republik zur Europäischen Union im Jahre 2004 wurde Figel' Mitglied der Europäischen Kommission. Dort bekleidete er von November 2004 bis September 2009 das Amt des EU-Kommissars für allgemeine und berufliche Bildung, Kultur und Jugend.

Seit September 2009 hat Figel' den Parteivorsitz der KDH inne und kandidiert bei den Wahlen im Juni 2010 als deren Spitzenkandidat.

4.7 SaS – Freiheit und Solidarität



Sloboda a Solidarita

Partei Gründung: 2009

Mitglieder: k.A.

Vorsitzender: Richard Sulík

<http://www.strana-sas.sk/>

4.7.1 Die Partei

Die Partei SaS wurde am 28. März 2009 auf einem Gründungskongress ins Leben gerufen. Gründer und Vorsitzender ist Richard Sulík, der ehemalige Berater von Finanzminister Ivan Mikloš (SDKÚ-DS) und seines Nachfolgers Ján Počiatek (SMER-SD).

Die Partei entstand kurz vor den Präsidentschaftswahlen 2009 und unterstützte bei diesen Wahlen die Kandidatin der SDKÚ-DS, Iveta Radičová. Bei den Europawahlen im Juni 2009 schnitt die sehr junge Partei gut ab, mit ihren 4,7 Prozent der Stimmen ist es ihr jedoch nicht gelungen, in das Europaparlament einzuziehen. Bei den Regionalwahlen am 14. November 2009 gewann die Partei nur einen Abgeordneten in der Region Bratislava, was als ein Misserfolg eingeschätzt wurde.

Vor den Parlamentswahlen 2010 findet die SaS angesichts ihrer kurzen Existenz verhältnismäßig hohen Zuspruch. Mit ihren 11,5 Prozent (Agentur Focus, Meinungsumfrage von April 2010) hat die Partei nicht nur eine sehr gute Chance in das Nationalparlament zu gelangen. Sie könnte sogar 18 der insgesamt 150 Abgeordnetensitze gewinnen. Politische Analytiker warnen allerdings vor zu großem Optimismus und glauben, dass der Wähler am Wahltag meist vorsichtiger vorgehe und eher bewährten Parteien seine Stimme geben könnte.

Die Partei präsentierte sich seit ihren Anfängen als neue politische Alternative, aufgebaut auf fachlicher Kompetenz, endgültiger Trennung vom Kommunismus und einer klaren Opposition gegenüber SMER-SD. Die Freiheit in ihrem Namen bedeute, dass sie in die Freiheit anderer nicht eingreifen werde, die Solidarität, dass sie jedem Bürger sein unbedingt notwendiges Lebensminimum und die elementare Gesundheitsfürsorge garantieren werde. Der Staat solle nur noch Kinder und Behinderte unterstützen. Wer besser leben möchte, müsse auch mehr leisten, so die Aussage der Partei. Die SaS, die dem liberalen Spektrum zugeordnet wird, bezieht sich vor allem auf die Wirtschaftlichkeit in Staat und Wirtschaft, vor der Parlamentswahl stellt sie viele eher technisch orientierte Lösungen für die slowakische Wirtschaft vor. Ihr Wahlprogramm trägt den Namen „120 Einfälle / Vorschläge für die Slowakei“. Obwohl ihr Name Freiheit und Solidarität auf zwei wichtige Werte hinweist, steht in ihrem Programm eher die wirtschaftliche Freiheit im Vordergrund und nur bedingt die Solidarität.

Die Partei spricht vor allem Unternehmer an, ihre Parteipräsentation und ihr Wahlkampf spielen sich größtenteils im Internet ab. Man spricht in diesem Zusammenhang auch von einer virtuellen Anhängerschaft.

Ihren engsten Verbündeten für eine mögliche Koalition nach den Wahlen sieht die Partei in der SDKÚ-DS. Der derzeitige Premierminister sowie die Abgeordneten von SMER-SD sind ständiger Kritik der SaS ausgesetzt. Für den Wahltag hat die Partei

dem Premierminister ein Ticket nach Athen gekauft, um auf „Ficos gefährliche Wirtschaftspolitik, die die Slowakei auf den „griechischen Weg“ bringt, aufmerksam zu machen.

4.7.2 Richard Sulík



Geburtsdatum: 12. Januar 1968
Geburtsort: Bratislava
Mitglied bei SaS seit: 2009
Position: Parteivorsitzender

Wichtige bisherige Funktionen:
2002 – 2003: Berater von Finanzminister Ivan Mikloš (SDKÚ-DS)
2006 – 2007 Berater von Finanzminister Ján Počiatek (SMER-SD)

<http://www.sulik.sk/>
http://www.sulik.sk/files/20/CV_Sulik_DE.pdf

Richard Sulík wurde am 12. Januar 1968 in Bratislava geboren. In seinem 12. Lebensjahr emigrierte er zusammen mit seinen Eltern in das damalige Westdeutschland, wo er später Physik an der Technischen Universität München und Betriebswirtschaftslehre an der Ludwig-Maximilian-Universität München studierte.

1991 kehrte Richard Sulík in die Slowakei zurück und gründete hier die FaxCOPY AG, die er 10 Jahre lang leitete. In den Jahren 1998 – 2003 studierte er an der Volkswirtschaftlichen Fakultät der Wirtschaftsuniversität Bratislava, seine Diplomarbeit schrieb er zum Thema Steuerreform in der Slowakei. 2003 wurde er promoviert. Seine Kenntnisse dienten als Grundlage für die erfolgreiche Steuerreform in der Slowakei während der zweiten Regierung Dzurinda (2002-2006), bei der unter anderem die der Einheitssteuersatz von 19 Prozent eingeführt wurde. Von 2002 bis 2003 sowie von 2006 bis 2007 arbeitete er als Berater von Finanzminister Ivan Mikloš von SDKÚ-DS beziehungsweise Ján Počiatek von SMER-SD.

2009 gründete er seine eigene politische Partei Sloboda a Solidarita.

4.8 MOST-HÍD – Partei der Zusammenarbeit



MOST-HÍD

Partei Gründung: 2009
Mitglieder: k.A.
Vorsitzender: Béla Bugár

<http://www.most-hid.sk/>

4.8.1 Die Partei

Die Partei MOST (ungarisch HÍD, zu Deutsch Brücke) wurde am 3. Juli 2009 gegründet nachdem die Gründungsväter der Partei mehr als 28.000 Stimmen im Innenministerium abgegeben hatten (zur Gründung einer politischen Partei sind mindestens 10.000 Befürworter notwendig).

Als Parteigründer traten der ehemalige Vorsitzende der mitte-rechtsorientierten SMK-MKP Béla Bugár sowie weitere vier Parlamentsabgeordnete der SMK-MKP hervor. Auf dem Gründungskongress von MOST-HÍD entschied sich eine klare Mehrheit für Bugár als Parteivorsitzenden und Rudolf Chmel, Edit Pfuntner und Zsolt Simon als stellvertretende Parteivorsitzende. Chmel war Botschafter der Slowakischen Republik in der Ungarischen Republik, leitete die Stiftung für eine offene Gesellschaft und war Kultusminister für die Allianz des neuen Bürgers (Aliancia nového občana – ANO) unter der Regierung Dzurinda von 2002 bis 2006. Die weiteren stellvertretenden Vorsitzenden und Funktionäre sind größtenteils ehemalige Mitglieder der SMK-MKP. Sie hatten die SMK-MKP im Frühjahr 2009 aufgrund von Konflikten mit dem Vorsitzenden Pál Csáky verlassen.

Der beliebte Politiker Bugár wünscht sich, dass seine Partei zu einer Brücke zwischen den in der Slowakei lebenden Ungarn und den Slowaken wird. Die Partei soll für all jene offen sein, die sich für eine Zusammenarbeit im Zeichen von Offenheit, Verantwortung und Vertrauen zwischen den beiden Nationen einsetzen wollen. Bugár möchte die alltäglichen Sorgen der Menschen mittragen und ihre Probleme lösen helfen. Zudem möchte er sich mit dem Kommunismus auseinandersetzen. Deswegen wird kein ehemaliger Mitarbeiter der Staatssicherheit als Parteimitglied akzeptiert.

Chmel kommentierte seine erneute politische Aktivität mit den Worten, dass vor allem die Politiker den Eindruck wecken wollen, dass die zwei Nationen Ungarn und die Slowakei, sich untereinander hassen. In der Wirklichkeit würden die Politiker damit ihre eigene, in Patriotismus eingehüllte Unsittlichkeit und Korruptheit decken wollen. Laut Chmel soll die neue Partei gerade die guten Beziehungen zwischen Ungarn und Slowaken fördern.

Politische Kommentatoren halten die Gründung einer zweiten, auf die ungarische Minderheit fokussierten Partei für riskant, obwohl Bugár auch unter Slowaken Anhänger und Sympathisanten hat. Ob die Partei die Fünf-Prozent-Hürde überwinden kann, steht offen. Wie Meinungsumfragen zeigen, wird der 12. Juni in Hinsicht auf das Resultat der beiden ungarischen Parteien, wie auch auf das Gesamtergebnis der Mitte-Rechtsparteien, sehr spannend werden. Die traditionellen zehn Prozent der Wählerstimmen für die bis 2009 einzige ungarische Partei sind laut Umfragen fast eins zu eins auf die beiden Parteien MOST-HÍD und SMK-MKP verteilt, wobei MOST-HÍD laut Focus die Fünf-Prozent Hürde im April 2010 nur um 0,1 Prozent überschreiten würde.

4.8.2 Béla Bugár



Geburtsdatum: 07. Juli 1958
Geburtsort: Bratislava
Mitglied bei MOST-HÍD seit: 2009
Position: Parteivorsitzender

Wichtige bisherige politische Funktionen:
1998 – 2002: Vize-Präsident des Nationalrates der Slowakischen Republik
2002 – 2006: Vize-Präsident des Nationalrates der Slowakischen Republik

<http://www.most-hid.sk/sk/content/bela-bugar>

Béla Bugár studierte in den Jahren 1977 bis 1982 an der Technischen Universität in Bratislava, danach arbeitete er im Maschinenbauwerk Bratislava als Maschinenbauingenieur.

Nach dem Umbruch war er von 1990 bis 1992 Abgeordneter des Föderalparlaments der damaligen Tschechoslowakischen Republik, 1992 wurde er Abgeordneter im Nationalrat der Slowakischen Republik. 1991 bis 1998 war er Vorsitzender der Ungarischen Christlich-Demokratischen Bewegung. Nach der Gründung der SMK-MKP im Jahre 1998 wurde er zu ihrem Parteivorsitzenden gewählt. 1998 und 2002 wurde er zudem zum stellvertretenden Parlamentsvorsitzenden gewählt.

In Folge von innenparteilichen Konflikten in der SMK-MKP ist Bugár 2009 zusammen mit anderen Mitgliedern aus der Partei der Ungarischen Koalition ausgetreten und gründete eine zweite Partei der ungarischen Minderheit in der Slowakei, die Partei MOST-HÍD, dessen Vorsitzender er wurde.

5 DIE WAHLPROGRAMME IM VERGLEICH

Zur Illustration der programmatischen Ausrichtung der wichtigsten slowakischen Parteien werden nachfolgend die einzelnen Wahlprogramme in Stichpunkten wiedergegeben. Dabei wurden die Inhalte der einzelnen Wahlprogramme zur besseren Vergleichbarkeit thematisch nach Politikfeldern geordnet.

5.1 Wirtschafts- und Finanzpolitik

SMER-SD	<p>Steuern/Abgaben:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Einkommenssteuersatz von 19 Prozent beibehalten (für juristische Personen) • Keine Erhöhung des Einkommenssteuersatzes (für natürliche Personen) • Regional unterschiedliche Mehrwertsteuersätze • Ausweitung der ermäßigten Mehrwertsteuer • Solidarität gutverdienender Personen für die Gemeinschaft steigern (Steuern) • Vereinfachung des Steuer- und Abgabensystems <p>Staatsverschuldung:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Senkung der Regierungsausgaben • Festlegung einer Obergrenze staatlicher Ausgaben <p>Staatliche Investitionen/Subventionen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Förderung großer öffentlicher Investitionen, etwa der Fertigstellung der Kernkraftwerke, des Flughafens von Bratislava oder der Breitspureisenbahn <p>Bürokratie/Verwaltung:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Effizientere Einforderung der Steuern und Zölle • Zusammenlegung der Erhebung von Steuern und Abgaben <p>Wirtschaft:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Keine weiteren Privatisierungen • Senkung der administrativen Belastung von Unternehmen • Unterstützung neu gegründeter Unternehmen
----------------	--

	<ul style="list-style-type: none"> • Regional differenzierte Unterstützung von kleinen und mittelgroßen Unternehmen • Erhöhung des staatlichen Einflusses in strategisch wichtigen Unternehmen mit staatlicher Beteiligung • Druck auf Monopolanbieter im Energiesektor zur Beibehaltung bestehender Energiepreise
SDKÚ-DS	<p>Steuern/Abgaben:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Keine Erhöhung der Steuerlast • Neue, einheitliche Definition der Obergrenze für die Bemessungsgrundlage der Sozialabgaben • Senkung der Sozialversicherungsbeiträge <p>Staatsverschuldung:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Weitere Staatsverschuldung stoppen • Klare Regeln für Beschlüsse mit negativen Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte <p>Staatliche Investitionen/Subventionen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Förderung von Investitionen in ländlichen Regionen • Beendigung des Breitspur-Bahnprojekts • Investitionen im Straßenbau und Modernisierung des Schienenverkehrs • Förderung erneuerbarer Energien • Ausbau der Kernenergie nur für eigene Bedürfnisse • Internetanschluss aller Gemeinden <p>Bürokratie/Verwaltung:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Reduzierung administrativer Belastungen von Unternehmen • Zusammenführung der Steuer-, Zoll- und Abgabenerhebung <p>Wirtschaft:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Privatisierung des Frachtflughafens von Bratislava und der Güterbahngesellschaft
SNS	Wahlprogramm bis Redaktionsschluss nicht verfügbar
SMK-MKP	<p>Steuern/Abgaben:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Steuer- und Abgabenbelastung von Firmen, Unternehmen und Angestellten senken • Abgaben der Angestellten von den derzeitigen 35,2 Prozent stufenweise bis zum Schluss der nächsten Wahlperiode auf 26 Prozent senken (indirekte Förderung der Unternehmen und der Angestellten) <p>Staatsverschuldung:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Haushaltsdisziplin verbessern: bis 2013 das Defizit auf drei Prozent des BIP senken <p>Staatliche Investitionen/Subventionen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen durch günstige Darlehen und komplexe Wirtschaftsprogramme • Maßnahmen zur Wirtschaftsentwicklung, um eine nachhaltige Wirtschaftsbilanz zu erhalten

	<ul style="list-style-type: none"> • Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen (laut SMK wichtigste Akteure der Wirtschaft) • Förderung der Beschäftigung junger Menschen durch partielle oder komplette Befreiung junger Selbständiger von den Abgaben während der ersten 24 Monate der unternehmerischen Tätigkeit <p>Bürokratie/Verwaltung:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Nur noch staatliche Regelungen zulassen, die nur in unbedingt notwendigem Maße in die Wirtschaftsprozesse eingreifen, jedoch gute Bedingungen für die unternehmerische Tätigkeit der Bürger gewährleisten • Effektive und transparente Nutzung der Europafonds und Abschaffung der Vetternwirtschaft bei ihrer Verteilung <p>Wirtschaft:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Strengere Aufsicht bei Finanz- und Versicherungsdienstleistungen und verbesserter Verbraucherschutz
<p>LS-HZDS</p>	<p>Steuern/Abgaben:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Beibehaltung der aktuellen Einkommenssteuersätze, mögliche Reduzierung in Zukunft • Reduzierung der Mehrwertsteuer ausgewählter Lebensmittel auf sechs Prozent • Abschaffung der Grundstückssteuern <p>Staatsverschuldung: k.A.</p> <p>Staatliche Investitionen/Subventionen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur der Regionen • Schutz und Förderung ländlicher Gemeinden • Förderung von Innovationen und der inländischen industriellen Produktion • Fertigstellung der Autobahn und Modernisierung der Bahnverbindung Bratislava – Košice bis 2013 • Ernährungssicherung aus heimischer Produktion • Förderung des heimischen Tourismus durch Ausgabe von Freizeitgutscheinen <p>Bürokratie/Verwaltung:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Bürokratieabbau zur Verbesserung des unternehmerischen Umfelds • Zusammenlegung der Erhebung von Steuern, Zöllen und Abgaben • Vereinfachung der Prozesse bei der Gewährung von EU-Mitteln, Stärkung der Kompetenzen der Regionen • Reduzierung regionaler Unterschiede durch verbesserte Abstimmung zwischen den Regionen • Stärkere Einbindung der Bürger in die Entscheidungsprozesse bei der regionalen Entwicklung • Stabilisierung der Verbraucherpreise • Sicherstellung des Zugangs zu günstigen Krediten für Menschen mit niedrigem Einkommen • Vereinfachter Zugang zu Krediten für slowakische Unternehmen durch Stärkung staatseigener Banken

	<p>Wirtschaft:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Liberalisierung des Postmarktes • Keine elektronische Maut für PKW • Verlängerung des Verbots zum Verkauf von Ackerland an ausländische Personen bis 2016 • Optimierung der Verwaltung in staatlichen Unternehmen • Staat bleibt Hauptanteilseigner der Eisenbahngesellschaft • Einführung eines neuen, gerechten Systems der Förderung von Investitionsaktivitäten im Land
<p>KDH</p>	<p>Steuern/Abgaben:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Einführung einer niedrigen Flat Tax für sehr kleine Unternehmen mit einem Jahresumsatz unter 6.000 € und kleine Unternehmen mit einem Jahresumsatz unter 12.000 €. • Steuerferien für Brautpaare (Befreiung von der Steuerzahlung) • Höhere Freibeträge für Familien mit einem schwerbehinderten Familienmitglied, Steuerbonus für die Pflege schwerkranker Familienmitglieder <p>Staatsverschuldung:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Begrenzung der gesamten Staatsverschuldung auf 45 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) • Jährliche Senkung der Staatsverschuldung um 0,5 Prozentpunkte <p>Staatliche Investitionen/Subventionen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Gleiche Unterstützung für in- und ausländische Investoren • Förderung der Kernenergie und erneuerbarer Energien • Förderung des Baus von Mietwohnungen • Förderung angewandter Forschung • Neubewertung des Breitspur-Bahnprojektes • Förderung integrierter Transportsysteme • Unterstützung lokaler und regionaler Tourismusverbände (Finanzierung aus lokalen Steuern und staatlichen Zulagen) • Unterstützung kleiner und mittelgroßer Unternehmen in ländlichen Gebieten • Förderung des Konsums von Milch und Milchprodukten • Anhebung der Direktzahlungen an Landwirte auf das Niveau der alten EU-Mitgliedsländer • Förderung des Landerwerbs von Landwirten durch Sicherstellung günstiger Kreditbedingungen <p>Bürokratie/Verwaltung:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Vereinfachung der Gesetzgebung für Unternehmen • Einheitliche Erhebung von Steuern und Abgaben • Errichtung eines unabhängigen Gremiums für verantwortungsvolle Finanzpolitik unter Aufsicht des Nationalrats • Errichtung eines Regierungsgremiums für Energie, Diversifizierung des Energieimports • Neues Programm zur Stadtentwicklung: flexibleren Ressourceneinsatz in den Kommunen ermöglichen

	<p>Wirtschaft:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Abschluss der Private Public Partnership Projekte im Verkehrswesen • Umwandlung der staatlichen Bahngesellschaft in eine staatliche Aktiengesellschaft • Breitbandinternet
SaS	<p>Steuern/Abgaben:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Keine neuen Steuern und keine Änderung bestehender Steuersätze • Ausnahmeregelungen in der Steuergesetzgebung abschaffen und die allgemeinen Steuersätze um den eingesparten Betrag senken • Zusammenführung der existierenden Mehrwertsteuersätze zu einer Mehrwertsteuer von 18 Prozent • Senkung der Dieselsteuer auf das von der EU erlaubte Minimum • Senkung der Steuer auf Firmenwagen auf das von der EU erlaubte Minimum, Ausgleich der Einnahmeausfälle durch LKW-Maut <p>Staatsverschuldung:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Änderung der Verfassung: Ausgeglicherer Staatshaushalt ab 2014 verpflichtend • Änderung der Verfassung: maximale öffentliche Verschuldung darf 50 Prozent des BIP nicht überschreiten <p>Staatliche Investitionen/Subventionen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Jährlicher Ausbau der Autobahnen und Schnellstraßen um 60 zusätzliche km • Beendigung aller Regierungsaktivitäten in Zusammenhang mit dem Bau der Breitspurbahn <p>Bürokratie/Verwaltung:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Verpflichtende quartalsweise Veröffentlichung der Ausgaben und Einnahmen aller Städte und Landkreise • Einführung ausgewählter Indikatoren als Benchmarks für Wirksamkeit und Effizienz • Ausgaben für Schuldzinsen bei Städten und Landkreisen begrenzen • Zusammenlegung verschiedener Ministerien • Änderung der Steuergesetzgebung nur einmal jährlich zum 1. Januar • Abschaffung des Fonds für Staatsvermögen und der verbleibenden Tätigkeiten • Zusammenführung der vier land- und forstwirtschaftlichen Kontrollstellen • Abschaffung aller Gesetze für Landwirte, welche über EU-Reglements hinausgehen • Änderung der Regelungen zur Unterstützung landwirtschaftlicher Projekte • Flächendeckende Abschaffung von Agrarsubventionen <p>Wirtschaft:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Weitere Liberalisierung des Energiemarktes • Abrechnung von Heizkosten nur nach tatsächlichem Verbrauch

	<ul style="list-style-type: none"> • Zusammenführung von SARIO (Staatliche Agentur zur Unterstützung von ausländischen Investitionen und Handel) und SACR (Staatliche Agentur zur Unterstützung des Tourismus) • Privatisierung von Staatsunternehmen, z.B. Cargo
MOST-HÍD	<p>Steuern/Abgaben:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Reform des Abgabensystems <p>Staatsverschuldung: k.A.</p> <p>Staatliche Investitionen/Subventionen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Infrastrukturentwicklung in allen Regionen mit Hilfe von EU-Mitteln • Public Private Partnership Projekte nur mit klaren Regeln • Straffung der Unterstützung für kleine und mittlere Unternehmen • Förderung von Innovationen • Förderung slowakischer Qualitäts- und Markenprodukte im Nahrungsmittelbereich • Bevorzugte Unterstützung von Investitionen in weniger entwickelten Regionen <p>Bürokratie/Verwaltung:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Einheitlicher Einzug von Steuern und Abgaben • Vereinfachung von Rechtsvorschriften für Unternehmen • Zusammenlegung des Handels- und des Gewerbergisters <p>Wirtschaft:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Verbesserung der staatlichen Wettbewerbsfähigkeit und Etablierung einer wissensbasierten Wirtschaft • Errichtung einer zentralen Agentur für Innovation und regionaler Innovationszentren • Investitionsbeschränkungen bei Investmentgesellschaften aufheben

Quelle: Wahlprogramme der genannten Parteien

Tab. 3: Wirtschafts- und Finanzpolitik im Vergleich

5.2 Arbeits-, Sozial-, Familien- und Gesundheitspolitik

SMER-SD	<p>Arbeitsmarktpolitik:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Beibehaltung des derzeitigen Arbeitsgesetzbuches • Aufrechterhaltung der Mindestlöhne, gegebenenfalls Anhebung der Mindestlöhne • Hohes Beschäftigungsniveau anstreben; Förderung neuer Arbeitsplätze mit gerechter Entlohnung • Förderung lebenslanger Weiterbildung • Bessere Rahmenbedingungen für Investitionen in das Humankapital bei kleinen und mittelgroßen Unternehmen schaffen • Verbesserung der beruflichen Ausbildung
----------------	---

	<ul style="list-style-type: none"> • Optimierung der Zusammenarbeit zwischen Bildungsinstitutionen und Arbeitgebern/der öffentlichen Verwaltung • Beschäftigungschancen von Berufsanfängern verbessern • Maßnahmen zur Elimination von Schwarzarbeit • Unterbindung von Diskriminierungen bei der Arbeit • Programme zur Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit • Umbau der Arbeitsämter in Beratungs- und Konsultationsorgane für Arbeitslose, Arbeitgeber, Gewerkschaften, Städte und Gemeinden <p>Pensionen²:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Gesetzliche Einführung einer Mindestrente • Einführung einer teilweisen 13. Auszahlung (Umwandlung des Rentenweihnachtsgeldes) <p>Sozialpolitik:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Erhalt und Optimierung der bisher erreichten sozialen Errungenschaften • Elimination sozialer Ausgrenzung • Durchsetzung von Geschlechtergerechtigkeit • Erarbeitung von Strategien zur Integration der Roma <p>Familienpolitik:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Erstellung eines Konzepts zur Familienpolitik bis 2020 mit dem Ziel, das Familienleben zu fördern • Neues Familiengesetz mit ausgewogenem Verhältnis zwischen der ökonomischen und der sozialen Funktion der Familie ausarbeiten • Familien unterstützen (Ziel: höhere Geburtenrate) <p>Gesundheitspolitik:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Programme zum Gesundheitserhalt durch Prävention • Garantierte Zugänglichkeit zu Behandlungen für Versicherte der gesetzlichen Krankenkassen • Senkung der Zuzahlungen für Medikamente und Hilfsmittel, keine Zuzahlungen bei chronischen/ schwerwiegenden Erkrankungen • Schutz der Nichtraucher • Höhere Entlohnung der Mitarbeiter im Gesundheitswesen • Der Charakter des öffentlichen Gesundheitssystems soll erhalten bleiben, Krankenkassen dürfen keine Gewinne erwirtschaften
SDKÚ-DS	<p>Arbeitsmarktpolitik:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Arbeitsrechtliche Änderungen zu Gunsten einer größeren Flexibilität der Arbeitsmärkte, Begrenzung der Leistungen von Gewerkschaftsfunktionären, Veränderungen bei den Tarifverhandlungen • Einführung eines Kombilohns im Niedriglohnbereich

² Das Rentensystem der Slowakei besteht aus drei Säulen. Die erste Säule verkörpert die staatlichen Pensionsleistungen, die zweite und dritte Säule werden von privaten Renten Anbietern bereitgestellt. Die Beitragszahler/innen können entscheiden, ob ihr gesetzlicher Rentenbeitrag nur in die erste Säule oder zu festgelegten Prozentsätzen in die erste und die zweite Säule einbezahlt wird. Beiträge im Rahmen der dritten Säule sind freiwillig.

	<ul style="list-style-type: none"> • Einführung von Lizenzen bei Selbständigen: die Lizenzkosten ersetzen die Steuerzahlung • Stärkung und Aktivierung kleiner Stadtwerke • Verbesserung der Arbeitsbedingungen <p>Pensionen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • I. Säule: Minimale garantierte Rente • II. Säule: Neue Regeln zur Ermöglichung höherer Renditen • III. Säule: Verfassungsanpassung zum Schutz der II. Säule <p>Sozialpolitik:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Reduzierung der Sozialabgaben für Arbeitnehmer mit niedrigem Einkommen • Forcierung der Verbesserung sozialer Leistungen • Überkapazitäten in Krankenhäusern/Sozialeinrichtungen sollen für die Pflege genutzt werden <p>Familienpolitik:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Pflegefamilien einer Unterbringung in Kinderheimen vorziehen • Hypothekenrückzahlung: Möglichkeit zweier tilgungsfreier Jahre für Eltern nach der Geburt eines Kindes schaffen • Verlängerung des Mutterschaftsurlaubs von 28 Wochen auf ein Jahr, Erhöhung des Mutterschaftsgelds auf 100 Prozent des Nettolohns • Einführung einer zusätzlichen Urlaubswoche für Väter nach der Geburt ihres Kindes • Bessere Leistungen für Familien mit kleinen Kindern • Einführung einer freiwilligen Sozialversicherung zur Lohnkompensation bei Pflege älterer Familienmitglieder <p>Gesundheitspolitik:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Einführung einer Höchstgrenze für Zuzahlungen im Gesundheitswesen von 120 € pro Jahr • Einführung von Behandlungsstandards • Prävention forcieren, Sicherstellung einer hohen Qualität der Behandlungen • Einführung einer fairen Bewertung gesundheitlicher Leistungen
SNS	Wahlprogramm bis Redaktionsschluss nicht verfügbar
SMK - MKP	<p>Arbeitsmarktpolitik:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Flexible Beschäftigungspolitik – Teilzeitarbeit ermöglichen <p>Pensionen: k.A.</p> <p>Sozialpolitik:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Lebensbedingungen und Lebensqualität in vernachlässigten und benachteiligten Regionen verbessern • Kampf gegen Armut – Einführung von Sozialkarten, Sozialläden, etc. ähnlich wie in Österreich und Ungarn

	<ul style="list-style-type: none"> • Schaffung eines Fördersystems für Studenten: Stipendien und Begabtenförderung • Zugang zu Mietwohnungen für junge Menschen erleichtern und weiteren Ausbau von Mietwohnungen fördern <p>Familienpolitik:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Aktive Familienpolitik und staatliche Förderung von Neugeborenen • Steuersystem soll Familien fördern • Gründung einer staatlichen Institution, bei der alle Angelegenheiten, die Kinder und Familie betreffen, einfach und an einem Ort erledigt werden können • Abschaffung finanzieller Diskriminierung von Eltern, die neben der Kindererziehung in Teilzeit arbeiten. <p>Gesundheitspolitik:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Fokus auf Vorsorgemaßnahmen und Aufklärung in Sachen Gesundheit • Schaffung eines für alle gut zugänglichen Netzes von praktischen Ärzten und Fachärzten. • Unterstützung des Prinzips der freien Arztwahl • Abbau von unnötiger Bürokratie bei Facharztbesuchen • Krankenhäuser von medizinischen Fakultäten in Aktiengesellschaften umwandeln, damit besser gewirtschaftet wird • Förderung des freien Wettbewerbs auf dem Gebiet der Krankenversicherungen (Erhalten mehrerer staatlicher und privater Anbieter)
<p>LS-HZDS</p>	<p>Arbeitsmarktpolitik:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Einführung regional unterschiedlicher Mindestlöhne <p>Pensionen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Einführung einer 13. Altersrentenzahlung (Umwandlung des Rentenweihnachtsgeldes) <p>Sozialpolitik:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Senkung der Abgaben • Staatliche Zuschüsse für nicht erwerbstätige Versicherte auf fünf Prozent erhöhen • Erhöhung des Kindergeldes um mindestens 50 Prozent • Förderung des Pflegedienstes, Steigerung des Pflegebeitrags <p>Familienpolitik:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Erhöhung der einmaligen Zahlung bei Geburt • Unterstützung des Wohnungsbaus junger Familien <p>Gesundheitspolitik:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Abschaffung der Überweisungen für den Facharztbesuch • Abschaffung von Arzneimittelzuzahlungen für Kinder unter sechs Jahren und Erwachsene über 70 Jahren • Zuzahlungen im Gesundheitswesen auf 150 €/Jahr begrenzen • Kuraufenthalte für chronisch Kranke und Rentner außerhalb der Saison

Arbeitsmarktpolitik:

- Änderung des Arbeitsgesetzbuches (flexiblere Arbeitsverhältnisse, Senkung Arbeitgeberkosten,...)
- Höheres Arbeitslosengeld mit längerer Auszahlung
- Auszahlung des Notstandsgeldes an Bedingungen knüpfen (Verrichtung gemeinnütziger Tätigkeiten)
- Neubewertung der gleichzeitigen Auszahlung von Frührente und Arbeitsentgelt

Pensionen:

- Stärkung der Solidarität in der I. Säule und Korrektur der Regeln in der II. Säule
- Frauen, die Kinder erziehen bei der Altersrente begünstigen (höherer persönlicher Lohnpunkt)
- Gerechtere Berücksichtigung der Inflation bei Rentenleistungen

Sozialpolitik:

- Senkung der Sozialabgaben auf 22 Prozent
- Einführung einer einjährigen Abgabenbefreiung bei Einstellung von Langzeitarbeitslosen und Schulabgängern
- Zusammenschluss der Kranken- und Arbeitslosenversicherung zu einer kommerziellen Versicherung
- Förderung des Baus von Mietshäusern in Gemeinden und Städten
- Weitest mögliche Dezentralisierung der Sozialhilfe
- Bessere Sozialleistungen für Senioren, gesundheitlich Behinderte und Familien mit Kindern

Familienpolitik:

- Förderung von reduzierten Arbeitszeiten und flexibler Beschäftigung für Eltern
- Steigerung des Steuerbonus für ein Kind unter sechs Jahren um 100 Prozent
- Senkung der Rentenbeiträge von Eltern in Abhängigkeit von der Anzahl Kinder
- Häusliche Pflege: Erhöhung des Beitrags für den Pfleger auf das Niveau des Mindestlohns
- Steuerfreiheit für Investitionen in Familie und Zukunft
- Einjährige Steuerbefreiung für Neuvermählte in der ersten Ehe
- Ermäßigungen für Familien mit Kindern im öffentlichen Verkehr
- Förderung von Pflegefamilien, Reform der Zentren für schwer erziehbare Kinder und Jugendliche

Gesundheitspolitik:

- Diagnostik- und Therapiestandards einführen, Sonderakkreditierungsprogramm für Krankenhäuser
- Elektronische Versicherungskarte
- Obergrenze für Patientenzuzahlung
- Verbesserte Gesundheitsfürsorge für Senioren
- Universitätskrankenhaus in Bratislava errichten
- Stärkung der Fachkompetenzen von Allgemeinmedizinern

	<ul style="list-style-type: none"> • Neue Kompetenzen für das Aufsichtsamt für Gesundheitspflege und die Wahl seiner Vertreter im Nationalrat
<p>SaS</p>	<p>Arbeitsmarktpolitik:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Übertragung möglichst vieler Kompetenzen aus dem Arbeitsgesetzbuch an die Tarifpartner • Einschränkung der Gewerkschaftskompetenzen in Fällen, welche die direkte wirtschaftliche Leitung einer Firma betreffen • Ermöglichung freiwilliger Vereinbarungen zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber hinsichtlich operativer Arbeitsbedingungen • Abschaffung der automatischen Erweiterung von Rahmentarifverträgen • Abschaffung des obligatorischen Mindestlohns • Abschaffung der verpflichtenden Mitgliedschaft in Berufskammern • Abschaffung des Gewerbeamtes und Zusammenschluss der Datenbank mit dem EDV-System des Handelsregisters <p>Pensionen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • II. Säule: Obligatorischer Eintritt aller Bürger ab 35 Jahren <p>Sozialpolitik:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Übertragung der Abgabenzahlungen auf die Arbeitnehmer mit der Auflage, dass Arbeitgeber gesetzlich verpflichtet werden, die Bruttolöhne um den Betrag bisheriger Abgaben einmalig zu erhöhen, mit Ausnahme der Garantie- und Unfallversicherung, d.h. um 34,15 Prozent • Komplexe Reform des Abgabensystems • Vereinheitlichung der Bemessungsgrundlagen und Definition der Beitragszahler der Sozial- und Krankenversicherung und der Steuerbemessungsgrundlage für die Einkommenssteuer bei natürlichen Personen • Maximale Bemessungsgrundlagen sind mit dem Betrag der Grundsicherung zu verknüpfen • Gesetzgebung für behindertengerechten Bau forcieren • Ersatz heutiger Invalidenrenten und Beiträge durch außerordentliche staatliche Leistungen • Einführung eines E-pay Kartensystems für jeden Bezieher von Notstandsgeld • Gemeinnützige Arbeiten als Form der Strafe einführen • Ersetzen der Behörde des Bevollmächtigten für Roma-Gemeinschaften durch einen dritten Staatssekretär im Ressort für Soziales <p>Familienpolitik:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Rechtliche Anerkennung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften: u.a. Prinzip gegenseitiger Unterhaltsverpflichtungen, kein Recht auf Adoption von Kindern • Anhebung der Grundlage zur Abgabeberechnung für Mütter mit Kindern unter drei Jahren von 60 Prozent auf 100 Prozent des durchschnittlichen Lohns

	<ul style="list-style-type: none"> • Pflegeeltern werden Staatsangestellte (Amt für Soziales und Familie) nicht Angestellte des Kinderheimes • Förderung von Pflegefamilien • Beschleunigung grenzüberschreitender Adoptionen • Vereinheitlichung der Agenda der Heime für schwer erziehbare Kinder • Kindergeldauszahlung an Schulbesuch knüpfen • Gesetzlich verpflichtender Besuch von Vorschuleinrichtungen für Kinder aus SOS-Zentren <p>Gesundheitspolitik:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Senkung der Barrieren für den Eintritt neuer Unternehmen in den Markt der Krankenversicherer • Aufhebung der Bestimmung zum Profitverbot der Krankenversicherungen • Erhöhung des Prozentsatzes der Krankenkassenbeiträge welcher nicht umverteilt wird von fünf auf 15 Prozent • Verpflichtung der Versicherer nach den wirtschaftlichen Grundsätzen von Aktiengesellschaften zu wirtschaften • Erleichterung des Wechsels der Krankenversicherung • Einführung eines Bonus in der Krankenversicherung bei nicht in Anspruch genommenen Leistungen • Abschaffung der Überweisungen an Fachärzte • Einführung einer Gebühr für Beschwerden beim Aufsichtsamtsamt für Gesundheitspflege, die nur in begründeten Fällen rückerstattet wird • Alle Krankenhäuser in Kapitalgesellschaften umwandeln
MOST-HÍD	<p>Arbeitsmarktpolitik:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Neue Definition des Mindestlohns • Arbeitsrecht flexibler gestalten • Neue Arbeitsplätze mit Hilfe von EU-Mitteln schaffen • Übertragung einiger Kompetenzen der Arbeitsmarktpolitik auf die Selbstverwaltung <p>Pensionen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Stärker zielgerichtete Frühpensionierung • Erhöhung der Renten für Pensionäre, die lange Zeit pensioniert sind und aufgrund dessen nur sehr niedrige Bezüge erhalten • II. Säule: Rücknahme der Änderungen der Regierung Fico • Ausweitung der Dienstleistungen für Pensionäre <p>Sozialpolitik:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Senkung der Sozialabgaben, Reform des Abgabensystems • Zusammenführung der Abgaben, welche von Unternehmen und Angestellten bezahlt werden und Auszahlung eines Super-Bruttolohns • Beteiligung der regionalen Verwaltung an ihrer eigenen Sozialpolitik • Bessere soziale Integration von Senioren <p>Familienpolitik: k.A.</p>

Gesundheitspolitik:	<ul style="list-style-type: none"> • Höhere Anreize zur Gesundheitsvorsorge • Beendigung der ineffektiven Verwendung öffentlicher Gelder im Gesundheitswesen • Einführung elektronischer Auktionen für die Lizenzen der Krankentransportanbieter • Einführung einer finanziellen Unterstützung für Personen, welche auf ihre Gesundheit achten • Verbesserung der Stellung von Patienten durch Einführung eines positiven Wettbewerbs zwischen Krankenhäusern • Bessere Kontrolle von Lebensmitteln • Standardmäßige Information der Öffentlichkeit zu Verstößen gegen das Lebensmittelrecht (wer?, wo?, wie?)
----------------------------	---

Quelle: Wahlprogramme der genannten Parteien

Tab. 4: Arbeits-, Sozial, Familien- und Gesundheitspolitik im Vergleich

5.3 Bildungs- und Kulturpolitik

SMER-SD	<p>Bildungspolitik:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Gebührenfreies Hochschulstudium • Neue Sozial- und Krankenversicherung für Lehrer • Ausgaben für Wissenschaft und Forschung auf 1,8 Prozent des BIP bis 2015 erhöhen • Steigerung der Bedeutung von Forschung und Innovation <p>Kulturpolitik: k.A.</p>
SDKÚ-DS	<p>Bildungspolitik:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Verpflichtender Besuch des letzten Kindergartenjahres für alle Kinder • Neue (gerechtere) Bewertungsstandards von Schülern und ganztägige Öffnung der Schulen • Englisch als obligatorische Fremdsprache einführen • Förderung von Sport an Schulen • Stärkere Praxisorientierung im Studium, bessere Anerkennung des Bachelor • Konkurrierende Anbieter auf dem Schulbuchmarkt zulassen, freie Auswahl der Schulbücher • Bessere und gerechtere Entlohnung von Lehrern, Beseitigung überflüssiger Bürokratie im Schulwesen • Beendigung gesetzeswidriger Gebührenerhebungen bei Studenten • Befreiung des Stipendiensystems vom Einfluss des Kulturministeriums • Akkreditierung der Universitäten und Hochschulen optimieren • Einführung internationaler Elemente in das Hochschulwesen <p>Kulturpolitik:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Aufstockung der Finanzmittel für Kultur auf bis zu ein Prozent des BIP bis 2014

	<ul style="list-style-type: none"> • Stärkung der Rolle von Bibliotheken, Förderung des Bibliotheksfonds (Förderung slowakischer Autoren und Verlage) • Förderung des Kulturtourismus, Werbung für die Slowakei im Ausland, Förderung von Kulturfestspielen • Krisenplan zur Erneuerung der Medien des öffentlichen Dienstes • Korrektur des Pressegesetzes
SNS	Wahlprogramm bis Redaktionsschluss nicht verfügbar
SMK - MKP	<p>Bildungspolitik:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Erziehung und Ausbildung in der eigenen Muttersprache vom Kindergarten bis zur Universität für die ungarische Minderheit sichern • Modernisierung des Unterrichtes der slowakischen Sprache • Aufbau einer institutionellen Basis für ein Fördersystem der ungarischen Schulen • Mehr Bildungsanreize im Gesetz zur lebenslangen Bildung schaffen <p>Kulturpolitik:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Tendenz zur Assimilation der Minderheiten stoppen: Verwendung von Minderheitensprachen und Minderheitenkulturen fördern • Vorbereitung eines neuen Gesetzes zur Finanzierung der Minderheitenkulturen
ĽS - HZDS	<p>Bildungspolitik:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Gutscheine für Eltern von Kindern in der ersten Klasse für den Kauf von Lehrmitteln einführen • Internate für Roma-Kinder • Einführung einer elfjährigen Schulpflicht • Förderung der Bildung von Kindern slowakischer Bürger im Ausland • Bessere Entlohnung der Lehrer • Finanzielle, rechtliche und unternehmerische Ausbildung von Schülern und Studenten • Steigerung des Niveaus an Hochschulen, neues Hochschulgesetz • Keine Gebühren an Schulen und Hochschulen <p>Kulturpolitik:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Schaffung eines neuen Konzepts zur Förderung der Musik, bessere Werbung für slowakische Musik • Errichtung eines Fonds zur systematischen Ergänzung von Sammlungen moderner Kunst in Galerien • Eintrittskarten von kulturellen Einrichtungen sollten bis zu einem festgelegten Maximalbetrag von der Steuer abgesetzt werden können • Einführung einer staatlichen Förderung zur Verbreitung slowakischer Literatur • Öffentlich-rechtlichen Institutionen ausreichende Mittel für Eigenproduktionen zur Verfügung stellen • Erhalt von Folklore und Volkstraditionen • Schutz und Förderung der slowakischen Sprache • Höhere finanzielle Förderung des Sports

	<ul style="list-style-type: none"> • Erhalt des derzeitigen Modells der Förderung und Finanzierung von Kirchen
KDH	<p>Bildungspolitik:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Gleichstellung der Finanzierung privater und kirchlicher Schulen mit staatlichen Schulen, auch hinsichtlich der Inanspruchnahme von Finanzhilfen seitens der EU • Schulen in „offene Schulen“ umwandeln, Förderung behindertengerechten Baus, bessere Qualität der Verpflegung in Schulkantinen • Öffnung des Schulbuchmarktes, Einführung elektronischer Schulnotenbücher • Bedingungen für eine bessere fremdsprachliche Ausbildung schaffen • Förderung der Einführung von Schulbussen • Erhöhung der Lehrergehälter auf ein Niveau über dem Durchschnittsgehalt innerhalb von vier Jahren • Motivationsförderung im Bildungsbereich durch Bildungssparbeitrag mit staatlicher Prämie nach Abschluss einer kompletten Bildungsstufe • Unbeschränkter drahtloser Zugang zum Hochgeschwindigkeitsinternet • Änderung der Akkreditierung und Bewertung von Hochschulen und Studenten • Durchsetzung einer Änderung des ungerechten Studiengebührensensystems bei externem Studium • Absetzbarkeit von Weiterbildungskosten natürlicher Personen bei der Steuerbemessungsgrundlage einführen <p>Kulturpolitik:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Schaffung eines gerechten und effizienten Modells von Stipendien/Zuwendungen • Tage mit freiem Eintritt in alle staatlichen Museen, Galerien und Kultureinrichtungen für Kinder unter 18 Jahren und Hochschulstudenten • Förderung mobiler Ausstellungen • Förderung der Publikation slowakischer Literatur aller Genres • Förderung der Erneuerung des historischen Erbes • Transparenteres Modell der Finanzierung und des Betriebs öffentlich-rechtlicher Medien • Verbesserung der Regulierung, neue Regeln für die Auswahl und Anzahl der Beiräte öffentlich-rechtlicher Medien • Sendungen, die nicht für Kinder unter 15 Jahren geeignet sind erst ab 20 Uhr zulassen • Förderung des Baus von Sportzentren und finanziell wenig anspruchsvoller Sportanlagen, von Sport- und Körperkulturvereinen sowie von Sportschulen • Aufstockung der Finanzierung des Berufs- und Amateursports sowie von Jugendaktivitäten
SaS	<p>Bildungspolitik:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Erweiterte Kompetenzen für Schulen in den Bereichen Bildungsmethodik, Inhalt und Leistungsstandards sowie bei der Schulbuchauswahl

	<ul style="list-style-type: none"> • Entscheidung über Gehälter ausschließlich bei den Trägern der Schulen • Einheitlicher staatlicher Zuschuss je Schüler und Schulart • Schulen sollen die Möglichkeit haben, Schulgeld zu erheben und völlige Freiheit beim Umgang mit Mitteln aus geschäftlicher Tätigkeit • Religionsunterricht als Wahlfach <p>Kulturpolitik:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Kulturministerium sollte lediglich Kompetenzen bei landesweiten Aktivitäten behalten, regionale Kultureinrichtungen sollten von Regionen getragen werden • Finanzierung kultureller Aktivitäten auch aus EU-Mitteln • Umwandlung der Künstlerfonds in Stiftungen mit Beiträgen der Künstler auf freiwilliger Basis anstelle der Finanzierung über die Künstlersteuer • Keine weitere Subventionierung wenig verbreiteter Sportarten • Aufstockung der Förderung von Sport bei Jugendlichen • Zwischen 2010 und 2015 sollen Subventionen für den Bau von 500 Mehrzweckspielplätzen im Wert von 18 Mill. Euro (jährlich 100 Spielplätze) gewährt werden • Trennung von Kirche und Staat
MOST-HÍD	<p>Bildungspolitik:</p> <ul style="list-style-type: none"> • engere Anbindung des Bildungssystems an den Arbeitsmarkt • Staatliche Unterstützung bei den Studiengebühren falls der/die Student/in nach Abschluss des Studiums in der Slowakei bleibt (Vermeidung von Abwanderung) • Wiedereinführung der Ausbildung von Roma-Beigeordneten an Schulen • Unterstützung von Schulen für Roma-Schüler • Verbesserter Slowakisch-Unterricht an Schulen ethnischer Minderheiten <p>Kulturpolitik:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Finanzierung kultureller Aktivitäten, um das Niveau der anderen Staaten der Visegrad-Gruppe (V4) zu erreichen • Eröffnung eines Büros zur Förderung der Kultur nationaler Minderheiten • Transparente Gewährung von Mitteln für kulturelle Aktivitäten von Minderheiten • Unterstützung der Identität von Minderheiten • Gesetzliche Regelung rechtlicher und finanzieller Beihilfen für die Kultur, Sprache und Ausbildung von Minderheiten

Quelle: Wahlprogramme der genannten Parteien

Tab. 5: Bildungs- und Kulturpolitik im Vergleich

5.4 Umwelt- und Energiepolitik

SMER-SD	<p>Umweltpolitik:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Verschiedene Umweltschutzmaßnahmen • Minimierung des negativen Einflusses der Industrieproduktion auf die Umwelt • Prüfung der Umweltbelastung von Produkten, Gebäuden und Anlagen (Einrichtungen) • Durchsetzung einer ökologischen Nutzung des Landes <p>Energiepolitik:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Festlegung von Mitteln für das Programm der Wärmedämmung und Bau von Mietshäusern und Mietwohnungen • Höhere Sicherheit bei der Energieversorgung • Senkung des Energieverbrauchs • Förderung höherer Effektivität bei Produktion und Transport von Energien • Unterstützung einer neuen energetischen Architektur ausgehend von der Energiepolitik der EU • Ausreichende Energieversorgung (Strom, Gas) zu angemessenen Preisen schaffen • Erweiterung der Kompetenzen des Staates bei der Kontrolle der regulierten Firmen im Energiebereich • Unterstützung von Konkurrenz auf dem Energiemarkt • Förderung des Aufbaus erneuerbarer Energiequellen
SDKÚ-DS	<p>Umweltpolitik:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Erneuerung des Ministeriums für Umwelt • Förderung erneuerbarer Energieträger • Neue Regeln im Bauverfahren • Erneuerung der Tatra, Stopp des Baus einer Ölpipeline über die Schüttinsel (Schutz des Trinkwassers) • Einführung klarer Regeln zum Naturschutz <p>Energiepolitik:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Förderung der Wärmedämmung von Häusern und Wohnungen • Schutz der Bürger vor Monopolen, Stärkung der Konkurrenz in den Netzbranchen • Transparente Umverteilung der Emissionsquoten • Rahmenbedingungen für mehr Konkurrenz im Energiehandel (Strom, Gas) schaffen • Stärkere Regulierung der Monopolanbieter bei der Versorgung mit Wasser, Gas und Strom: Focus auf Preispolitik und Qualität der Leistung für die Bürger • Strengere Sanktionen für schlechte oder langsame Leistung der genannten Monopolanbieter (z.B. späte Reparatur)
SNS	<p>Wahlprogramm bis Redaktionsschluss nicht verfügbar</p>
SMK-MKP	<p>Umweltpolitik:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Aufbau einer Infrastruktur zur Förderung des Umweltschutzes forcieren, vor allem in der Südslowakei

	<ul style="list-style-type: none"> • Schutz der Wasservorräte im Žitný ostrov durch Gewährleistung eines sicheren Betriebs der Erdölpipeline Družba und Adria • Kein Bau der Erdölpipeline Bratislava (Slovnaft) - Schwechat (Österreich) <p>Energiepolitik:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Rascher Anschluss der slowakischen Gas- und Erdölpipelines an die Systeme der Nachbarländer und Verbindung mit den europäischen Versorgungsleitungen (z.B. Nabucco). Keine weitere energetische Abhängigkeit akzeptieren • Förderung einer ökologischen Energieproduktion, die keinen Treibhauseffekt verursacht
LS-HZDS	<p>Umweltpolitik:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Erarbeitung von Maßnahmen im Landschaftsmanagement zum Hochwasserschutz und zur Vorbeugung von Naturkatastrophen • Beseitigung alter Umweltbelastungen • Effizientes System der Abfallwirtschaft • Umsetzung des Zonenprogramms im landesweiten System der Schutzgebiete und Bereinigung von Besitzverhältnissen in Schutzgebieten • Einsatz der Streitkräfte bei der Beseitigung von Folgen von Naturkatastrophen <p>Energiepolitik:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Steigerung des staatlichen Anteils an der Stromproduktion • Förderung nuklearer Energiewirtschaft • Reduktion der Abhängigkeit vom Energieimport, Förderung erneuerbarer Energieträger • Sicherstellung ausreichender Wasserressourcen (strategischer Rohstoff) • Förderung der Nutzung alternativer Energieträger, besonders hinsichtlich Biotechnologien, Geothermie und Wasserkraft
KDH	<p>Umweltpolitik:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Naturschutzmodell auf Basis der Achtung der Befugnisse der Eigentümer • Fertigstellung von Hochwasserschutzsystemen • Bereinigung des Besitzes in der vierten und fünften Stufe des Naturschutzes • Schutzgebiete auch von NGOs verwalten lassen • Gründung eines Umweltbodenfonds • Organisatorische Änderungen bei der Verwaltung staatlicher Forste, Ökologisierung der Forstproduktion, Erhalt der gemeinnützigen Funktion der Wälder • Reform der Organisationen im Bereich Wasserwirtschaft • Abschaffung der Gebühren für Regenwasser • Förderung der Materialverwertung in der Abfallwirtschaft • Strengere Einhaltung von Regeln im Bauverfahren und strengere Ahndung von Regelverstößen

	<p>Energiepolitik:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Förderung der Aussaat von Energiepflanzen im Rahmen alternativer Träger • Förderung der Nutzung von Erdgas im öffentlichen Verkehr
SaS	<p>Umweltpolitik:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Einführung eines zentralen Registers der territorialen Planungsdokumentation unter Aufsicht des Umweltministeriums • Einführung einer strafrechtlichen Haftung des Bauherrn beim Bau ohne Baugenehmigung sowie beim Anlegen illegaler Deponien • Das Netz NATURA und wasserwirtschaftlich bedeutsame Flächen als verpflichtende gemeinnützige Flächen klassifizieren • Änderung des Gesetzes zur Beurteilung der Umweltverträglichkeit, damit die Stellungnahme des Ministeriums bindend wird • Behandlung der Forstwirtschaftspläne als strategische Dokumente • Auflösung des Recycling-Fonds (zur Finanzierung des Recyclings von PET-Flaschen), Übertragung des Eigentums auf den Umweltfonds <p>Energiepolitik:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Anschluss an den österreichischen Erdgasknoten Baumgarten fertig stellen • Rascher Bau von Anbindungen an Gasleitungssysteme in Mitteleuropa
MOST-HÍD	<p>Umweltpolitik:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Abfallmanagement in verschiedenen Regionen der Slowakei • Entwicklung einer Strategie zum Umgang mit Biomüll • Kein Zusammenschluss des Umwelt- und des Landwirtschaftsministeriums • Umweltschutz optimieren um ein westeuropäisches Niveau zu erreichen • Transparente Vergabe von EU-Mitteln für Umweltbelange <p>Energiepolitik: k.A.</p>

Quelle: Wahlprogramme der genannten Parteien

Tab. 6: Umwelt- und Energiepolitik im Vergleich

5.5 Innen- und Justizpolitik

SMER-SD	<p>Justizpolitik:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Erhöhung der Effizienz von Gerichtsverfahren • Ausarbeitung eines neuen Zivilgesetzbuchs sowie eines neuen Handelsgesetzbuchs • Stärkerer Schutz von Immobilienbesitzern bei allen Arten der Eigentumsänderung
----------------	---

- Fortbestand des spezialisierten Straferichtes (Sondergericht für Korruption und organisiertes Verbrechen)
- Stärkung des Schiedsverfahrens
- Beteiligung der Opposition an den Kontrollgremien

Innenpolitik:

- Vermehrte Präventionsmaßnahmen zur Senkung der Straftätigkeit
- Höhere Polizeipräsenz auf den Straßen und in Problemregionen
- Korruptionsbekämpfung
- Attraktivität der Polizeiberufe durch spezielle Maßnahmen (z.B. Wohnungspolitik) steigern
- Technische Modernisierung der Polizei und der Feuerwehren
- Präventionsmaßnahmen zur Senkung der Zahl der Verkehrsunfälle

Staatlicher Verwaltungsapparat:

- Einführung einer zentralen Stelle für öffentliche Ausschreibungen
- Modernisierung der öffentlichen Verwaltung
- Qualitative Verbesserung des rechtlichen Rahmens für die öffentliche Verwaltung
- Vereinfachung und Verbesserung des Kontakts der Bürger mit den Behörden
- Einführung eines Systems zur strategischen Planung und Steuerung in der öffentlichen Verwaltung; Verknüpfung mit dem Finanzsystem
- Konsequente Reduktion der Anzahl der Ministerien, Abschaffung spezieller Staatsverwaltung auf Landesebene, Forcierung der Integration der zersplitterten lokalen Staatsverwaltung
- Einführung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien

SDKÚ-DS

Justizpolitik:

- Bekämpfung der Korruption, verpflichtende Veröffentlichung von Verträgen und Subventionen der öffentlichen Verwaltung im Internet
- Verpflichtendes elektronisches öffentliches Ausschreibungswesen
- Verpflichtende Veröffentlichung gerichtlicher Entscheidungen im Internet, gerichtliche Register online, Überwachung der Gerichte durch Bürger
- Förderung der Gründung eines Obersten Verwaltungsgerichts (Umbau des Obersten Gerichts), Änderung der Wahlregeln für Richter des Verfassungsgerichtes
- Erhöhter Schutz von Eigentumsrechten
- Aufhebung strittiger Bestimmungen zur Enteignung im öffentlichen Interesse
- Erweiterte Rechtshilfe für Bedürftige
- Vereinheitlichung der Wahlgesetzgebung
- Einschränkung der Abgeordnetenimmunität, konkrete und wahre Besitzerklärungen von Politikern

	<p>Innenpolitik:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Mehr Sicherheit für die Bürger • Installation von Kamerasystemen zur Bekämpfung von Kriminalität • Gemeinsames Vorgehen von Polizei und Armee wo es möglich und erforderlich ist • Erhöhte Polizeipräsenz in Problemgebieten • Alternative Strafmodelle • Unabhängigere Polizeiinspektionen • Unabhängige Instanz zur Beurteilung der Beschwerden/Klagen gegen Polizisten • Maßnahmen gegen Korruption in der Polizei • Keine Barzahlung bei Geldstrafen <p>Staatlicher Verwaltungsapparat:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Staatsverwaltung effizienter gestalten, auch auf zentraler Ebene • Einführung E-Government mit Einsparungen für die Bürger von bis zu 50 Prozent im Vergleich zum bisherigen Verfahren • Informationen sollten nur einmal von den Bürgern angegeben werden und nicht mehrmals von unterschiedlichen Behörden angefragt werden. • Vorbereitung der Kommunalreform • Vorbereitung elektronischer Wahlen
SNS	Wahlprogramm bis Redaktionsschluss nicht verfügbar
SMK - MKP	<p>Justizpolitik:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Veröffentlichung von Gerichtsurteilen im Internet inkl. Dokumentation des Gerichtsverfahrens • Förderung der gesellschaftlichen Kontrolle von Gerichten • Höhere Beteiligung der Öffentlichkeit an der Wahl der Richter <p>Innenpolitik:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Bekämpfung der Korruption/Vetternwirtschaft • Mehr Transparenz bei öffentlichen Anschaffungen • Transparenz bei den Sicherheitskräften • Freundlichkeit als Prinzip bei der Polizei verankern • Förderung der Zusammenarbeit der Polizei mit den Selbstverwaltungen <p>Staatlicher Verwaltungsapparat:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Abbau von Bürokratie • Gewährleistung des freien Gebrauchs der Muttersprache, vor allem dort, wo Bürger/innen mit Behörden in Kontakt kommen • Förderung E-Government
LS - HZDS	<p>Justizpolitik:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Abschaffung von Verzögerungen im Gerichtsverfahren, Einführung eines Richterbewertungssystems • Unterstützung einer grundsätzlichen Spezialisierung von Richtern • Förderung der elektronischen Datenverarbeitung im Gerichtswesen

- Gründung neuer Filialen der Rechtsbeihilfezentren
- Verkürzung von Fristen bei bestimmten Rechtsstreitigkeiten
- Verbesserung des Rechtsbewusstseins der Bürger durch engere Zusammenarbeit mit der Anwaltskammer, mit Behörden der Staatsverwaltung und der Selbstverwaltung
- Harmonisierung der Wahlgesetzgebung

Innenpolitik:

- Steigerung der Aufklärungsrate von Straftaten, verbesserte Entlohnung der Polizeibeamten, verbesserte Leitung der Polizei
- Präzises Sanktionssystem bei Verkehrsdelikten
- Kompromissloses Vorgehen bei Straftaten im Geschäftsleben, Drogenverstößen, Gewalt gegen Frauen u.ä.
- Gesetzesverstöße in Roma-Siedlungen strikt ahnden, aber auch hartes Vorgehen gegen Extremisten und das Schüren von Rassenhass
- Steigerung der Anzahl Feuerwehrleute und Förderung der Feuerwehr
- Schaffung einer einheitlichen Steuerung des Sicherheitssystems der Slowakischen Republik für alle Krisensituationen

Staatlicher Verwaltungsapparat:

- Aufhebung der Bezirksämter mit spezialisierter lokaler Staatsverwaltung und Einführung von Bezirksämtern der allgemeinen Staatsverwaltung
- Übertragung bestimmter staatlicher Kompetenzen an regionale Selbstverwaltungsinstanzen
- Reduktion der Beamten auf zentraler Ebene um zehn Prozent
- Elektronischen Datenverarbeitung in der öffentlichen Verwaltung und Vernetzung der Behörden
- Reduktion des Nationalrats auf 100 Mitglieder; Gründung einer zweiten Parlamentskammer (Senat) mit 30 Sitzen

KDH

Justizpolitik:

- Staatliche Anklageorgane in das Justizressort integrieren
- Verabschiedung eines Verfassungsgesetzes zur Stabilität des spezialisierten Strafgerichtes und der Behörde der spezialisierten Staatsanwaltschaft
- Durchsetzung der Strafverantwortung von juristischen Personen
- Verschärfung des geltenden Gesetzes zum Nachweis des Besitzursprungs
- Regelung der zulässigen Anzahl öffentlicher Funktionen einer Person in der Verfassung (ein Mandat istausreichend)
- Wahl eines Teils des Justizrats durch Bürger per Direktwahl
- Verpflichtende Veröffentlichung von Eigentumserklärungen im Internet auch für Staatsanwälte

	<ul style="list-style-type: none"> • Verabschiedung eines Wahlkodex und Regelung einzelner Wahlen in einem einzigen Gesetz • Schärfere Regeln für Glücksspiele • Sicherheitsüberprüfung aller Richter • Ausschreibung von Staatsanwaltsposten und Amtszeiten für leitende Staatsanwälte • Aufstockung der fachlichen Gerichtsverwaltung und Fortsetzung des Projektes Gerichtsmanagement <p>Innenpolitik:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Steigerung der Anzahl der Polizisten im Streifendienst, strengere Personalauswahl • Kampf gegen Drogen • Ausweitung der Kameraüberwachungssysteme • Gründung eines Koordinierungszentrums für den Kampf gegen Kriminalität und Terror • Öffnung der Notarenkammer und Aufhebung des Numerus clausus • Beschleunigter Aufbau der Haftanstalt für psychisch kranke Täter • Strenge Asylpolitik • Verbesserung des Krisenmanagements • Keine Toleranz gegenüber Korruption <p>Staatlicher Verwaltungsapparat:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Verpflichtende elektronische Ausschreibungen und ein Zentralregister öffentlicher Ausschreibungen • Reform der öffentlichen Verwaltung und der Entlohnung von Staatsangestellten
<p>SaS</p>	<p>Justizpolitik:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Nur noch ein Wahlgesetz • Einschränkung der Abgeordnetenimmunität • Senkung der Anzahl der Abgeordneten im Nationalrat auf 100 • Wahlbezirke umdefinieren • Aufhebung des Gesetzes zum Nachweis des Besitzsprungs für juristische Personen • Erweiterung des Personenkreises der zur Abgabe einer Besitzerklärung verpflichtet ist um alle leitenden Mitarbeiter • Änderung des Strafgesetzbuchs • Aufhebung der reduzierten Auskunftspflicht • Verpflichtung öffentlicher Organisationen, alle gültigen Handelsverträge zu veröffentlichen • Verabschiedung eines Gesetzes zur Zuteilung öffentlicher Gelder mit Einführung eines einheitlichen, übersichtlichen Zuteilungssystems auf Staats- sowie Selbstverwaltungsebene • Legalisierung des Besitzes von Marihuana für den Eigengebrauch bis zu einer bestimmten Obergrenze • Gliederung des Gerichtswesens in drei Bereiche: zivil - geschäftlich, verwaltungstechnisch, strafrechtlich • Einführung einer Mindestanzahl von Richtern pro Gericht (15) • Richter auf acht Jahre statt lebenslang ernennen • Richterzuteilung ausschließlich elektronisch durch Zufallsgenerator

- Einführung einer 30-tägigen Frist für Entscheidungen des Verfassungsgerichtes über Annahme, Ablehnung oder Ergänzung einer Beschwerde
- Verabschiedung eines Verfassungsgesetzes, wonach jegliche Erweiterung der EU-Kompetenzen eine Genehmigung durch den Nationalrat der Slowakischen Republik erforderlich macht
- Nur das notwendige Minimum der europäischen Gesetzgebung übernehmen

Innenpolitik:

- Einführung eines neuen Internetsystems für den Kampf gegen Korruption

Staatlicher Verwaltungsapparat:

- Zentrales Amtsblatt im Internet starten
- Einführung obligatorischer öffentlicher Versteigerungen
- Verbot der Erhebung unangemessener Zinsen, Gebühren und anderer sanktionsbezogener Leistungen durch Behörden der öffentlichen Verwaltung
- Verpflichtung öffentlicher Organisationen, im elektronischen Amtsblatt für öffentliche Ausschreibungen alle Ausschreibungen zu veröffentlichen.
- Einführung einer ausschließlich bargeldlosen Erhebung von Strafen
- Änderung der Struktur des Ausschusses des Nationalrates zur Inkompatibilität von Funktionen

MOST-HÍD

Justizpolitik:

- Neue Regelung des Zeugenstandes in Korruptionsfällen
- Beschleunigung der Gerichtsverfahren
- Veröffentlichung und Harmonisierung richterlicher Entscheidungen

Innenpolitik:

- Weitere Dezentralisierung der öffentlichen Verwaltung und der Verwaltung der Finanzen
- Beseitigung der Korruption bei öffentlichen Aufträgen
- Einführung von Maßnahmen zur Vermeidung von Korruption bei der Polizei (inkl. Verkehrspolizei)
- Einführung effektiver Kontrollen des Vermögenszuwachses von Politikern und Beamten
- Einführung einer zentralen Institution zur Kontrolle der Geheimdienste
- Einführung eines Systems regionaler Polizeibüros

Staatlicher Verwaltungsapparat:

- Einführung eines zentralen elektronischen Beschaffungssystems ohne die Möglichkeit, Verträge geheim zu halten
- Weitere Dezentralisierung der öffentlichen Verwaltung
- Eine einheitliche, zentrale Behörde für alle Dokumente
- Begrenzung direkter Kontakte mit Beamten durch Einführung elektronischer Verfahren (Anti-Korruptions-Effekte)

- Kürzere Fristen für offizielle Entscheidungen

Quelle: Wahlprogramme der genannten Parteien

Tab. 7: Innen- und Justizpolitik im Vergleich

5.6 Außen-, Verteidigungs- und Europapolitik

SMER-SD	<p>Außenpolitik:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Aktive Beteiligung an der Transformation der NATO • Unterstützung der internationalen Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Drogendelikten und des organisierten Verbrechens • Aufnahme von Beziehungen mit demokratischen Drittstaaten • Aktive Teilnahme an der Zusammenarbeit der V4 • Souveräne Außenpolitik weltweit, nicht nur gegenüber ausgewählten Regionen <p>Europapolitik:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Aktive Implementierung des Vertrags von Lissabon • Aktive Beteiligung der Slowakischen Republik an der Politikbildung innerhalb der EU: • Behebung wirtschaftlicher Strukturmängel in der EU (Ziel: stabile Finanzsysteme, angemessene Regulierung des Finanz- und Wirtschaftssektors) • Technologische und wissenschaftliche Modernisierung der Slowakei und der EU • Vorbereitung des neuen Finanzrahmens der EU für die Jahre 2014 bis 2020 • Mehr Bürgernähe der EU • Aufnahme bilateraler Beziehungen mit EU-Mitgliedsstaaten <p>Verteidigungspolitik: k.A.</p>
SDKÚ-DS	<p>Außenpolitik:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Gute und friedliche Beziehungen mit den Nachbarländern • Stärkere Vertretung wirtschaftlicher Interessen der Slowakei im Ausland <p>Europapolitik:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Erhöhung des Einflusses der Slowakei auf die Entscheidungen in der EU • Unterstützung der Integration der Ukraine und Südosteuropas in die EU <p>Verteidigungspolitik: k.A.</p>
SNS	Wahlprogramm bis Redaktionsschluss nicht verfügbar
SMK-MKP	<p>Außenpolitik:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Förderung guter Beziehungen zu Ungarn

- Modernisierung und Ergänzung des Grundvertrags zwischen Ungarn und der Slowakei: Hinzufügen der inzwischen verabschiedeten neuen internationalen Dokumente
- Förderung von Entwicklungsländern gemäß den wirtschaftlichen Möglichkeiten der Slowakei

Europapolitik:

- Unterstützung eines möglichst raschen EU-Beitritts Kroatiens
- Unterstützung der Staaten des westlichen Balkans, damit auch diese bald EU-Mitglieder werden können
- Förderung von Zusammenarbeit zwischen slowakischen und ungarischen Gemeinde- und regionalen Selbstverwaltungen und europäischen Vereinen

Verteidigungspolitik:

- Befürwortung des langfristigen Struktur- und Entwicklungsplans der Abwehrkräfte der Slowakischen Republik wie im Model 2015 definiert
- Konzentration auf die Ausbildung professioneller Soldaten die auch im Ausland eingesetzt werden können

LS-HZDS

Außenpolitik:

- Aktive Integration der Slowakischen Republik in internationale Verteidigungsstrukturen
- Außenpolitischen Orientierung des Landes an EU und NATO
- Interesse an weiterführender Kooperation im Rahmen nachbarschaftlicher Beziehungen in der Region
- Steigerung der Mittel für Entwicklungshilfe; Steigerung der Fürsorge für Slowaken im Ausland
- Ablehnung der Aktivitäten des Forums der Abgeordneten des Karpatenbeckens und der Revision von Trianon
- Stärkung der ökonomischen Dimension innerhalb der slowakischen Diplomatie
- Effizientere Präsentation der Slowakischen Republik als touristisches Ziel im Ausland

Europapolitik:

- Unterstützung der Integration der Länder des westlichen Balkans
- Pflege der Beziehungen zu Russland und der Ukraine – mit Fokus auf Energiewirtschaft und Rohstofflieferungen

Verteidigungspolitik:

- Durchsetzung angemessener ökonomischer Rahmenbedingungen für eine grundlegende Umstrukturierung der Streitkräfte
- Soziale Absicherung von Angehörigen der Streitkräfte einschließlich der Rentner

KDH	<p>Außenpolitik:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Slowakei als verlässliches Mitglied von EU und NATO • Gleichgewicht zwischen Erhalt der Identität und Souveränität und notwendiger Anpassung an Globalisierungstendenzen • Gute Beziehungen zur Russischen Föderation • Keine Änderung des Standpunkts zum Kosovo • Wirtschaftliche, wissenschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit mit hoch entwickelten Staaten der EU, den USA, Japan, aber auch China, Indien u.a. • Effizientere Arbeit der V4 sowie Nutzung der Kooperation im Rahmen der Regionalen Partnerschaft (V4 + Österreich + Slowenien) <p>Europapolitik</p> <ul style="list-style-type: none"> • Unterstützung Kroatiens und weiterer Länder des westlichen Balkans bei der Integration in die EU • Privilegierte Partnerschaft EU-Türkei • Förderung der Zusammenarbeit im Rahmen der östlichen Partnerschaft und Einsatz für eine konkrete Integrationsperspektive der Ukraine • Bemühung um eine symbolische Aussöhnung zwischen der Slowakischen Republik und Ungarn <p>Verteidigungspolitik:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Effizienter Kampf gegen Terror und organisiertes Verbrechen • Bessere Bedingungen für die Tätigkeit des militärischen Nachrichtendienstes • Auflösung des Truppenübungsgebiets Javorina
SaS	<p>Außenpolitik:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Unterstützung einer NATO-Erweiterung um Länder, welche strenge Kriterien erfüllen • Änderung der Haltung zu Ländern mit diktatorischen Regimes (China, Kuba,...) • Entpolitisierung strittiger Fragen im Verhältnis zu Ungarn • Stärkung der Handlungsfähigkeit der V4 • Stärkung der Position der Slowakischen Republik in der Diskussion zur Stärkung der Ostpartnerschaft • Unterstützung des Gesuchs der Ukraine zur Ausgabe kostenloser Schengenvisa und Vereinfachung der Migrationspolitik <p>Europapolitik:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Unterstützung der EU-Mitgliedschaft Kroatiens • Unterstützung der Integration der Türkei in europäische Strukturen, jedoch nur als besonderes, assoziiertes Mitglied • Revision der Operationsprogramme im Rahmen der EU-Fonds <p>Verteidigungspolitik:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Weitere Transformation der Streitkräfte der Slowakischen Republik in mobile Kräfte

MOST-HÍD	<p>Außenpolitik:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Einrichtung eines ungarisch-slowakischen Fonds für gegenseitiges Verständnis, Finanzierung durch Ungarn und die Slowakei • Einrichtung eines ungarisch-slowakischen Portals für kulturelle Informationen • Förderung grenzüberschreitender Projekte der Zusammenarbeit (in Kultur, Wissenschaft und Kunst) <p>Europapolitik:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Verbesserte Leistungsfähigkeit europäischer Fonds und Elimination von Klientelismus <p>Verteidigungspolitik: k.A.</p>
-----------------	--

Quelle: Wahlprogramme der genannten Parteien

Tab. 8: Außen-, Verteidigungs- und Europapolitik im Vergleich

6 ENTWICKLUNG DER WAHLPRAEFERENZEN

Umfragewerte von Juni 2009 bis Mai 2010												
Monat	Jun 2009	Jul 2009 ^{*)}	Aug 2009	Sep 2009	Okt 2009	Nov 2009	Dez 2009	Januar 2009	Februar 2010	März 2010	April 2010	Mai 2010
SMER-SD	40,4	-	38,5	35,3	37,4	35,9	37,9	41,4	38,6	38,4	36,8	.
SDKÚ-DS	15,8	-	14,3	13,4	14,4	12,4	11,5	15,2	11,3	14,3	13,4	.
SNS	9,0	-	8,5	8,6	5,5	9,0	8,4	6,2	6,2	6,3	8,6	.
SMK-MKP	8,6	-	6,3	6,2	5,1	6,2	5,6	5,2	5,1	5,2	5,1	.
ĽS-HZDS	5,3	-	6,8	6,1	6,9	7,0	7,0	6,5	5,8	5,4	5,4	.
KDH	8,3	-	9,9	11,2	10,1	10,2	11,0	9,0	9,6	9,7	8,6	.
SaS	2,5	-	3,4	3,2	4,4	3,6	5,3	5,1	9,6	8,6	11,5	.
MOST-HÍD	-	-	5,2	5,8	5,8	6,7	5,7	5,2	5,6	6,9	5,1	.

^{*)} Im Juli 2009 wurde von Focus keine Erhebung durchgeführt
 Alle Angaben in Prozent
 Quelle: Focus Meinungsforschungsinstitut: <http://focus-research.sk>

7 DER WAHLKAMPF 2010

Der offizielle Wahlkampf vor den slowakischen Parlamentswahlen kann laut Gesetz 21 Tage vor dem Wahltag am 12. Juni 2010 beginnen. In der Praxis hat dies jedoch lediglich Auswirkungen auf die Wahlkampfspots in Radio und Fernsehen. Inoffiziell begann der Wahlkampf bereits vor Ende des Redaktionsschlusses des Wahlhandbuchs am 7. Mai mit der Plakatierung von Großflächenplakaten. Einige Beispiele der eingesetzten Plakate befinden sich in Anhang E.

Plakatiert wurden vor allem die Spitzenkandidaten von SMER-SD, Robert Fico und SDKÚ-DS, Iveta Radičová. Insbesondere für die SDKÚ-DS war dies wichtig, da sich die Partei erst im Februar 2010 für Iveta Radičová als Spitzenkandidatin entschieden hatte. Sie setzte sich bei der parteiinternen Wahl gegen Ivan Mikloš durch, nachdem Mikuláš Dzurinda seinen Rücktritt als Spitzenkandidat bekannt gegeben hatte.

Auffallend war der frühe Wahlkampfstart bei der außerparlamentarischen Partei der demokratischen Linken, SDL, in Form von Großflächenplakaten und Informationszeitungen. Von den weiteren, nicht im Parlament vertretenen Parteien, die sich um die Gunst der Wähler in den kommenden Parlamentswahlen bewerben, waren noch die Plakate von MOST-HÍD und Unia zu sehen. Auch die im Nationalrat und in der Regierung vertretene SNS von Ján Slota begann in den letzten Tagen ihren Wahlkampf. Eines der Wahlplakate der SNS, auf dem ein junger tätowierter Roma mit einer Goldkette um den Hals mit dem Untertitel "Damit wir nicht die füttern, die nicht arbeiten wollen," abgebildet ist, sorgte dabei für Schock und Entsetzen. Die Plakate wurden mittlerweile von einer der Agenturen, die die Flächen zur Verfügung gestellt hatte, auf eigene Kosten überklebt. Ob die weiteren Agenturen ähnlich agieren werden ist unklar. Zudem verkündete Ján Slota am 1. Mai im Hinblick auf eine für den 22. Mai geplante Homosexuellenparade: „Ich bin tief überzeugt, dass Homosexuelle krank sind“ sowie: „Ich werde persönlich kommen, um sie anzuspucken“.

Erst relativ spät – Ende April – hat die SMK I ihr Wahlprogramm der Öffentlichkeit vorgestellt. Mit Verweis auf die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen plant die SMK auch ihre Plakatwerbung erst für die kommenden Wochen. Eventuell dürften die Ankündigungen von SMK und MOST- HÍD, einen Teil ihrer Plakate nur auf Ungarisch zu drucken und aufzustellen, zu Problemen und Streitigkeiten führen.

Alle relevanten Parteien konzentrieren sich vor den Wahlen auf den persönlichen Kontakt der Parteiführung mit den Bürgern und planen, die ganze Slowakei zu bereisen. Unterschiede finden sich bei den von den Parteien eingesetzten Methoden: Die stärkste Partei SMER-SD konzentriert sich auf Wahlkampfveranstaltungen mit den wichtigsten Vertretern der Partei, die von Humoristen und Sängern unterstützt werden, wobei das Publikum die Veranstaltungen möglicherweise vor allem wegen des unpolitischen Teils des Programms besucht. Ähnlich wie Spitzenkandidaten in anderen Ländern, die das Amt des Regierungschefs inne haben, möchte auch Robert Fico seinen Amtsbonus nutzen und, wenn möglich, neue Autobahnteilstücke noch kurz vor den Wahlen freigeben. Wesentlich reservierter verhält sich Fico bei Fernsehdiskussionen. Hier zeigt er sich restriktiver als seine Kollegen im Ausland und nimmt an keiner Diskussion teil, wenn zugleich auch Vertreter der Opposition mit am Tisch sitzen.

Die stärkste Oppositionspartei SDKÚ-DS startete ihren Wahlkampf offiziell Mitte April in der ostslowakischen Metropole Košice und plant nun, in den verbleibenden Wochen das ganze Land zu bereisen.

Unter dem Motto „Wir sind auf dem Weg zu Ihnen“ organisiert die KDH öffentliche Treffen des Parteivorsitzenden Ján Figel' und der Kandidaten mit Bürgern in verschiedenen Städten der Slowakei. Eine unkonventionelle Form des Wahlkampfes wählte der stellvertretende KDH-Vorsitzende Daniel Lipšic, der die Wähler in ihren Wohnzimmern besucht (Interessenten können sich über Facebook melden). Die erste Resonanz auf diese in der Slowakei neue Form des Wahlkampfes ist sehr positiv.

Von den nicht im Parlament vertretenen Parteien startete auch die SaS inzwischen ihre Rundreise mit einem grünen Bus durch die Slowakei. Da diese Partei vor allem jüngere Wähler mit höherer Ausbildung anspricht, startete sie auch einen massiven Wahlkampf im Internet. In Umfragen ist es der SaS gelungen, die dritthöchste Unterstützung hinter SMER-SD und SDKÚ-DS zu gewinnen. Da jedoch nach bisherigen Erfahrungen die Wahlbeteiligung von Erst- und Jungwählern nicht besonders ausgeprägt ist, ist davon auszugehen, dass es der SaS nicht gelingen wird, die hohe Unterstützung aus den Umfragen auf das tatsächliche Wahlergebnis zu übertragen.

Die elektronischen als auch die Printmedien veranstalten zunehmend Diskussionsrunden mit Politikern, in denen z.B. die Ergebnisse der Legislaturperiode 2006 bis 2010 analysiert und diskutiert werden.

Der Wahlkampf kann bisher als sehr ruhig, ja fade charakterisiert werden. Auf der anderen Seite wird, wie oben beschrieben, die wirklich heiße Phase der Kampagnen erst in den kommenden Wochen beginnen.

Die am 29. April veröffentlichte, aktuellste Umfrage der Agentur MVK prophezeit eine absolute Pattsituation mit 75 Mandaten für die Regierungskoalition SMER-SD, SNS und ĽS-HZDS und 75 Mandaten für SDKÚ-DS, KDH, SMK, MOST-HÍD und SaS. Dies bedeutet zunächst einmal, dass das zersplitterte Mitte-Rechts Spektrum durchaus eine Chance hat, eine Mehrheit für eine Mehrparteienregierung zu erreichen, vorausgesetzt alle diese Parteien ziehen ins Parlament ein. Premierminister Robert Fico sieht das offensichtlich ähnlich, denn er widmete - zusammen mit weiteren Regierungsmitgliedern und zugleich hochrangigen Vertretern von SMER-SD - eine im Regierungspräsidium einberufene Pressekonferenz der Warnung der Öffentlichkeit vor einem aus den fünf Parteien SDKÚ-DS, KDH, SaS, SMK-MKP und MOST-HÍD zusammengesetztem „Flickwerk“ und den Folgen einer solchen Regierung. Dennoch sind Zweifel angebracht, ob alle diese Parteien die Fünf-Prozent-Hürde überspringen werden, z.B. bei MOST- HÍD. Gleiches gilt jedoch auch für zwei Parteien des bisherigen Regierungslagers, nämlich für SNS und ĽS-HZDS. Auch diese Parteien schwanken nach den Umfragen um die fünf Prozent.

Fallen im Mitte-Rechts Lager ein oder gar zwei Parteien unter die Fünf-Prozent-Hürde wird die stärkste Partei, dies wird zweifelsfrei SMER-SD sein, wahrscheinlich zunächst versuchen, eine Koalition ohne den Nationalisten Slota und die SNS zu bilden. Die Frage in diesem Fall wird sein, wem Robert Fico den Vorzug geben wird: Ján Figel' von der KDH und/oder gar der SMK? Unwahrscheinlich ist das nicht, so pfeifen es die Spatzen in Bratislava von den Dächern, dass Fico die diversen Korruptionsskandale rund um Slota und Mečiar inzwischen leid ist. Und falls KDH und/oder SMK nicht wollen, würde Fico ohne Zweifel noch einmal in den inzwischen ziemlich sauren Apfel SNS und ĽS-HZDS beißen – rein aus Verantwortung für das Land natürlich.

ANHANG A: ERGEBNISSE DER WAHLEN ZUM NATIONALRAT SEIT 1994

Wahlergebnisse der vorgestellten Parteien

	1994		1998		2002		2006	
	Stimmen in %	Sitze						
SMER-SD					13,5	25	29,1	50
SDKÚ-DS					15,1	28	18,4	31
SNS	5,4	9	9,1	14	3,7	-	11,7	20
SMK-MKP	10,2	17	9,1	15	11,2	20	11,7	20
L'S-HZDS	34,9	61	27,0	43	19,5	36	8,8	15
KDH	10,1	17	*)		8,3	15	8,3	14

*) KDH als Teil der Wahlkoalition Slovenská demokratická koalícia
Quelle: Statistical Office of the Slovak Republic (2010)

Tab. 9: Ergebnisse der Wahlen zum Nationalrat seit 1994

ANHANG B: REGIERUNGEN DER SLOWAKEI SEIT 1993

PREMIER	PARTEI	AMTSZEIT	REGIERUNG	MANDATE	%
Vladimír Mečiar	HZDS	01.01.1993 ^{*)} – 15.03.1994	HZDS, SNS	89	59,3
Jozef Moravčík	DÚ	15.03.1994 – 13.12.1994	DÚ, KDH, SDĽ	83	
Vladimír Mečiar	HZDS	13.12.1994 – 30.10.1998	HZDS, SNS, ZRS	83	55,3
Mikuláš Dzurinda	SDK	30.10.1998 – 15.10.2002	SDK, SDĽ, SMK- MKP, SOP	93	62,0
Mikuláš Dzurinda	SDKÚ	16.10.2002 - 04.07.2006	SDKÚ, SMK-MKP, KDH, ANO	78	52,0
Robert Fico	SMER-SD	04.07.2006 –	SMER-SD, ĽS- HZDS, SNS	85	56,7

^{*)} seit 24.06.1992 im Amt. Seit 01.01.1993 Ministerpräsident der Slowakei
Quelle: Kipke 2010, 327

ANHANG C: ZUR WAHL ZUGELASSENE PARTEIEN

Am 12. Juni 2010 werden die Kandidatenlisten der nachfolgend aufgeführten Parteien unter den folgenden Nummern zur Wahl stehen:

Nummer	Abkürzung	Parteibezeichnung
1		Európska demokratická strana Europäische demokratische Partei
2		Unia - Strana pre Slovensko Union – Partei für die Slowakei
3		Strana rómskej koalície Partei der Romakoalition
4		Paliho Kapurková, veselá politická strana Lustige politische Partei
5	SaS	Sloboda a Solidarita Freiheit und Solidarität
6	SDĽ	Strana demokratickej ľavice Partei der demokratischen Linken
7	SMK-MKP	Strana maďarskej koalície - <i>Magyar Koalíció Pártja</i> Partei der ungarischen Koalition
8	ĽS-HZDS	Ľudová strana – Hnutie za demokratické Slovensko Volkspartei – Bewegung für eine demokratische Slowakei
9	KSS	Komunistická strana Slovenska Kommunistische Partei der Slowakei
10	SNS	Slovenská národná strana Slowakische Nationalpartei
11		Nová demokracia Neue Demokratie
12	ZRS	Združenie robotníkov Slovenska Vereinigung der Arbeiter der Slowakei
13	KDH	Kresťanskodemokratické hnutie Christlich-demokratische Bewegung
14		Ľudová strana – Naše Slovensko Volkspartei – Unsere Slowakei
15	SDKÚ-DS	Slovenská demokratická a kresťanská únia – Demokratická strana Slowakische demokratische und christliche Union – Demokratische Partei
16	AZEN	Aliancia za Európu národov Allianz für Europa der Nationen
17	SMER-SD	SMER – Sociálna Demokracia SMER - Sozialdemokratie
18		MOST-HÍD Brücke

Quelle: http://www.minv.sk/?nr10_kandidati0

ANHANG D: MUSTER EINES WAHLZETTELS

Jeder Wahlzettel (hlasovací lístok) enthält den ungekürzten Namen der Partei, bzw. der politischen Bewegung oder der Koalition von Parteien sowie die Wahlnummer derselben zusammen mit dem Satz: Kandidaten für die Wahlen zum Nationalrat der Slowakischen Republik am 12. Juni 2010. Darauf folgen die maximal 150 Kandidaten/innen in der Reihenfolge ihres Listenplatzes sowie das Siegel der Zentralen Wahlkommission:

1. Vorname, Name, akademischer Grad, Alter, Beruf, ständiger Wohnsitz (nur der Name der Gemeinde).

...

VZOR

HLASOVACÍ LÍSTOK

.....
(Neskrátený názov politickej strany, politického hnutia alebo koalície
politických strán a politických hnutí)
.....

Kandidáti pre voľby do Národnej rady Slovenskej republiky 12. júna 2010

1. Meno, priezvisko, akademický titul, vek, zamestnanie, obec trvalého pobytu

.

.

.

.

.

.

.

.

.

.

.

.

.

.

.

.

.

.

.

.

.

150.

Odtlačok pečiatky
Ústrednej volebnej komisie

Abb. 3: Muster eines Wahlzettels der Wahlen zum Nationalrat

ANHANG E: IMPRESSIONEN AUS DEM WAHLKAMPF 2010



Plakat von SMER-SD: Für die Menschen, für die Slowakei



Plakat von SMER-SD: Stabile Energiepreise. Für die Menschen, für die Slowakei



Plakat von SDKÚ-DS: Wie wollen wir Leben? Mit den Menschen und für die Menschen, Lösungen für die mittlere Schicht



Plakat von SDKÚ-DS: Wie wollen wir Leben? Mit Arbeit. Lösungen für die mittlere Schicht



Plakat von SNS: Damit wir die nicht füttern, die nicht arbeiten wollen



Plakat von ĽS-HZDS: Wahrheit sagen, Arbeit geben, Ordnung machen. Ich wähle die Nummer 8



Plakat von ĽS-HZDS: Auch die Jungen wählen ĽS-HZDS. Ich wähle die Nummer 8



Táto vláda zakrýva korupciu
Sme cesta k čistote
verejného života

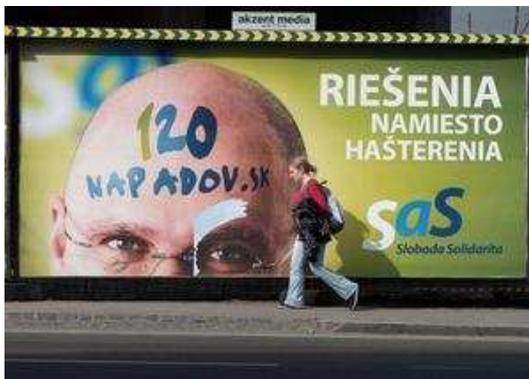
WWW.KDH.SK



Plakat von KDH: Diese Regierung vertuscht die Korruption. Wir sind der Weg zu sauberem öffentlichem Leben



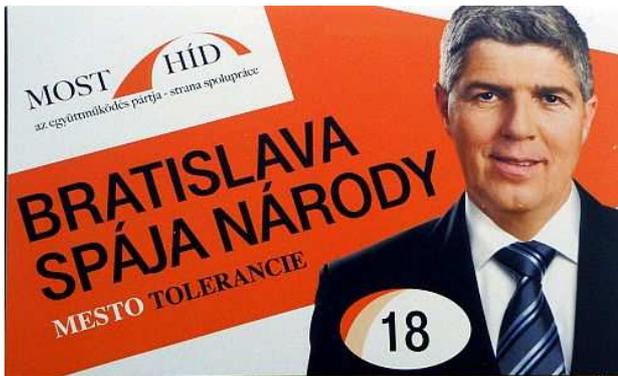
Wir sind der Weg zum Patriotismus ohne Hass



Plakat von SaS: Lösungen statt Streitereien, 120 Einfälle



Plakat von SaS: Die künftigen Generationen wählen SaS. Sie entscheiden über die Zukunft ihrer Kinder am 12. Juni



Plakat von MOST-HÍD: Partei der Zusammenarbeit. Bratislava verbindet die Nationen. Die Stadt der Toleranz



Plakat von MOST-HÍD: Partei der Zusammenarbeit. Wir haben eine Wahlmöglichkeit

LITERATUR/WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN

- Constitution of the Slovak Republic (2010): Constitution of the Slovak Republic. [Verfassung der Slowakischen Republik]. Online im Internet unter: <http://www.nrsr.sk/Static/de-DE/NRSR/Dokumenty/verfassung.doc>.
- Debrecéniová, Janka/Petőcz, Kálmán (2009): Protection and Implementation of Human and Minority Rights: Problems and Challenges. In: Bútora, Martin/Mesežnikov, Grigorij/Kollár, Miroslav (Hrsg.): Trends in Quality of Democracy. Slovakia 2008. Bratislava: IVO, S. 47-62.
- Eurobarometer (2009): Table of Results. Standard Eurobarometer 72. Online im Internet unter: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb72/eb72_anx_en.pdf.
- Europäische Kommission (1997): Agenda 2000 – Commission. Opinion on Slovakia's Application for Membership of the European Union. Online im Internet unter: http://ec.europa.eu/enlargement/archives/pdf/dwn/opinions/slovakia/skop_en.pdf.
- Fehndrich, Martin/Cantow, Matthias (2008): D'Hondt. Das Divisorverfahren mit Ab- ründung. Online im Internet unter: <http://www.wahlrecht.de/verfahren/dhondt.html>.
- Inštitút pre verejné otázky (IVO) (2010): Slovensko pred voľbami. [Institut für öf- fentliche Fragen: Die Slowakei vor der Wahl]. Online im Internet unter: http://www.ivo.sk/buxus/docs//rozne/Slovensko_pred_voľbami_2010.pdf.
- Kipke, Rüdiger (2006): Slowakei (Land). Online im Internet unter: [http://eeo.uni- klu.ac.at/index.php/Slowakei_\(Land\)](http://eeo.uni- klu.ac.at/index.php/Slowakei_(Land)).
- Kipke, Rüdiger (2010): Das politische System der Slowakei. In: Ismayr, Wolfgang (Hrsg.): Die politischen Systeme Osteuropas, 317-356.
- Ministerstvo spravodlivosti Slovenskej republiky (2010): Rek. zákony 460/1992 Zb. ÚSTAVA SLOVENSKEJ REPUBLIKY. [Justizministerium der Slowakischen Repu- blik: Gesetz 460/1992. Verfassung der Slowakischen Republik]. Online im Inter- net unter: http://jaspi.justice.gov.sk/jaspiw1/htm_zak/jaspiw_maxi_zak_fr0.htm.
- Ministerstvo vnútra Slovenskej republiky (2010): Register strán. [Innenministerium der Slowakischen Republik: Parteienregister]. Online im Internet unter: <http://portal.ives.sk/registre/startps.do>.
- Národná rada Slovenskej republiky (2010): [Nationalrat der Slowakischen Republik: Änderungen bei den Fraktionen im Nationalrat]. Online im Internet unter: <http://www.nrsr.sk/Default.aspx?sid=poslanci/kluby/nezavisli>.
- Prezident Slovenskej republiky (2010): Prezidenti SR 1993 – 2004. [Präsident der Slowakischen Republik: Präsidenten der Slowakischen Republik 1993 – 2004]. Online im Internet unter: <http://www.prezident.sk/?zivotopis-schuster>.
- Scherf, Irina/Scherf, Holger/Strunz, Herbert (2009): Slowakei. An der Kreuzung Eu- ropas. Frankfurt a. Main: Peter Lang.
- SITA (2010a): Präsident. In: slovak a.m. daily. Pressburger Slowakei-Rundschau Nr. 2016 vom 22.03.2010, S.2.
- SITA (2010b): Wahlen. In: slovak a.m. daily. Pressburger Slowakei-Rundschau Nr. 2018 vom 24.03.2010, S.2.
- Škultéty, Peter (2008): Správne právo hmotné, Osobitná časť. [Materielles Verwal- tungsrecht, Sonderteil]. Bratislava, Právnická fakulta.
- Štefančík, Radoslav (2008): Christlich-demokratische Parteien in der Slowakei. Trnava: Univerzita sv. Cyrila a Metoda v Trnave.
- Statistical Office of the Slovak Republic (2006a): Number of seats allocated to po- litical parties. [Amt für Statistik der Slowakischen Republik: Anzahl Sitze der po- litischen Parteien]. Online im Internet unter: http://www.statistics.sk/nrsr_2006/angl/obvod/results/graf2.jsp.

- Statistical Office of the Slovak Republic (2006b): Number and share of valid votes cast for political parties. [Amt für Statistik der Slowakischen Republik: Anzahl und Anteil gültig abgegebener Stimmen für die politischen Parteien]. Online im Internet unter:
http://portal.statistics.sk/nrsr_2006/angl/obvod/results/tab3.jsp.
- Statistical Office of the Slovak Republic (2006c): Results of preferential voting. 14 Ľudová strana - Hnutie za demokratické Slovensko. [Amt für Statistik der Slowakischen Republik: Ergebnisse der Wahl: Vorzugsstimmen. Nr. 14 Volkspartei – Bewegung für eine demokratische Slowakei]. Online im Internet unter:
http://www.statistics.sk/nrsr_2006/angl/obvod/results/tab5.jsp?kon=14
- Statistical Office of the Slovak Republic (2010): Elections to the parliament. [Amt für Statistik der Slowakischen Republik: Parlamentswahlen]. Online im Internet unter: <http://portal.statistics.sk/showdoc.do?docid=5684>.
- Svák Ján a kol. (2006): Ústavné právo SR. [Verfassungsrecht der Slowakischen Republik] Akadémia policajného zboru, Bratislava.
- Vláda Slovenskej republiky (2010): Vláda SR od 4.7.2006. [Regierung der Slowakischen Republik: Regierung der Slowakischen Republik ab 4.7.2006]. Online im Internet unter: <http://www.government.gov.sk/7485/vlada-sr-od-4-7-2006.php>.
- Volebný infoserwis (2010): Programy subjektov kandidujúcich vo voľbách do NR SR 2010. [Wahlprogramme der kandidierenden Parteien für die Wahlen zum Nationalrat 2010]. Online im Internet unter:
<http://www.infovolby.sk/index.php?base=data/parl/2010/kandidati/programy/programy.txt>.
- Zákon o politických stranách a politických hnutiach (Zákon o politických stranách) (2010). In: Zbierka zákonov č. 85/2005 [Gesetz über die politischen Parteien und politischen Bewegungen. In: Sammlung der Gesetze, Nr. 85/2005]. Online im Internet unter:
http://jaspi.justice.gov.sk/jaspiw1/htm_zak/jaspiw_maxi_zak_fr0.htm.
- Zákon o voľbách do Národnej rady Slovenskej republiky (Zákon o voľbách NR SR) (2010). In: Ministerstvo spravodlivosti Slovenskej republiky (2010b): PREDPISY. Predpis č. 333/2004 Z. z. Rek. zákon 333/2004 Z. z. [Gesetz über die Wahlen zum Nationalrat der Slowakischen Republik. In: Justizministerium der Slowakischen Republik: Rechtsverordnungen. Vorschrift Nr. 333/2004. Gesetz 333/2004]. Online im Internet unter:
http://jaspi.justice.gov.sk/jaspiw1/htm_zak/jaspiw_maxi_zak_fr0.htm.